

Das Kloster Einsiedeln und die protestantische Pfarrei Meilen von 1526 — 1826

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der
Universität Zürich

vorgelegt von

Ernst Wälti
von Wädenswil

Angenommen
auf Antrag von Herrn Prof. Dr. F. Blanke

Buchdruckerei „Neue Einsiedler Zeitung“ Einsiedeln
1952

Ernst Wälti:

*Das Kloster Einsiedeln und die protestantische Pfarrei Meilen
von 1526 — 1826*



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Das Kloster Einsiedeln und die protestantische Pfarrei Meilen von 1526 — 1826

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der
Universität Zürich

vorgelegt von

Ernst Wälti
von Wädenswil

Angenommen
auf Antrag von Herrn Prof. Dr. F. Blanke

Buchdruckerei „Neue Einsiedler Zeitung“ Einsiedeln
1952



Inhalts - Verzeichnis

Vorwort	7
Einleitung	9
I. Die Pfarrei im Mittelalter	9
1. Schenkung und Entwicklung	9
2. Die Inkorporation	11
II. Der Einfluß der Reformation	13
I. Teil	
Das Patronat von der Reformation bis zur Revolution	
I. Zehntrecht und Zehnten	15
1. Allgemeine Entwicklung	15
2. Der kleine Zehnten	16
3. Andere Dezimatoren und die Ausmarchungen	19
a. Das Großmünster	19
b. Die Vogtei Küsnacht	21
4. Der Ammann	24
5. Der Bezug des Zehntens	28
a. Die Verleihung	28
b. Der direkte Bezug	30
6. Die Zehntenbefreiung	33
7. Defraudanten	36
8. Die Trennung von Meilen und Uetikon	41
II. Kollatur und Prädikanten	46
1. Die Anstellung	46
a. Die ordentliche Wahl	46
b. Private Empfehlungen	50
2. Der Lehensbrief	56
3. Rechte der Prädikanten	59
4. Pflichten der Prädikanten	69
a. Die Seelsorge	69
b. Der Dienst für das Kloster	71
c. Die Lebensführung	71
d. Die bauliche Unterhaltspflicht	72
III. Die Baupflicht an der Kirche	78

II. Teil

Die Verhältnisse nach der Revolution

I. Allgemeiner Ueberblick	82
II. Die Zehntenablösung	84
A. Gesetzliche Voraussetzungen	84
1. Der Umfang des Zehntbezirkes	84
a. Beweise des Klosters und Gegenargumente der Gemeinden	84
b. Standpunkt und Entscheid der Regierung	87
c. Warum maß das Kloster dem gemeinsamen Loskauf solchen Wert bei?	88
2. Die Frage der Aufkündigung	88
3. Das eigentliche Loskaufgeschäft	90
a. Die Gemeindeversammlung	90
b. Nachspiel zur Gemeindeversammlung	92
B. Die Berechnung der Auskaufsumme	93
1. Erste Berechnung des Klosters und Erklärungen	94
2. Stellungnahme der Gemeinden	99
3. Freundschaftliche Beratung	102
4. Zweite Berechnung des Klosters und die Beurteilung der Regierung	103
C. Opposition	109
D. Vergleich und Zahlungsmodus	113
III. Die Kollaturablösung	116
1. Aufnahme der Verhandlungen	117
a. Der Pfarrgehalt	118
b. Die Kapitalisierung des Gehaltes	118
c. Die Gebäulichkeiten	119
2. Verlauf der Verhandlungen	120
3. Kaufabschluß	122
IV. Verkauf des Trottegebäudes als letzter Reminiszenz der alten Beziehungen zwischen dem Gotteshaus und der Gemeinde	125
Zusammenfassung	127
Verzeichnisse:	
1. Quellen und Literatur	128
2. Pfarrer in Meilen	130
3. Pfarrer in Uetikon	130
4. Aebte von Einsiedeln	130

Vorwort

Die ehemaligen protestantischen Pfarreien des Klosters Einsiedeln sind selbst in historischen Fachkreisen eine recht unbekannte Einrichtung. Man mag beispielsweise nur erwähnen, daß in verschiedenen Gemeinden am Zürichsee die protestantischen Pfarrherren während drei Jahrhunderten vom Abt in Einsiedeln besoldet wurden, so scheint dies da und dort Erstaunen zu erwecken. Die vorliegende Arbeit versucht nun anhand des in reicher Fülle vorhandenen Aktenmaterials, die Beziehungen des Klosters zu einer dieser Gemeinden kritisch darzustellen.

Obwohl zwar gerade über Meilen bereits eine in ihrer Begrenztheit ausführliche Ortsgeschichte von Jakob Stelzer besteht, und über das Verhältnis zwischen Gemeinde und Kloster kleinere Arbeiten im Druck erschienen, rechtfertigt sich diese Darstellung durchaus, weil sie nebst dem schon verarbeiteten Material eine große Anzahl neuer, unbenutzter Urkunden, Akten, Rechnungen und Protokolle kritisch sichtet und erschöpfend und zusammenhängend behandelt.

Die großen Richtlinien der Disposition ergaben sich aus der Quellenlage. Die entscheidenden Einschnitte, die Reformation und Revolution im Patronatsrecht hervorriefen, begründen die beiden Hauptteile. Innerhalb dieser Abschnitte erfolgt thematische Gliederung, während schließlich die einzelnen Kapitel chronologisch angeordnet sind.

Mit besonderer Sorgfalt wurden zu den theoretischen Erörterungen möglichst viele konkrete Beispiele ausgewählt, um dadurch ein anschauliches und verständliches Bild zu bieten.

Wenn die Arbeit genau den Zeitraum von 300 Jahren umfaßt, so bewirkt dies nach außen eine strenge Geschlossenheit. In Wirklichkeit aber stimmen die beiden Jahreszahlen 1526 und 1826 ganz zufällig überein. Das Anfangsdatum war vom ersten Teil der Klostergeschichte gesetzt (vergl. Ringholz I, S. X), während 1826 die letzten grundherrschaftlichen Beziehungen zwischen Einsiedeln und Meilen erloschen.

Gerne hoffe ich, mit dieser Studie einen bescheidenen Beitrag an die neuere Klostergeschichte zu leisten.

Dankbar erwähne ich an dieser Stelle, daß mir mein verehrter Lehrer für Geschichte, P. Rudolf Henggeler O.S.B., sämtliches Aktenmaterial in liebenswürdiger Weise zur Verfügung stellte und die Arbeit mit wertvollen Ratschlägen förderte. Ebenso danke ich Herrn Prof. Dr. F. Blanke für tatkräftige Anregung und Bereicherung geschichtlichen Interessens und Wissens. Herr Prof. Dr. Marcel Beck hatte die Freundlichkeit, die Dissertation durchzusehen. Für manche kritische Bemerkung bin ich ihm zu Dank verpflichtet.

Zürich, den 29. Mai 1951.

Einleitung

I. Die Pfarrei im Mittelalter

1. Die Schenkung und Entwicklung

Als Kaiser Ottos des Großen Verwandtenpolitik gescheitert war, suchte er in der Kirche die festen Stützen der Reichseinheit. Er bildete daher die territoriale Fürstengewalt der Bischöfe aus und überließ ihnen wichtige Rechte und Einkünfte.¹ In diesem Zusammenhange müssen wir die Schenkung betrachten, die der Kaiser dem Kloster Einsiedeln während seines Aufenthaltes auf der Insel Reichenau machte.² Die Urkunde trägt das Datum vom 23. Januar 965 und erwähnt die Kirche zu Meilen gleichzeitig mit andern Schenkungen (abbati Gregorio caeterisque servis Dei nunc et in posterum per succedentia tempora in praefata cella Deo militantibus ex integro condonavimus, in Ducatu Allemanico in Comitatu Zürichgeve subnominatis his locis, Pfaffinchova, Urinchova, Ecclesias quoque de Megilano (die Kirche zu Meilen) et caetera loca ad praefatum locum Uffenova pertinentia...³). Wenn die Urkunde die Schenkung als persönliches Motiv des Herrschers hinstellt, nämlich als ewige Vergeltung und zum Heil der Seele,⁴ dürfen wir uns nicht über die vorwiegend politischen Hintergründe hinwegtäuschen lassen. Die geschenkten Güter mußte der Kaiser vorerst gegen den Hof Schaan FL und das Zoll- und Schiffsfahrtsrecht auf dem Walensee von der Abtei Säckingen eintauschen. Vermutlich handelte es sich bei der Kirche Meilen um eine Eigenkirche des Stiftes Säckingen.⁵

¹ Schnürer Bd. II/S. 119 ff.

² Ringholz I, S. 45.

³ StAE A.I 5. MG Dipl. Bd. I, Nr. 276.

⁴ ob aeternam remunerationem et remedium animae.

⁵ Vgl. Beck S. 94 f. u. 152 ff.

Im Jahr 973 übernahm Otto II. die Geschicke des Reiches. Er bestätigte aber schon am 14. August 972 dem Kloster Einsiedeln die Schenkungen seines Vaters.⁶ Bestätigungsurkunden finden sich ferner von den sächsischen Kaisern Otto III.⁷ und Heinrich II.⁸ Ebenfalls die Salierherrscher Konrad II.⁹ und Heinrich III.¹⁰ haben die Besitzungen des Stiftes am 19. August 1027, bzw. 4. Februar 1040 mit namentlicher Erwähnung Meilens sichergestellt.¹¹

Mit dieser Schenkung kam natürlich nicht die Kirche allein an das Kloster, sondern auch die Güter, die den Unterhalt des Geistlichen und des Kirchengebäudes gewährleisteten.

Die Entwicklung führte im 11. und 12. Jahrhundert von der Eigenkirche zur Pfarrkirche. Der Eigenherr, das Kloster, verlor das absolute Verfügungsrecht über die Kirche. Der Bischof wurde die zuständige Instanz für die Anstellung der Geistlichen. Die Güter wurden dem Grundherrn entzogen und gehörten der Kirche an. In der Folge waren auch dem Bischof Abgaben zu entrichten.¹² Mit der Entwicklung des Pfarreisystems erhielt der Zehnte eine andere Bestimmung. Die zur Pfarrei gehörigen Kirchgenossen hatten nämlich der Kirche die Abgaben zu leisten. Aus dem Zehnten wurden wohl das Kirchengebäude und der Geistliche unterhalten, aber auch Abgaben an die Armen und an den Bischof bestritten. Der Grundherr trat also stark zurück. Er konnte nur noch den Geistlichen dem Bischof vorschlagen.

Im 13. Jahrhundert hat das Stiftsgebiet in Meilen teils durch Schenkung, teils durch privaten Zukauf eine Erweiterung erfahren. Am 17. Oktober 1301 kaufte das Kloster durch den damaligen Spichwart, Berchtold zu Zürich, ein Haus und eine Hofstatt von den Gebrüdern Ulrich und Werner Heni.¹³ Der 14. Januar 1325 brachte dem Stift im finstern Wald eine Hofstatt am Meilener Kilchhof gelegen.¹⁴ Ritter Rudolf Truchseß war der Donator und machte die Schenkung um seiner und seines Vaters Seele willen. Schließlich berichtet noch die Kopie einer

⁶ StAE A. AI 6, ebd. Zweite Bestätigung v. 26. 12. 975 A. AI 7.

⁷ ebd. A. BI 6 d. d. 27. 10. 984.

⁸ ebd. AI 16 d. d. 5. 1. 1018.

⁹ ebd. A. AI 19

¹⁰ ebd. A. AI 20.

¹¹ Vgl. auch MG Dipl. Bd. II, 1, Nr. 24, 121; Bd. II, 2, Nr. 4; Bd. III, Nr. 378; Bd. IV, Nr. 109; Bd. V, Nr. 36.

¹² Stucky S. 72 ff. Entwicklung der bischöflichen Macht.

¹³ StAE P. AA 1, UBZ VII Nr. 2621.

¹⁴ ebd. P. AA 2, UBZ X, Nr. 3932.

Urkunde, vom 6. Dezember 1356, daß Heinrich Letzgo, Bürger von Zürich, dem Abte mehrere Güter zu eigen gab.¹⁵

In dieser Zeit wurde der Zehnten in Meilen bereits veräußert. Anfangs 1252 verliehen Abt und Konvent das Zehntrecht dem Rapperswiler Antonius.¹⁶ 1259 gab Rudolf v. Wädenswil ein Stiftslehen, nämlich den Weinzehnten von Meilen dem Abte zurück, da er keine eigenen Söhne hatte. Wir lassen hier den lateinischen Text folgen, der den ganzen Vorgang recht anschaulich schildert: „Sciant igitur tam presentes quam posteri, quod ego Rudolfus de Wediswile decimas vini in Meilan quas a monasterio Heremitarum in foedum habui et possedi, amicorum meorum consilio in manus domini Anshelmi abbatis Heremitarum libere et voluntarie resignavi et cessi omni iuri quod michi in eisdem decimis competebat vel competere videbatur maxime cum tunc temporis filios non haberem.“¹⁷ Der bei der Uebernahme geleistete Ehrschatz¹⁸ von 63 Mark Silber wurde dem Freiherr Rudolf zurückbezahlt.

2. Die Inkorporation

Wie bereits erwähnt, wurden die Pfarreien im 12. Jahrhundert den Bischöfen gegenüber abgabepflichtig (Quart). Gerade die verschiedene Verwendung des Pfrundeinkommens zeigt so recht deutlich, wie eigentlich der Nutzen der einstigen Schenkung dem Kloster entfremdet wurde. Dieser Einnahmenausfall konnte nicht ohne Folgen auf die Finanzen des Klosters sein, zumal das Stift unter den schweren Schlägen des Marchenstreites mit den Schwyzern litt. Auch das gleichzeitige Aufkommen des beweglichen Kapitals trug zur materiellen Bedrängnis wesentlich bei.¹

Um wieder ganz in den Genuß der wirtschaftlichen Vorteile der Pfarrei Meilen zu kommen, über die das Stift früher das volle Verfügungsrecht hatte, suchten Abt und Konvent beim Papste um Einverleibung oder Inkorporation nach. Diese Maßnahme einer Besserstellung käme heute etwa einer Sanierung gleich. Durch die Einverleibung erhielt das Kloster das Recht, alle Einkünfte der Pfarrpfrund für sich zu beanspruchen. Freilich blieb natürlich die Unterhaltungspflicht für den Pfarrer und für

¹⁵ Ringholz I, S. 231. StAE P. AA 3.

¹⁶ UBZ II Nr. 829 .Ringholz I, S. 102. Gfr. 40, S. 117, 140.

¹⁷ UBZ III Nr. 1051. Ringholz I, S. 102.

¹⁸ Abgabe vom Lehengut beim Wechsel des Inhabers. .

¹ Tschudi S. 11. Steinberg S. 75.

das Kirchengebäude bestehen, doch fielen sämtliche mit der Zeit überbürdeten Abgaben weg. Der Papst erteilte das Einverständnis mit Urkunde vom 2. April 1310.²

Papst Klemens V., der damals in Avignon residierte, entsprach dem Gesuch des Klosters, weil Einsiedeln in einer unfruchtbaren Gegend sei (in loco valde sterili) und von seinen lebenswichtigen Besitzungen weit ab liege (et a suis possessionibus remotum). Auch sei in kriegesischen Zeiten die Zufuhr gefährdet, so daß das Kloster seiner gewohnten Gastfreundschaft³ nicht genügen könne. Da vorauszusehen war, daß der Bischof von Konstanz, in dessen Sprengel Meilen lag, mit dieser Lösung nicht einverstanden war, wurden vom Papste gleichentags der Bischof von Sitten und die Äbte von Engelberg und St. Blasien beauftragt, für den Vollzug der päpstlichen Bulle besorgt zu sein.⁴ Das Recht des Bischofs, die Investitur des vom Abte vorgeschlagenen Geistlichen, wurde in der Urkunde ausdrücklich gewahrt. Diese kuriale Vorsorge war durchaus gerechtfertigt, denn als die Sache aktuell, d. h. die Pfründe vakant wurde, widersetzte sich der Bischof der Einverleibung. Selbst mit Kirchenstrafen mußte gedroht werden.⁵ Während die gleichzeitig mit Meilen pendente Einverleibung von Sarmenstorf (Aargau) bereits nach der endgültigen Besetzung des Bischofssitzes durch Rudolf III. gutgeheißen wurde (1323), erfolgte die bischöfliche Anerkennung für Meilen erst am 31. Dezember 1332.⁶ Diese vermögensrechtliche Eingliederung brachte das Kloster wieder mehr in den Besitz der Patronatsrechte. Wenigstens stand dem Stifte wieder das ungeschmälerte Zehntrecht zu, während das Kollaturrecht, die Besetzung der Pfarrstellen, verbunden mit der durch die Schenkung auferlegten Pflicht der Besoldung des Pfarrers, durch die Investitur des Bischofs eingeschränkt blieb.

Wie wichtig dieser Besitz für das Kloster war, geht aus den verschiedenen Veräußerungen und Hinterlagen von Meilenerpfrundgut hervor. So verkaufte das Kloster am 2. Juni 1390 um 550 Goldgulden Einkünfte vom Zehnten in Meilen, behielt sich aber beim Tode des Inhabers das Rückkaufsrecht vor.⁷ Nach dem Brand des Klosters im Jahre 1465, ließ der Abt

² StAE P. A. 2.

³ Solitam hospitalitatem. — Mit ähnlicher Begründung wurde 1321 Dietikon dem Kloster Wettingen inkorporiert (vgl. Wernli S. 254).

⁴ Ringholz I, S. 144.

⁵ Sub poena excommunicationis.

⁶ Nüscheler S. 382 gibt irrtümlicherweise 1333 an.

⁷ Ringholz I, S. 295.

zu dessen Wiederaufbau eine Anleihe zeichnen und setzte dafür den Weinzehnten von Meilen als Pfand ein.⁸ 1493 mußte der Abt nochmals Geld aufnehmen. Auch diesmal diente der Zehnte in Meilen als Hinterlage.⁹

Zum Verständnis eines spätern Vergleiches halten wir hier fest, daß das Stift Eigentümer von Grund und Boden war. Die Bearbeitung geschah durch Bauern, welche die Güter als Lehen erhielten, die mit der Zeit erblich wurden und schließlich wie eigen galten.

II. Der Einfluß der Reformation

Während Schenkung und Inkorporation die Grundlagen für das Verhältnis zwischen Einsiedeln und Meilen bilden und daher auch einer eingehendern Erörterung bedurften, beschränken wir uns in der Reformationszeit auf die grundlegenden Veränderungen im Patronat. Die Schilderung der reformatorischen Vorgänge bleibt also vollständig unberücksichtigt.¹ Wo sie jedoch für das Verständnis unumgänglich sind, werden wir sie von Fall zu Fall heranziehen.

Im großen und ganzen hatte die Reformation im zürcherischen Einflußgebiet die Patronatsrechte auswärtiger Patrone bestehen lassen.² Freilich kam das Kloster Einsiedeln während vieler Jahre nicht zur Ausübung seines Zehntrechtes. In Meilen mußten die Zehntner verschiedentlich von der Regierung an ihre Abgabepflicht erinnert werden. In der Empörung gegen die Zehntenleistung verlangten sie gar, daß das Kloster „ein abschrift, wohar der Zehend daselbs an das Gotzhus komen“ vorlegen sollte.³

Die wesentlichste Beschneidung einsiedlischer Rechte ist bei den Eigentums- und Vermögensverhältnissen festzustellen. Als sich nämlich in der Reformation der Rechtstitel der Inkorporation verlor, erlosch damit auch das Eigentumsrecht des Stiftes an Grund und Boden.⁴ Das Kloster war also lediglich noch im Besitze des nackten Zehntrechtes. Bei Ablösung der Patronatsrechte im 19. Jahrhundert werden wir sehen, daß nicht das Eigen-

⁸ Ringholz 430 ff.

⁹ ebd. 513.

¹ Hiefür Stelzer S. 111 ff.

² Pestalozzi S. 27.

³ StAE P. H 4.

⁴ Moor S. 113, 117 f.

tumsrecht an Pfrundgütern, sondern nur das Zehnt- und Kollaturrecht abgelöst wurde. Betrachten wir noch kurz die Einwirkungen der Reformation auf das Kollaturrecht, so müssen wir festhalten, daß die ursprünglich freie Kollatur durch die sog. *collatio nec libera* ersetzt wurde.⁵ D. h. der Abt war für die Besetzung an die Vorschläge der Regierung in Zürich gebunden. Selbstverständlich fiel natürlich die Investitur durch den Bischof für die neugläubigen Pfarrer dahin. Wir sehen also, daß beide Hauptelemente des Patronates, sowohl das Zehnt- als auch das Kollaturrecht durch die Glaubensspaltung verändert wurden. Diese neuen Verhältnisse zu betrachten und zu beurteilen ist nun unsere eigentliche Aufgabe.

⁵ Pestalozzi S. 24.

I. Teil

Das Patronat von der Reformation bis zur Revolution

I. Zehntrecht und Zehnten

1. Allgemeine Entwicklung

Das Zehntenproblem erlitt durch die Reformation nicht die radikale Aenderung, wie sie eigentlich von der Bauernschaft erwartet wurde. Dieses Scheitern beruhte wohl ideell auf dem durchaus ungerechtfertigten Vorteil und Eigennutz, die die Landbevölkerung zu erhaschen suchte, nämlich die Abschaffung jeglicher Steuern und Zinsen. Zwingli hatte diese einseitige Lösung der Frage sowie jede gewaltsame Selbsthilfe in seiner Schrift „Ueber die wahren Aufrührer“¹ verurteilt und die Bauern mit biblischen Belegstellen des Vertragsbruches bezichtigt, wenn sie ihren Zehntherren die Abgaben vorenthalten.² Es ist durchaus eine offene Sprache, wenn er diejenigen „so uß dem Euan-gelio Christi vermeinend ze trucken, daß sy nieman nüts umb das Sin gäbind“³, nicht als Christen, sondern als „Ursächer der Ufrüren“ bezeichnete. Doch dürfen wir hinter dieser Aeüßerung nicht nur den Theologen, sondern ebenso wirksam den Politiker Zwingli suchen.⁴ Der Zürcher-Leutpriester setzte sich entschieden für die Entrichtung des Zehnten ein, sofern dieser „zu Enthaltung⁵ der Lerenden und Armen einer jeden Kilchhöre“ verwendet

¹ Zwingli, Hauptschriften, der Staatsmann Bd. 7.

² ebd. S. 142.

³ ebd. S. 157, welche aus dem Ev. herauspressen zu können glauben, niemandem etwas um das Seine zu geben.

⁴ Nachdem auch der Staat Patron war, mußte selbstverständlich dafür gesorgt werden, daß das Zahntrecht erhalten blieb.

⁵ Zwingli S. 211, zum Unterhalt.

werde. Obwohl er zwar damit dem Zehntbezug der Klöster Einhalt gebot und dies in Zürich auch durchsetzte, mußte auswärtigen Patronen das Zehntrecht doch weiterhin zugebilligt werden.⁶ So erklärte der Rat das Stift Einsiedeln bereits am 11. Juni 1525 als auf zürcherischem Gebiet zehntberechtigt.⁷ Mag das Kloster durch die Glaubenspaltung, durch die darauf folgenden Kriege und Unruhen mehr als zwei Dritteile seines Einkommens verloren haben, so war doch das Zehntrecht grundsätzlich gewahrt.⁸ Die Verhältnisse der Reformationszeit erfuhren bis zur Helvetik keine wesentlichen Veränderungen. Der Zehnte blieb als ewige Last unablässig. Die entscheidende Zäsur, nämlich die Ablösbarkeit dieser Beschwerden, ließ also noch lange auf sich warten. Bei der Behandlung des Zehntenloskaufes werden wir dieses Problem erneut aufgreifen.

2. Der kleine Zehnten¹

Wir haben eben gesehen, daß erst die Revolution den entscheidenden Anstoß für die Ablösbarkeit der Grundlasten gab. Wenn wir aber feststellen, daß Meilen bereits seit 1558 vertraglich der Abgabe des kleinen Zehntens entbunden war, so ist es naheliegend anzunehmen, daß diese anscheinend frühzeitige Ablösung nur als Ausnahme die Regel bestätige. Wir wollen daher zunächst für das Zustandekommen des Vertrages das Zeitgeschehen, das die Regelung des kleinen Zehntens wesentlich beeinflusste, zu Rate ziehen, um hernach umso anschaulicher und klarer den Unterschied dieses Vertragsverhältnisses und der spätern gesetzlichen Ablösung beleuchten und herausstellen zu können.²

In Zürich hatte der Rat am 7. Juni 1525 erwogen, den kleinen Zehnten für die eigenen Pflichtigen zu erlassen, wenn sie den großen getreulich entrichten. Zudem stellte er in Aussicht, auch für die Zehntner anderer Patronate unter gleichen Bedingungen gleiches Recht zu erwirken.³ Zwar blieb es damals bei der Erwägung, denn schon am 7. Oktober des gleichen Jahres mahnte der Rat Säumige, den kleinen Zehnten abzuliefern.⁴ Diese unentschlossene Haltung der Regierung und die Unklarheiten, die

⁶ Moor S. 113.

⁷ Egli Nr. 742.

⁸ Ringholz, Pfarreien S. 10.

¹ vgl. Tschudi S. 66.

² vgl. S. 18/19.

³ Egli Nr. 737, Böppli S. 41.

⁴ Egli Nr. 799, 836.

durch die ungleiche Stellungnahme der Prädikanten gegenüber der Zehntenfrage herrschten,⁵ trugen wesentlich zur liederlichen Abgabe des Zehntens schlechthin bei.⁶

Erst Abt Eichhorn kam auf den kleinen Zehnten zurück und forderte ihn, als eine ihm rechtmäßig zustehende Abgabe.⁷ Er begründete seine Forderung offensichtlich in Anlehnung an das Mandat der Regierung damit, daß bisher etliche Pflichtige in der Ablieferung des Weinzehntens allerlei Untreue und persönlichen Vorteil walten ließen, und er sich deshalb durch den Bezug der bis anhin nicht erhaltenen Abgabe schadlos halten werde.⁸ Daß die Meilener nicht einverstanden waren, mußte eigentlich nicht betont werden, sie berichteten nach Einsiedeln, es sei ihnen völlig unbekannt, daß ihre Vorfahren jemals den kleinen Zehnten entrichtet hätten. Doch ohne lange Erörterungen und ohne irgendwelche Opposition, was zweifellos auf beidseitiges Interesse hinwies, konnte vertraglich eine klare Situation geschaffen werden. „Mit Zutun der Verordneten von Zürich und der Schirmherren von Schwyz“ wurde 1558 vereinbart:⁹

Die Gemeinde liefert den großen, d. h. den Zehnten von Korn, Haber, Gersten und andern dergleichen Kernen daraus Brot gebacken wird, getreulich ab. Ferner wollen die Pflichtigen den Weinzehnten mit allen Treuen, aufrichtig, ehrlich und redlich erstatten und für saubere Zuber und Standen, sowie für geeignete Fahrgelegenheiten besorgt sein. Sogar die Anschaffung eigenen Zehntgeschirrs soll inskünftig Sache der Gemeinde sein.¹⁰ Das Kloster seinerseits bindet sich vertraglich so, daß es, solange die Gemeinde die versprochenen Bedingungen erfüllt, den kleinen Zehnten erläßt. Es verzichtet demnach auf die Abgabe von Erbsen, Linsen, Bohnen etc., also auf das, woraus nicht Brot gebacken wird. Das Stift behält sich aber vor, falls die ganze Gemeinde, oder auch nur einige wenige Zehntner weder den Wein- noch den trockenen Zehnten ordentlich entrichten, den kleinen Zehnten rechtmäßig zu fordern.¹¹ Schon 1675 wäre Einsiedeln nach Ansicht des Ammanns längst berechtigt gewesen, das Vertragsverhältnis von 1558 zu lösen, denn die Pflichtigen

⁵ Egli Nr. 7563.

⁶ ebd. Nr. 7062 u. Stichwort Zehntenverweigerung.

⁷ StAE P. H 5.

⁸ StAZ EI 30. 125.

⁹ Die Verträge sind zu finden: StAE P. H 5. StAZ EI 30. 125.

¹⁰ StAE P. H 41.

¹¹ In Männedorf wurde die Frage des kleinen Zehntens so gelöst, daß die Pflichtigen, statt der Abgabe jährlich 10 Pfund zu zahlen hatten.

überevorteilten das Stift, wo immer es nur möglich war. Das Kloster enthielt sich aber solcher Maßnahmen. Auch als sich in den Jahren 1721 und 1736 Anstände erhoben, erinnerte der Abt wohl an die Vereinbarungen, aber ohne jemals mit dem Bezug des kleinen Zehntens zu drohen.

Der Vertrag von 1558 scheint auf den ersten Blick beiden Parteien die Wünsche zu besiegeln. Der Abt konnte annehmen, daß ihm die zugesicherte ehrliche Ablieferung des großen, den Verzicht auf den kleinen Zehnten wettmache. Die Gemeinde aber war, wie sie es seit längerer Zeit gewohnt, der Abgabe rechtlich enthoben. Nehmen wir aber für die Interpretation des Vertrages die bereits geschilderten Ereignisse der Zeit zu Hilfe, so ersteht ein völlig anderes Bild vor unseren Augen. Wir haben gesehen, daß die Möglichkeit der Ablösung des kleinen Zehntens und die Wirkung der Predigten in den empörten Bauern den Widerwillen gegen die Grundlasten schürten. Die Folgen blieben auch in Meilen nicht aus.¹² Unter diesen Voraussetzungen war es für den Vorgänger Abt Eichhorns unmöglich, den Bezug des kleinen Zehntens früher durchzusetzen. Als endlich Abt Joachim die Forderung stellte, war der Sturm mehr oder weniger vorbei, und er mußte die Gelegenheit benutzen, noch zu retten, was zu retten war. Betrachten wir nämlich die Bedingungen, die Meilen durch den Vertrag zu erfüllen hatte, so kann es uns nicht entgehen, daß es sich um offensichtliche Selbstverständlichkeiten handelte. Wahre, ehrliche Ablieferung, saubere Zuber und gute Fahrgelenheiten für die Abholung des Zehntens waren je und je Hauptelemente des Verhältnisses zwischen Zehnherr- und -schuldner. Demzufolge mußte der Abt also den kleinen Zehnten erlassen für Rechte, die ihm ohnehin zustanden. Der Vertrag bedeutete für ihn lediglich Bestätigung wichtiger, alter, im Laufe der Zeit zwar beeinträchtigter Befugnisse, während Meilen rechtliche Anerkennung langjähriger Gewohnheiten erreichte. Darin liegt unsres Erachtens auch der Beweggrund des Vertragsabschlusses für Meilen. Wenn wir hier vorwegnehmen, daß das Gesetz vom 10. November 1798 den kleinen Zehnten ohne Entschädigung an den Dezimator aufhob,¹³ dürfen wir darin letztlich doch nur die Krönung eines seit der Reformation stets latenten Bedürfnisses sehen. Vergleichen wir abschließend den Vertrag von 1558 mit der endgültigen Regelung des kleinen Zehntens in der Helvetik, so müssen wir feststellen, daß sie jeder

¹² Stelzer S. 111 ff.

¹³ ASHR III S. 431; Schenkel S. 140; vgl. S. 117.

Beziehung entbehren. Es handelte sich auf keinen Fall um eine frühzeitige Ablösung, noch viel weniger um eine finanziell günstigere als dies durch das Gesetz von 1798 geschah, denn Einsiedeln erließ wohl den Ertrag des kleinen Zehntens, d. h. es verzichtete auf die Nutznießung, keineswegs aber auf das Kapital.¹⁴ Diesem Kapitalwert, der im Recht, den Zehnten zu beziehen, nicht etwa im Eigentum am Boden bestand, entsagte das Kloster erst infolge der gesetzlichen Bestimmungen.¹⁵

3. Andere Dezimatoren und die Ausmarchung

a. Das Großmünster

Nebst Einsiedeln besaß auch das Großmünster in Zürich Zehntrechte in Meilen. Es stand ihm insgesamt der Zehntbezug von ca. 89 Jucharten Reb-, Wies- und Ackerland zu, das zum kleinern Teil im Feld und im Grund, zum größern aber in Obermeilen lag.¹ Dieses Recht wurde der Kirche zu „St. Felicis et Regulæ“ schon durch eine Güterbeschreibung unter Karl d. Gr. zugesprochen² und von Papst Klemens III. 1188 neuerdings bestätigt.³ Obwohl das Stift in der Reformation unter staatliche Hoheit kam, behielt es in seiner Verwaltung eine ziemlich große Selbständigkeit.⁴ Die Einkünfte dieser Pfrundgüter dienten in der Folge für den Unterhalt der Lehrkräfte an der Prophezei.⁵

Wenden wir uns nun den Beziehungen der beiden Stifte zu, stoßen wir bereits 1567 auf einen Vertragsentwurf Abt Joachim Eichhorns über die Vereinfachung des Zehntbezuges.⁶ Da nämlich das Kloster Einsiedeln für die Einsammlung und die Verarbeitung des Traubenzehntens die nötigen Einrichtungen besaß, erachtete es der Prälat als zweckdienlicher, daß das Kloster beim Bezug des eigenen Zehntens auch gleich das Treffnis für das Großmünster einsammle. Die Trauben sollten in der Klostertrotte gekeltert und hernach dem Chorherrenstift die zustehende

¹⁴ StAE P. H 483.

¹⁵ vgl. S. 116/117; Moor S. 113, Anm.

¹ StAE P. O 18.

² ebd. K. L 1

³ UBZ I, 346.

⁴ Böppli S. 37.

⁵ Prophezei = Theologen-Schule (spätere theol. Fakultät); Dändliker II S. 355 ff.; Ernst S. 52 ff.; Figi S. 37, 73 ff.

⁶ StAE P. O 1.

Menge Wein verabfolgt werden. Dem Zürcherstifte empfahl der Abt, den Pflichtigen unter den gleichen Bedingungen, wie dies Einsiedeln tat, den kleinen Zehnten zu erlassen. Für die Zufuhr mußte das Großmünster pro Eimer als Entschädigung einen „Schwytzerbatzen“ entrichten, und für das Keltern würde vorläufig pro Eimer ein Kopf verrechnet. Dagegen wäre es Sache des Chorherrenstiftes, den gesammelten Ertrag abzuführen.

Schon drei Tage später, am 12. September 1567, traf die Bestätigung und das Einverständnis von Zürich ein.⁷ Eine kleine Aenderung verlangte lediglich, daß die Einsiedler den Zehnten ans Schiff bringen sollten, und die Dauer des Vertrages zunächst, nicht wie der Abt beantragte auf fünf, sondern nur auf drei Jahre befristet werde. In diesem Sinne wurde die Abmachung den Zehntleuten beider Stifte im Gottesdienst bekanntgegeben und zur Beachtung empfohlen.

War nun einmal der Einzug des Zehntens zentralisiert, so bedurfte es nur der folgerichtigen Entwicklung, die Zusammenlegung der Güter des Großmünsters ins Auge zu fassen.⁸ Statthalter P. Franz Schiegg in Pfäffikon projektierte 1639 die Ausmarchung des zürcherischen Zehntgutes in einem zusammenhängenden Landteil. Der Plan mutet durchaus fortschrittlich an. Der Verwirklichung stand aber ein Umstand im Wege, der selbstverständlich nicht unbeachtet bleiben konnte. Trotz der zentralistischen Tendenz wurde der trockene Zehnte wohl für beide Stifte von einsiedlischen Einzugsbeauftragten eingesammelt, aber allem Anschein nach schied man den Ertrag der Großmünstergüter aus, man vermischte sie also nicht wie beim Weinzehnten mit dem eigenen. Die Begründung für die Trennung der Erträge ist auch gleichzeitig die Ursache, daß die Güterzusammenlegung nicht zustande kam. Nach Ansicht des einsiedlischen Ammanns in Meilen warfen nämlich die nach Zürich zehntpflichtigen Landteile einen bedeutend geringern Ertrag ab. Einen solchen Tausch durfte man aber wohl selbst einem Kloster nicht zumuten.

Wäre der Plan des Statthalters zur Ausführung gekommen, hätte wohl auch mancher Marchungsstreit vermieden werden können. Obwohl es durchwegs leichtere Streitfälle waren, bewirkten sie doch immerhin von Zeit zu Zeit Grenzbereinigungen.⁹ Endlich 1693 wurde die endgültige Ausmarchung des Chor-

⁷ StAE P. O 2.

⁸ ebd. P. O 4.

⁹ ebd. P. O 3, 5, 8.

herrenzehntgebietes an die Hand genommen.¹⁰ Aus dem vollen Einverständnis, das schon nach dem ersten Grenzgang unter den Verordneten der Parteien erzielt wurde, möchte man nur allzu gerne auf eine sofortige Regelung schließen. Doch wurde am Schluß des Ausmarchungsprotokolls festgehalten, daß, da vermutlich das der Marchung zugrunde liegende Urbar nicht verläßlich sei, diese Grenzziehung keine der Parteien ihrer wahren Rechte berauben soll. Würde später durch beweiskräftige Unterlagen die Unrichtigkeit der Grenzen erkannt, müßten die ältern Belege von den Vertragspartnern berücksichtigt und anerkannt werden.

Verschiedene neue Verzeichnisse aus den Jahren 1700, 1736 und 1737 zeitigten wieder unterschiedliche Resultate.¹¹ Noch am 30. April 1740 berichtete der Statthalter in Pfäffikon nach Einsiedeln, die Bereinigung könne wegen einiger strittiger Punkte nicht abgeschlossen werden. Keine der Parteien vermochte rechtsgültige Dokumente für die Ansprüche zu erbringen. Einige Monate später, am 12. September, wurde aber das endgültig bereinigte Verzeichnis beiderseits bestätigt, und dem Großmünster fiel der ungeschmälerte Besitz von 89 Jucharten zu.¹² Nachdem die nötige Anzahl Marchsteine gesetzt war, konnte die Grenzziehung als bereinigt betrachtet werden.

b. Die Vogtei Küsnacht

Während der Besitz des Großmünsters im einsiedlischen Zehntgebiet kleinere Enklaven bildete, machte das Haus Küsnacht seine Zehntrechte meistens auf Landteile an der Grenze geltend. Schon 1410 mußte Abt Hugo von Rosenegg einerseits und der Komtur zu Küsnacht anderseits durch einen Bürger von Zürich einen Streit wegen des Zehntenanspruches auf Trüchelbühl schlichten lassen.¹ Der Nutzen des strittigen Zehntens wurde vom Schiedsrichter je abwechselungsweise ein Jahr der Komturei, das andere dem Kloster Einsiedeln zugesprochen.

Da die damaligen Grenzbeschreibungen durchwegs auf Flur- und Eigennamen beruhten, war der Marchungsverlauf stetigen Veränderungen ausgesetzt. Mögen auch vereinzelt Marchsteine gesetzt worden sein, war dies ohne Bedeutung, solange die Ausmarchungen nicht auf Fixpunkten beruhten. Es kam daher auch

¹⁰ StAE P. O 10.

¹¹ ebd. P. O 12, 13, 15, 16.

¹² ebd. P. O 18.

¹ Ringholz I, S. 316 u. StAE P. G 1.

oft vor, daß bei Grenzgängen die alten Marchsteine nicht mehr gefunden wurden.² Diese Voraussetzungen machen uns die vielen Grenzbeschreibungen verständlich.

Eine wichtige Grenzrevision fand im Jahre 1608 statt.³ Es handelte sich um die Bereinigung der bergseitigen Zehntgrenze.⁴ Die große Anzahl neugesetzter Marchsteine wurde gegen Meilen mit Buchstaben „E“-insiedeln gekennzeichnet, und die Güter innerhalb dieser Grenzsteine waren nach Einsiedeln zehntpflichtig. Gleicherweise wurde die andere Seite des Steines mit „K“-üsnacht bezeichnet, und die Gefälle außerhalb dieser Marchungen sollten dem Hause Küsnacht zufallen. Die Grenzziehung schien aber nicht überall befriedigt zu haben.⁵ Auf alle Fälle mußte das Kloster beim Schaffner in Küsnacht reklamieren, daß Grenzzeichen zu Ungunsten des Stiftes versetzt worden seien, und Zehntleute von Egg beim Kaltenstein die Gefälle für sich beanspruchten, obwohl die Abgaben in den Meilenerzehnten gehörten. Der Schaffner selbst legte anscheinend großen Wert auf gute Nachbarschaft und versprach möglichst baldige Abklärung der Verhältnisse. Er beteuerte, dem Gotteshause gerne zum Recht zu verhelfen und anerbote sich gar für einen Augenschein, der jedoch wegen des bereits hereingebrochenen Winters verschoben werden mußte. Einige Zeit später besichtigten Vertreter des Klosters mit dem Schaffner von Küsnacht die strittigen Marchen.⁶ Es stellte sich dabei aber heraus, daß die Grenze von 1608 ungenau war, so daß also die Leute von Egg auf Grund dieser falschen Marchung Anspruch auf den erwähnten Zehnten erhoben. Sie ließen sich jedoch nicht vom Marchungsergebnis von 1608 abbringen, obwohl das Kloster mit einer Notiz im Jahrzeitbuch von 1491 den rechtmäßigen Besitz beim Kaltenstein nachweisen konnte. Eine Einigung kam nicht zustande. Beide Parteien schickten sich daher an, Unterlagen für die Begründung des Anspruches zu sammeln.⁷ 1627 kam es erneut zu Verhandlungen an Ort und Stelle, wobei zürcherische Abgeordnete mitwirkten.⁸ Während die Zürcher auf die Grenzziehung von 1608 pochten, schließlich kam ja der Mehrertrag ihnen zugute,⁹ vertrat Einsiedeln nach wie vor die Grenzen von

² StAE P. G 4.

³ ebd. P. G. 5.

⁴ Egg war nach Küsnacht pflichtig.

⁵ StAE P. G 4.

⁶ ebd. P. G 5.

⁷ ebd. P. G 6.

⁸ ebd. P. G 7.

⁹ als Verwalter der Vogtei Küsnacht; vgl. Schoch S. 215.

1491,¹⁰ indem es sich entschieden wehrte gegen die Mißachtung wichtiger, eindeutiger Dokumente und gegen Grenzen, die in Ermangelung von Unterlagen einfach nach Belieben gezogen wurden. Der Streit zog sich einige Jahre hinaus, bis sich die Parteien 1640 verständigten, den strittigen Acker zu halbieren.¹¹

Diese langwierige Grenzbereinigung gab schließlich den Anstoß für vermehrte Prüfung der Marchzeichen. Man beabsichtigte dadurch allfällige Unklarheiten und Mängel an Marchsteinen und andern Grenzzeichen sofort beheben zu können und damit inskünftig Streitigkeiten zu vermeiden. Solche periodische Grenzgänge sind uns aus den Jahren 1659 und 1693 überliefert.¹² Dabei ging man unter Zuhilfenahme des letzten Ausmarchungsprotokolls von Marchzeichen zu Marchzeichen, ersetzte fehlende und besserte beschädigte aus. Die Begehung von 1693 erwähnte z. B. insgesamt 19 Grenzsteine, ausgehend von Roßbach bis zur „Schneeschnelze“ hinauf, von dort dem Kamm entlang bis nach Muschelharzhaus, wo der Grenzstein gegen Männedorf war. Zu diesen Ausmarchungen sandte das Stift jeweils den Statthalter von Pfäffikon mit einigen Vertrauensleuten. Jede Partei hatte für ihre Verordneten die Taggelder und das Essen selber zu tragen, während die Kosten für die Beschaffung neuer Marchsteine und deren Transport je zur Hälfte bestritten werden mußten.¹³

Spätere Ausmarchungen beruhten sämtliche auf den Angaben von 1693.¹⁴ Die letzte große Grenzbeschreibung fand am 20. Mai 1761 statt.¹⁵ Dabei stellen wir eine wesentliche Neuerung fest, die dann in der Folge auch die Gültigkeitsdauer dieser Marchbereinigung bedeutend verlängerte, indem nämlich der Abstand von Grenzstein zu Grenzstein genau angegeben wurde. So wird z. B. der Standort des letzten Marchsteins No. 21 folgendermaßen bezeichnet: „der 21. und letzte Marchstein ist ein Wendelstein“¹⁶ mit anno 1761 bezeichnet in einem Acker den man nennet Muschlezhusen und dermahlen Rudi Wäber gehört, scheidet das Amt Grüningen und beyde Gemeinden Uetikon und Männe-

¹⁰ Marchungsjahr, vgl. Ringholz I, S. 539.

¹¹ StAE P. G 9.

¹² ebd. P. G 10, 11.

¹³ ebd. P. G. 13; ebd. P. O 11.

¹⁴ ebd. P. G. 12, 14, 15, 16; 1726/39/46/57.

¹⁵ ebd. P. G 17.

¹⁶ Vermutlich handelt es sich bei diesem Grenzzeichen um einen turmartig aufgeschichteten Steinhäufen. Lexer, Mittelhochdeutsches Handwörterbuch, 3. Bd., Sp. 759.

dorf in Zehenden und Grichten von einander und von No. 20 610 Schue entföhrt."

Zwischen Meilen und Männedorf fand nur eine einzige Ausmarchung im Jahre 1492 statt.¹⁷ Dies ist durchaus erklärlich, damals gehörte Männedorf noch zum Kloster Pfäfers. Als es 1494 käuflich an Einsiedeln überging, kam den Zehntengrenzen nicht mehr die gleiche Bedeutung zu.

4. Der Ammann

Die ganze Verwaltung des Zehntbezirkes lag in den Händen eines Ammanns. Ueber dessen Funktionen erfahren wir erst im 17. Jahrhundert Näheres.¹ Die Amtspflichten wurden ähnlich wie bei den Prädikanten im Bestallungs- und Reversbrief umschrieben:² Jeder Ammann hatte eidlich zu versprechen, des Gotteshauses „Nutzen, Lob und Ehr" zu fördern und allen Schaden und Nachteil nach Möglichkeit abzuwenden. Dieser Eid war natürlich lediglich als Beamteneid zu verstehen und erhielt sich, bis Einsiedeln keine Ammänner mehr benötigte, im Gegensatz zu den Eidesleistungen der Prädikanten, von denen wir später hören werden. In den Aufgabenkreis des Ammanns fiel zunächst einmal die Kontrolle über die Gebäulichkeiten des Klosters, nämlich Pfarrhaus, Trotten- und Oekonomiegebäude. War irgend etwas baufällig, mußte er dem Statthalter in Pfäffikon Meldung machen. Beim Wegzug eines Pfarrers inspizierte er die gereinigte Wohnung und ließ ihn erst ziehen, wenn für allfällige Schäden Gutsprache geleistet war.³ Ferner hatte er allen, die jeweils im Herbst von Einsiedeln zur Einsammlung des Zehntens nach Meilen abgeordnet wurden, mit Rat und Tat beizustehen. Ihm war es aufgetragen, allen Betrug, den er beim Zehntenbezug feststellte, zu rapportieren, und schließlich hatte er die wichtige Pflicht, stets im Frühjahr die Aussaat zu beaufsichtigen.⁴

Diese Dienstleistungen entschädigte das Stift mit einer Besoldung von zwei Mütt Kernen, zwei Eimern Wein jährlich und während des Herbstes Essen und Trinken in der Trotte. Nebst

¹⁷ Ringholz I, S. 539 u. StAE P. M 1.

¹ Wir müssen uns darüber klar sein, daß es sich um protestantische Ammänner als Klosterverwalter handelt. Das Ammannamt war natürlich sonst eine längst bekannte Einrichtung.

² StAE P. S 1, 2, 3, 5, 9, 10, 12, 17, 18.

³ ebd. P. X 73.

⁴ vgl. S. 29.

diesen offiziellen Leistungen gewährte das Kloster gewöhnlich freiwillig, wie es hieß „aus Gnaden“, den Trester und dessen Nachdruck, sowie die Zehntenbefreiung der eigenen Güter des Ammanns.

Im letzten Passus des Bestallungsbriefes räumte sich das Stift die Freiheit ein, den Ammann je nach Gefallen zu beurlauben. Dieses Rechtes mußte man sich ein einziges Mal bedienen und zwar nur ungern.⁵ Doch war dieser Ammann, wie wir noch sehen werden, für die Verwaltung entschieden untauglich.

Die Wahl selber bot keine eigentlichen Schwierigkeiten. Da die sogenannte Survivance, d. h. die Bestimmung der Nachfolge zu Lebzeiten des Stelleninhabers, mehr und mehr einriß, schlug der amtierende Verwalter gewöhnlich seinen Sohn vor, der mit Bestimmtheit das Amt erhielt, wenn er auch nur einigermaßen vertrauenswürdig erschien.⁶ War das Kloster mit der Nachfolge einverstanden, erhielt der Anwärter eine Bestätigung, mit der er beim Tode des Ammanns in Einsiedeln vorsprechen mußte, um „gebührend“ um die Stelle anzuhalten.⁷ Von 1660 bis zur Ablösung finden wir als Ammänner, mit einer Ausnahme, nur Angehörige der Familien Brändli.⁸

Private Empfehlungen sind fast keine zu verzeichnen, lediglich im Jahre 1660 schlug Pfarrer Gwerb dem Kloster einen gewissen Heinrich Ebersperger vor und zwar nur für den Fall, daß der Sohn Ammann Steigers sich nicht bewerbe.⁹ Anscheinend aber war dem Stifte weder der Sohn Steigers noch der vom Prädikanten vorgeschlagene Anwärter genehm, die Wahl fiel auf Jakob Brändli.¹⁰ Bald aber stellte sich heraus, daß der neugewählte Verwalter die im Reversbrief enthaltenen Bestimmungen nicht beachtete, ja er vernachlässigte seine Pflicht derart, daß er entlassen wurde. Der Sohn Steigers neuerdings ermutigt, sich für die Stelle zu bewerben, bediente sich in der Empfehlung der Mängel des entlassenen Brändli, um seine Vorzüge umso strahlender hervorheben zu können.¹¹ Wir wollen uns Brändli in diesem Lichte kurz vorstellen lassen. Zum Vorwurf wurde ihm die Lässigkeit gemacht, die er im Einzug

⁵ StAE P. S 8.

⁶ ebd. P. S 11, 14.

⁷ ebd. P. S 15.

⁸ Diese Erscheinung ist kennzeichnend für die Zeit vom 16.—19. Jahrh., vgl. Elsener Ferdinand: «Das bäuerliche Patriziat im Gaster», Geschichtsfreund Bd. 104, S. 74.

⁹ ebd. P. S 4.

¹⁰ ebd. P. S 5.

¹¹ ebd. P. S 6.

des „Laubenzehnten“¹² walten ließ. Er soll diese Abgabe nicht einmal von Häusern gefordert haben, an denen er alle Tage vorbei ging. Dem Allmendzehnten schenke er ebenfalls zu wenig Beachtung. Und wenn es sich etwa gut anschicke, mache er sich immer aus der bessern Ware bezahlt, während ihm an der Qualität des dem Kloster zustehenden Treffnisses nicht so sehr gelegen sei. Obgleich diese Vorwürfe nur allzu berechtigt waren, und Steiger den hohen Gerechtigkeitssinn seines Vaters auf die Waagschale legen konnte, schlug die Waage doch nicht zu seinen Gunsten aus. Einsiedeln schenkte dem Bruder des nachlässigen Verwalters Vertrauen und setzte Rittmeister¹³ Johann Brändli ins Amt ein.

Wir haben bereits gesehen, daß das Kloster dem Ammann verschiedene aus Gnaden gewährte Zuschüsse zum ordentlichen Gehalt zugestand. Die irrigen Folgerungen, die zuweilen aus diesen freiwilligen Zuwendungen gezogen wurden, veranlaßten den Abt im Jahre 1744, die ordentliche Amtsentschädigung zu erhöhen, dagegen aber die freiwillige herabzusetzen. Damit hoffte er, den Mißbräuchen zu wehren und schweren Schaden abzuwenden.¹⁴

Die Ueberlassung des Tresters wurde beispielsweise so mißbraucht, daß der Trottbäum¹⁵ kaum mehr heruntergelassen und folglich die Trauben nicht gehörig ausgepreßt wurden. Nach Berechnung des Ammanns von Stäfa gingen dadurch dem Kloster mindestens 40 Eimer Wein verloren. Statt des Tresters und dessen Nachdruck verabfolgte das Stift fortan jedem Ammann 20 Eimer Wein.

Wir dürfen vor allem bei den spätern Ammännern kaum bewußtes Unrecht annehmen. Viel eher bewirkte hier die Gewohnheit mit der Zeit ein gewisses Rechtsgefühl. Gerade daraus, daß der Ammann in Stäfa, der ja selber Nutznießer dieses zu wenig gepreßten Tresters war, die Anzeige machte, wird schlüssig bewiesen, daß mit keinerlei Besorgnis gehandelt wurde. Im Gegenteil, als der sog. Nachdruck¹⁶ den Ammännern verweigert wurde, wehrten sie sich, als ob ihnen Unrecht geschähe und

¹² Laube hier gewöhnlich ein von Reben umrankter Hausvorbau, vgl. Idiotikon III, Sp. 962.

¹³ Rittmeister = Hauptmann (einer berittenen Einheit), vgl. Grimm VIII, Sp. 1078.

¹⁴ StAE P. S 13.

¹⁵ Trottbäum = starker Hebel, mittels dessen beim Kelten die Presse zugeschraubt wird; vgl. Grimm XI, I/2, Sp. 1074.

¹⁶ ebd. VII, Sp. 40; Nachdruck = nochmaliges Auspressen der Weintrauben.

klagten gar, daß sie eine schwere Einbuße an Einkommen erleiden werden.

Die Zehntbefreiung der Güter des Ammanns führte ebenfalls zu einer keineswegs im Sinne des Abtes gelegenen Entwicklung. So kam es vor, daß die Verwalter Land zukaufen, das als eigener Besitz zehntfrei war. Wenn das Grundstück später wieder veräußert wurde, bezeichnete man es im Kaufbrief als abgabefrei. Die Auswirkungen zeigten sich jeweils bei den Grenz- und Zehntenbereinigungen, weil die betreffenden Grundstücke in den Urbaren als zehntpflichtig eingetragen waren, während der Besitzer selber das Land auf Grund des Kaufbriefes für unbelastet hielt. Freilich hatten die Urbare die stärkere Beweiskraft, so daß der enttäuschte Eigentümer den Zehnten seiner „Goldgruben“ wohl oder übel entrichten mußte. Ob wir hier den Ammännern das Bewußtsein einer unerlaubten Handlung zumessen können, ist sehr schwer zu beurteilen. Wir enthalten uns deshalb eines Urteils, doch möchten wir wenigstens bemerken, daß in der fast erbfolgemäßigen Amtsbesetzung, manches das dem Großvater vielleicht Herzklopfen verursachte, dem Sohne als geduldete Gewohnheit galt und vom Enkel schließlich als Recht betrachtet wurde.

Die Bedingungen, die der Abt an die Gehaltserhöhung von 1744 band, gerieten bald wieder in Verrgesenheit. Ja es kam soweit, daß nebst der Aufbesserung von 20 Eimern auch alle frühern freiwilligen Zuwendungen bezogen wurden.¹⁷ Endlich bei der Installation von Ammann Johann Jakob Brändli im Jahre 1807 beabsichtigte das Stift, sämtliche aus Gnaden gewährte Zuschüsse in eine feste Entschädigung umzuwandeln, die der Arbeitsleistung angepaßt wäre.¹⁸ Für den neuen Verwalter fand zwar der Abt die Neuerung noch nicht am Platze, da dieser bereits seit vier Jahren das Amt versehe und die großen Schwierigkeiten nach der Revolution zum Vorteil des Klosters meisterhaft bewältigt habe. Dagegen sollte für alle kommenden Beamten ein einheitliches Besoldungsreglement Geltung haben und zwar müßte den Anwärtern gerade bei der Bewerbung mitgeteilt werden, daß eine Anstellung nur unter den Bedingungen, die dem Gotteshaus gefällig seien, in Frage komme. Das neue Besoldungsregulativ kam aber nicht mehr zur Anwendung, denn als Einsiedeln sein Zehntrecht verkauft hatte, war das Verwalteramt überflüssig geworden.¹⁹

¹⁷ StAE P. S 18.

¹⁸ ebd. P. S 183.

¹⁹ vgl. S. 109/110.

Eine Eigenart des Ammanns in Meilen gegenüber anderwärtigen Stiftsverwaltern bestand darin, daß er seine Jahresabrechnung stets dem Statthalter in Pfäffikon einzureichen hatte, während beispielsweise der Stäfnerammann bei der Bartholomäus-Rechnung in Einsiedeln erschien.²⁰ Obwohl man sich in Meilen bemühte, auch in Einsiedeln abrechnen zu können, fand man kein Gehör. Die Bartholomäusabrechnung war eben nur für Stiftsammänner, die in ihren Verwaltungsbezirken auch gleichzeitig die niedere Gerichtsbarkeit für den Abt ausübten. Meilen aber war eine Vogtei der Stadt Zürich.²¹

5. *Der Bezug des Zehntens*

Wir haben früher gesehen, wie der Meilenerzehnten im Mittelalter vom Stifte verschiedentlich veräußert wurde. Das Kloster als Dezimator bezog also während Jahren den Zehnten nicht selber. Wesentlich anders gestalteten sich die Verhältnisse nach der Reformation. Mit einer einzigen Ausnahme, nämlich der Veräußerung des Zehntens der Wacht Uetikon im Jahre 1678 zur Amortisation der sog. Schindler'schen Schuld, übte das Gotteshaus das Zehntrecht immer selber aus.^{1*} Der Einzug ging in Meilen so vor sich, daß das Stift den nassen Zehnten direkt bezog, während der trockene verliehen wurde. Wenden wir uns zunächst letzterem Bezugssystem zu.

a. Die Verleihung

Grundsätzlich konnte der Abt den Zehnten sowohl Privatpersonen als auch Körperschaften verleihen.¹ In unserm Falle übernahm die Gemeinde den Einzug — mit dem terminus technicus bezeichnet — war sie demnach Tragerei. Dies bedeutete, daß jeder einzelne Pflichtige dem Trager den Zehnten abzuliefern hatte.² Der Hauptgläubiger, das Kloster, machte für die Abgaben den Trager verantwortlich, der seinerseits die Schuldner belangen mußte. Die Gemeinde lieferte dem Gotteshaus nicht mehr die eigentlichen Zehnterträge ab, sondern lediglich

²⁰ StAE P. S 16, Summarium Meilen.

²¹ Richtig bemerkt Bluntschli II/21, S. 222 ff., daß Grundherr und Vogt meistens zwei verschiedene Personen sind, und der Vogt keineswegs Verweser des Grundherrn ist.

^{1*} StAE P. I 24; ebd. O. BA.

¹ ebd. P. I 2, 3, 4.

² Bluntschli IV, 43, S. 24 f.

eine feste Entschädigung, die soweit es überhaupt möglich war, nach der Aussaat einigermaßen abgeschätzt wurde.³ Der Zehntenbezug war gleichsam ein geschäftliches Unternehmen geworden, dessen Risiken grundsätzlich die Gemeinde hätte tragen sollen. Daß die Gemeinde beim Angebot vorsichtig war, kann wohl in diesem Zusammenhange als Geschäftstüchtigkeit betrachtet werden. So kalkulierten die Vorsteher jeweils bereits Abgaben an den Vogt, den Weibel, an den Pfarrer und Schreiber sowie an die fünf Wachten⁴ und seit 1646 auch an den Schulmeister ein.⁵ Meilen bot dem Stift also nur die Summe, die aus den Erträgen der Pflüchtigen noch einen Ueberschuß sicherstellte, aus dem mindestens die erwähnten Verpflichtungen der Gemeinde beglichen werden konnten. Wenn aber die Ernte diese Abgaben in Frage stellte, scheute man sich nicht, nachträglich noch um Herabsetzung an das Kloster zu gelangen. Freilich müssen wir annehmen, und es wird uns später auch bestätigt, daß man in Einsiedeln über diese Abgaben nichts Bestimmtes wußte, sonst hätte man sich sicher längst beschwert über derartige Zehntenangebote.⁶

Anläßlich der Verleihung war dem Kloster auch immer wieder Gelegenheit geboten, Beschwerden zu äußern. Wir können sogar feststellen, wie jeweils die Ammänner dem Statthalter mitteilten, welche Mängel und Rügen vorzubringen seien.⁷ So wurde beispielsweise bekannt gegeben, daß zunächst alle Erträge an einen Haufen getragen werden müssen, freilich nach Fruchtart getrennt.⁸ Diese Haufen sollten dann mittels Schaufeln gemischt werden, damit eine gleichmäßige Qualität zur Verteilung gelange und nicht immer dem Gotteshaus die schlechtere Ware zugeschoben werde. Es kam sogar vor, daß die Gemeinde bei qualitativ guten Ernten eigens schlechte Kernen zukaufte und dem Stifte aus dieser minderwertigen Ware die vereinbarte Abgabe entrichtete.⁹

Zuweilen mußte sich das Kloster anläßlich der Verleihung für die Abgaben des Allmendzehnten einsetzen. Es wurde nämlich geltend gemacht, der Bezug dieses Zehntens stehe dem Stifte nicht zu. Für Einsiedeln aber genügte der Hinweis auf das

³ StAE P. I 13, vgl. S. 24.

⁴ Verwaltungsbezirke.

⁵ StAE P. I 7, 8.

⁶ StAE P. H 41, vgl. S. 107.

⁷ StAE P. I 2.

⁸ ebd. P. I 12.

⁹ ebd. P. I 17.

Universalzehntrecht, um den Anspruch auf die Gefälle des Gemeindelandes zu rechtfertigen.¹⁰

Diese und ähnliche Zwischenfälle, die bei den Verleihungen immer und immer wieder vorkamen, ließen Stimmen laut werden, die sich für die Zehntenverleihung an die Partikularen einsetzten.¹¹ Man war der Ansicht, daß auf diesem Wege der Ertrag für das Kloster wesentlich gesteigert werden könnte.

Bittgesuche der Obervögte und gewandte Wortführer von Meilen vermochten jedoch die Verleihung an die einzelnen Zehntner zu verhindern.¹² Wir würden aber den Verhältnissen nicht gebührend Rechnung tragen, wenn wir nicht noch eminent praktische Gründe anführten, die die Klosterobern veranlaßten, den Zehntbezug weiterhin der Gemeinde zu belassen. Dabei denken wir hauptsächlich an die Vereinfachung des Bezugssystems. Unseres Erachtens wäre es geradezu eine Unmöglichkeit, den trockenen Zehnten von den Partikularen selber zu beziehen. Ein Vergleich mit dem Bezug des nassen Zehntens mag uns dies veranschaulichen. Die Weinlese begann für alle ungefähr zur gleichen Zeit und dauerte höchstens einen Monat. Das für die Einsammlung nach Meilen beorderte Personal war somit voll beschäftigt. Für den Bezug des trockenen Zehntens aber hätten wegen der verschiedenen Reifezeit der Produkte (Heu, Roggen, Gerste, Hafer etc.) während Monaten die nötigen Leute in Bereitschaft gehalten werden müssen. Ein allfälliger Mehrertrag durch die Verleihung an die Partikularen wäre daher mit größter Wahrscheinlichkeit für vermehrte Gehaltszahlungen verbraucht worden. Schließlich dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß all die dunkeln Machenschaften in den Gemeinden dem Kloster im allgemeinen doch zu wenig bekannt waren. Wir werden uns zur gegebenen Zeit, als das Kloster zufällig von den Schlichen und Ränken bei der Zehntverleihung erfuhr, dem Problem neuerdings zuwenden.

b. Der direkte Bezug

Während das Kloster bei der Verleihung aller Umtriebe des Zehntenbezugs entbunden war, hatte es bei der direkten Einsammlung viele Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen. Von Einsiedeln und von Pfäffikon wurden dem Ammann in Meilen

¹⁰ StAE P. I 13.

¹¹ ebd. P. I 20, 23, 37.

¹² ebd. P. I 36, 37.

¹³ vgl. S. 146.

die erforderlichen Sachverständigen und Hilfskräfte zugeteilt. In der sog. Herbst- oder Trottenordnung war für jeden Einzelnen der genaue Aufgabenkreis umschrieben. So war der Trottmeister verpflichtet, in der Trotte für Ordnung zu sorgen, Fässer, Kübel und Gelten peinlich sauber zu halten. Als Hauptaufgabe oblag ihm natürlich die Verarbeitung der Trauben in der Trotte. Dem Trottmeister unterstellt waren die Trottknechte, die Fuhr- und Schiffsleute. Diese bestätigten eidlich, dem Vorgesetzten gehorsam zu sein, zu jeder Tages- und wenn nötig auch Nachtzeit zu Diensten zu stehen und überhaupt für die Interessen des Klosters ein wachsames Auge zu haben.¹

Diese Trottenordnung war eine Maßnahme Abt Eichhorns, die er zu treffen genötigt war, als er über seine Angestellten in Meilen wegen liederlichen Benehmens und ungetreuer Zehntenbesorgung Klage um Klage vernehmen mußte.² Nachdem der Prälät in Einsiedeln den Grund der Pflichtvernachlässigung kannte, suchte er das Uebel auch gleich bei der Wurzel zu packen. Er verbot den Weingenuß.

Die Besoldung wurde für jede Arbeitsleistung eigens festgesetzt.³ Im Jahr 1692 erhielt der Trottmeister für die ganze Weinlese einen Eimer Wein samt Tisch, die Knechte täglich zwei Batzen samt Tisch und zwar an Fleischtagen, Fleisch und Gemüse, sonst aber statt Fleisch ein zweites Gemüse. Jeden Morgen eine Suppe und ein „Mus“ und zu jedem Essen einen Viertel Brot.

Wir haben bereits früher gehört, daß das Stift auf Wagenkehren und Zuberstellen großen Wert legte.⁴ Für den Bezug des Zehntens waren dies natürlich unentbehrliche Erfordernisse denn hätte man die Gefälle überall hertragen müssen, wären die Unkosten dermaßen angewachsen, daß aus dem Zehntrecht eher eine Last geworden wäre. In den Gemeinden Meilen und Uetikon befanden sich im Jahre 1812 gemäß Verzeichnis 17 Zuberstellen, dabei war jeweils eigens bemerkt, ob eine Wagenkehre dazu gehörte oder nicht.⁵ Die Zehntner waren verpflichtet, ihre Abgaben an den vorgeschriebenen Zuberstellen für den Klosterfuhrmann bereitzuhalten. Freilich hatte auch der Pflichtige an diesen bestimmten Zufahrtsstraßen ein Interesse. Der Karrer mußte sich an die vereinbarten Fahrgelegenheiten halten, was vor allem beim Rebbau von einiger Bedeutung war. Dies wird

¹ StAE P. T 2.

² ebd. P. T 1, 3.

³ ebd. P. T 5.

⁴ vgl. S. 17.

⁵ StAE P. Y 8.

uns gleich ad oculos demonstriert, wenn wir von Ruedi Wunderlis massivem Zugreifen gegenüber dem Klosterfuhrmann hören. Der Zehntenkarrer Ochsenr führte anno 1722 den Wein nicht auf dem vorgeschriebenen Weg fort.⁶ Er wurde dann deswegen von Wunderli nicht nur zur Rede gestellt, sondern gerade noch durchgeprügelt. Wunderli erklärte entrüstet, daß ihm das Gefährd an den Reben bedeutenden Schaden verursacht habe. Im sofort angeordneten Augenschein stellte man aber keine Beschädigungen fest, so daß sich der Statthalter über die dem Karrer angetane Gewalt beim Obervogt beschwerte. Der Zwischenfall wurde sodann mit einem Verweis an Wunderli abgetan. Doch machte der Obervogt allgemein bekannt, daß man inskünftig des Gotteshauses Knechte ungehindert die Geschäfte erledigen lasse und sich niemand unterstehe statt der Amts- eigene Gewalt zu brauchen. Die Obervögte hatten auch stets einzugreifen, wenn statt der vereinbarten Zehntenstellen, neue, nach eigenem Ermessen der Zehntner, errichtet wurden.⁷ Jeder Pflichtige war strikte gehalten, bei Umgestaltung der Anbaufläche beim Dezimator eine Bewilligung einzuholen, falls er eine andere Ablieferungsstelle für zweckdienlicher erachtete.⁸

Der Unterhalt der Zufahrten gab unter den Pflichtigen oftmals zu reden. Gewöhnlich ist es ja so, daß das Land an der Grenze des Nachbars soweit wie möglich genutzt wird. Bedeutend kleiner aber war das Interesse am Grenzland, wenn darauf Zufahrtsstraßen zu unterhalten waren. Als z. B. der Statthalter in Pfäffikon wegen des schlechten Zustandes einer Wagenkehre reklamieren mußte, suchten sich die beiden Anstößer, das Kloster Wurmsbach und Jakob Leemann, mit allen möglichen Beweismitteln der Unterhaltungspflicht zu entziehen. Die Obervögte überbürdeten die Beschwerde, unseres Erachtens mit Recht, dem Cisterzienserinnenstift am öbern Zürichsee. Die Äbtissin von Wurmsbach erhob zwar Einsprache gegen dieses Urteil, mußte sich aber dem Spruche schlußendlich doch unterziehen.⁹

Ursprünglich stiftete das Kloster während der Weinlese den Gemeindegossen an Sonn- und Feiertagen ein Mahl mit Trunk. Im Jahre 1492 konnte diese Servitut abgelöst werden. Da nämlich die Pfrund des Kreuzaltars in der Kirche Meilen wenig „Nuz und Gült“ hatte, wünschten die Meilener sie dadurch zu verbessern, daß das Kloster das jährliche Trottenmahl nicht mehr

⁶ StAE P. Y 4.

⁷ ebd. P. Y 2.

⁸ ebd. P. Y 3.

⁹ ebd. P. Y 7.

schuldig sein soll, dafür aber an die erwähnte Pfrund alle Jahre drei Mütt Kernen und drei Eimer Wein stifte.¹⁰ Die sog. „Letze“, das Abschiedsmahl, das der Stiftsamman den Gemeindevorstehern jeweils nach Beendigung der Weinlese spendete, fünf Viertel Brot und fünf Viertel Wein, blieb weiterhin bestehen. In der Reformation verlor sich die Spende an den Altar, d. h. sie wurde vermutlich dem festen Pfarrgehalt einverleibt. Wegen des Abschiedsmahls aber entspann sich um 1670 ein Streit. Als damals der Statthalter dieses Mahl verweigerte,¹¹ wehrten sich die Gemeindevorsteher und erklärten, das Kloster schulde das Essen. In Pfäffikon aber betonte man, daß das Gotteshaus zwar seit Jahren in der Trotte Meilen den Vorgesetzten eine Mahlzeit bot, jedoch dafür keine Verpflichtung bestünde.¹² Diese Meinungsverschiedenheiten vereitelten einen ersten Vergleichsversuch im Jahre 1673.¹³ Endlich drängten dann äußere Umstände den Statthalter zu einem Vertragsabschluß. Das anfänglich für 15 Personen bestimmte Essen wurde von so vielen ungeladenen Kirchgenossen beansprucht, daß in der Trotte nicht mehr genügend Platz war, und das nötige Hausgeschirr mangelte.¹⁴ Statthalter P. Anton von Beroldingen vereinbarte daher am 13. Januar 1676 mit den Verordneten von Meilen, daß das Kloster anstatt des gebotenen Trottenmahls drei Mütt Kernen und drei Eimer Wein liefere, woraus sich dann die Vorgesetzten an einem beliebigen Ort ein Essen leisten können. Das Kloster behielt sich einzig das alte Recht vor, in Fehljahren die Abgabe nicht zu schulden. Man wird sich schließlich fragen, weshalb das Stift das Abschiedsmahl nicht einfach abschaffte, nachdem es doch rechtlich nicht verpflichtet war. Dazu aber ist zu bedenken, daß ein derart alter Brauch nicht einfach außer Acht gelassen werden konnte. Die Gemeindevorsteher hätten sich bei einer radikalen Lösung beim Zehntenangebot sicher schadlos zu halten gewußt.

6. Die Zehntenbefreiung¹

Der Zehntenbezug aus den Einsiedeln zustehenden Gütern war ein unbeschränkter, weil weder in Briefen noch in Marchungsprotokollen etwas von der Abgabepflicht ausgenommen war.²

¹⁰ Ringholz I, S. 533; DAE Vol. VII, HI; StAE P. Y 1; ebd. P. H 41.

¹¹ In Fehljahren stand dem Kloster dieses Recht zu.

¹² StAE P. V 3.

¹³ ebd. P. V 2.

¹⁴ ebd. P. V 2, Summarium.

¹ DAE S. 51 ff., StAE P. H 7 schildern die im Jahre 1653 zehntbaren Güter.

² ebd. P. K 7.

Wenn nun aber in der Folge doch zehntfreies Land festzustellen ist, so beruhte dies immer auf einem freiwilligen Entschluß des Klosters. Als die ältesten in unsern Zeitraum fallenden zehntfreien Gebiete sind die Widumgüter^{2*} in Toggwil zu bezeichnen.³

Als nämlich das Kloster in der Reformation ständig wegen Kompetenzerhöhungen angegangen wurde, wollte man mit diesem Kirchengut an die Besoldung beisteuern. Damit aber waren die Bewohner von Toggwil nicht einverstanden. „Dieweil nämlich die Messe abgeschafft sei“, und der Abt ihnen keinen Kirchendienst mehr leiste, scheine es ihnen nur recht und billig, diese Güter zu behalten, umsomehr als sie sie seit vielen Jahren innehatten, und das Kloster darauf nie Anspruch erhob. Der Spruch der Verordneten von Zürich regelte das Verhältnis im Jahre 1536 wie folgt:⁴

Der Abt von Einsiedeln gibt denen von Toggwil die Kapelle samt den dazugehörigen Gütern als rechtes Erbe nach Land und Lehensrecht. Dafür aber bezahlen die Empfänger jährlich auf St. Martinstag 2 Mütt Kernen Bodenzins. Die Güter sollen den Toggwilern gehören und der darauf lastende Zins unverändert bleiben. Der Vertrag bezeichnete die einzelnen zehntfreien Gebiete namentlich. Zweihundert Jahre später beanspruchten verschiedene Gemeindegossen Zehntfreiheit gewisser Landteile, weil diese angeblich aus den ehemaligen Toggwiler Gütern stammten.⁵ Es ist uns durchaus verständlich, daß diese Ansprüche erhoben werden konnten, wissen wir doch wie unzulänglich die Grenzziehungen waren, die nur auf Besitzer- und Güternamen beruhten. Die daraufhin durchgeführte Marchenbereinigung ergab die Zehntfreiheit für 10 Besitzer. Die festgelegten Grenzen wurden diesmal mit Steinen gekennzeichnet, um inskünftige ähnliche Grenzverwischungen zu vermeiden.⁶

Ein altes Gewohnheitsrecht verpflichtete den Dezimator, den Zehnten von neugerodetem Land für die ersten drei Jahren der Pfründe zu überlassen. Auch die Meilener glaubten sich berechtigt, diesen Vorteil für sich zu beanspruchen. Daher erkundigte sich Einsiedeln im Jahre 1628 eingehend in Zürich, was unter dem Begriff Neugrüt zu verstehen sei, und wem die Nutzung dieses Zehntens zustehen soll. Darauf antwortete und erläuterte der Rat:

^{2*} Widum = Kirchengut, Grundstück, das zur Stiftung einer Kirche gehörte.

³ StAE P. P 1.

⁴ DAE S. 33; Nüscheler S. 426.

⁵ StAE P. P 3.

⁶ ebd. P. P 4.

1. Dasjenige soll Neugrüt sein und heißen, wo man seit Menschengedenken nichts mehr gepflanzt hat und wo nun, um pflanzen zu können, zuerst gerodet werden muß. Kann man aber nachweisen, daß das Land schon einmal bebaut war, soll der Name Neugrüt nicht gebraucht werden.
2. Die Nutzung des Neugrüt fällt für die ersten drei Jahre der Pfarrpfund zu, wenn diese selbst den großen oder kleinen Zehnten bezieht.

Steht aber der Pfarrpfund keiner der beiden Zehnten zu, wenn es sich also um eine inkorporierte handelt, soll der Pfarrer an der Nutzung keinen Anteil haben.

Diese Anfrage kam dem Kloster 1694 zugut, als der Rat über die Verwendung von Neubruch und Neugrüt Vorschriften erließ. Der Stiftsamman wies nämlich auf Grund der Erläuterung von 1628 die Ungültigkeit dieser Vorschriften für Meilen nach.⁷

Einsiedeln nutzte also mit vollem Recht das Neugrüt. Doch macht es den Anschein, daß bei den Pflichtigen die Ablieferung dieses Zehntens nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden konnte, denn selbst beamtete Personen mußten vom Kloster auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht werden.⁸ Man dürfte dies aber der allgemeinen Abneigung, die diesen Abgaben entgegengebracht wurde, zuschreiben.

Die Zehntenbefreiung wurde, wie wir schon sahen, oftmals ungerecht beansprucht.⁹ Meistens handelte es sich dabei um Güter, die aus irgend einem Grunde einmal zehntfrei waren und in diesem Zustand veräußert wurden. Obwohl der Käufer den Boden als zehntfrei übernahm, mußte er die Abgaben stets wieder entrichten, sobald die gewährte Zehntfreiheit für das betreffende Landstück erlosch. Rudolf Weber, der Seifensieder, hatte von seinem Garten während drei Jahren keine Abgaben entrichtet, weil er ihn als zehntfrei erworben habe.¹⁰ Die Klage Statthalter P. Pius Kreuels nötigte Weber aber, seiner Pflicht nachzukommen.¹¹

Während des 18. Jahrhunderts erfolgten sehr viele Zehntbefreiungen. Der Grund dafür lag zwar diesmal nicht so sehr in einer Gnadenbezeugung des Stiftes, als vielmehr in der nüchternen Ueberlegung, daß infolge des Entgegenkommens die

⁷ StAE P. L 2, 3; StAZ A 357, 2, Nr. 109... und gehört dieser Newgrüth Zehnden deme welchem die Pfarrkirchen inverlibt ist, es seye Closter, Stifft oder Spital.

⁸ StAE P. K 6.

⁹ vgl. S. 27.

¹⁰ StAE P. K 9.

¹¹ ebd. P. EA 1.

Bauern mit Fleiß und Interesse Boden urbarisierten, von dem zur gegebenen Zeit dem Dezimator die Abgaben zufließen. Die Dauer der Befreiung erstreckte sich von zwei bis sechzig Jahren, je nach den obwaltenden Verhältnissen. Gab die Bodenverbesserung viel Arbeit und war auf Jahre hinaus nur auf bescheidenen Ertrag zu hoffen, so wurden die betreffenden Güter auf längere Zeit nicht mit Abgaben belastet. Diese Erleichterungen wurden selbstverständlich schriftlich vereinbart, wobei das abgabefreie Grundstück genau in den Grenzen umrissen wurde.¹² Das Kloster behielt sich stets ausdrücklich vor, daß das Entgegenkommen niemals ein Nachteil sein soll für seine Zehntrechte. Der Pflichtige mußte auch schriftlich bestätigen, nach Ablauf der gewährten Frist, die Gefälle unaufgefordert zu erstatten.

In diesem Zusammenhange spielt nun der Allmendzehnte eine gewisse Rolle. Anläßlich der Zehntenverleihung wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Allmend abgabepflichtig sei.¹³ 1771 gelangten aber die Obervögte mit der Bitte an das Stift, man möchte die Abgaben neugerodeten Allmendbodens für zwei Jahre erlassen, wie dies auch die Obrigkeit in ihren Patronaten getan habe.¹⁴ Die Bitte schien den Vögten umso berechtigter, als es sich bei den Allmendpflanzern um arme Leute handelte, denen die Abgaben besonders spürbar seien. Einsiedeln entsprach zwar dem Gesuch nicht im gewünschten Sinne, sondern es lieferte den Armen statt der in den vorhergehenden Jahren „gnädigst“ gewährten 7 Mütt deren 10 für die Jahre 1772 und 1773.¹⁵ Diese Lösung hatte bestimmte Hintergründe. Einmal sah das Kloster keinen eigentlichen Befreiungsgrund, da ein Augenschein erwies, daß es sich nicht um Neugrüt handelte. Zum andern aber vermied man wahrscheinlich ein Zusammengehen mit der Regierung, um sich eine gewisse Handlungsfreiheit zu sichern.

7. Defraudanten

Der Zehnte war im Grunde genommen ein recht verlockender Anlaß für Hinterzug. Mochte man auch die Aussaat überprüfen, so war doch Wachstum und Ernte von unlenkbaren Naturinflüssen abhängig. Es brauchte daher für den im allgemeinen

¹² ebd. P. EA 2, 12, 13₁, 13₅.

¹³ vgl. S. 29/30.

¹⁴ StAE P. N 3.

¹⁵ vgl. S. 113/114.

dürftig lebenden Zehntpflichtigen zuweilen sicher einige Ueberwindung, seiner Pflicht getreulich nachzukommen.¹ Es erstaunt uns daher keineswegs, wenn Einsiedeln sich oft beschwerte, weil mit dem Zehnten in Meilen viel Untreue getrieben werde.² So mannigfaltig die Ergebnisse menschlicher Denkkraft sind, so verschieden waren auch die Wege, dem Zehntherrn das wahre Treffnis vorzuenthalten. Abt Joachim suchte diesen Mißstand 1558 mit dem Vertrag über den kleinen Zehnten zu beseitigen.³ Das Verhältnis schien dann auch einigermaßen gebessert zu haben, denn in einer Zeitspanne von 50 Jahren stellen wir nur geringfügige Zehntvergehen fest.⁴

Aber schon 1610 war das gegenseitige Verhältnis wieder derart verfahren, daß das unflätige Benehmen der Meilener den Abt veranlaßte, beim Rat in Zürich Beschwerde zu führen. Die Klageschrift gibt eine lebhafte Darstellung der Unstimmigkeiten.⁵ Ein gewisser Dr. Wolff von Zürich hatte in der Kirche, als das Zehntenmandat in gewohnter Weise von der Kanzel verlesen wurde, dem Prädikanten, den er nur Pfaff nannte, Schweigen geboten. Das Verlesen des Mandates brandmarkte er als Unrecht. Dieses Verhalten Dr. Wolffs blieb nicht ohne Wirkung. Vor allem bei den Jungen führte es zu Trotz und Widerwillen gegen den Zehntenbezug des Stiftes. Der Abt verteidigte natürlich sein angestammtes Recht und lobte wehmütig die Zeiten, in denen Meilen im Rufe stand, nicht nur die Abgaben redlich abgeliefert zu haben, sondern sogar friedliebend und nachgiebig gewesen zu sein.

Mögen auch die Vergehen zuweilen einer gewissen Komik nicht entbehren, so waren sie für das Kloster doch schwere finanzielle Rückschläge. Der Wolff'schen Theorie entsprach auch die Praxis der Pflichtigen. Jeder begann nach eigenem Ermessen mit der Weinlese, ohne das Stift zu verständigen. Die Zuber waren nicht mehr richtig gefüllt, in vielen wurden gar nur mit Wasser begossene Trester vorgefunden. Ja man scheute sich selbst vor gemeinsten Handlungen nicht. Zuber vor der Trotte wurden beschädigt, so daß der Inhalt austrann. Auch Frauen standen nicht zurück. Sie betranken sich an den Weinständen und belästigten die Klosterknechte. Ein alter Mann, der zufällig das Gebaren beobachtete, soll zornentbrannt gesagt

¹ Böppli S. 55.

² StAE P. H u. K.

³ vgl. S. 16 ff.

⁴ StAE P. K 1.

⁵ ebd. P. K 2.

haben, man gehe mit dem Zehnten um, als ob er für Schweine bestimmt wäre. Behördemitglieder wußten sogar zu berichten, Frauen seien dermaßen betrunken gewesen, daß man wegen des unzuchtigen Wesens und ihres Hin- und Herpurzelns auf der Straße, nicht zu ihnen hin durfte, sondern der Ehrbarkeit wegen einen großen Umweg zu machen genötigt war. Noch nicht genug des Mutwillens. In der Trotte wurden Trottmeister und Knechte nachts mit „hempfligen“ Steinen beworfen, wobei einer eine schwere Rückenverletzung erlitt. Den Gipfel der Frechheit aber erlaubte sich Heinrich Schnorf von Obermeilen, der einfach ungeladen in der Trotte zu Tische saß und in seiner Trunkenheit anfang zu singen und zu wüten. Zwar konnten die Rädelsführer nicht ausfindig gemacht werden, doch verlangte der Abt von Einsiedeln eine Untersuchung und bat Zürich, dem Stifte, wie bisher, Schirm und Schutz in seinen Besitzungen angedeihen zu lassen.

Die von Zeit zu Zeit erlassenen Mandate sind klare Hinweise auf die stets wieder aufgedeckten Veruntreuungen. Wir stellen die wichtigsten Punkte der Zehntenmandate zusammen, um eine Uebersicht der meist vorgekommenen Verfehlungen zu erhalten.⁶

Viele Pflichtige gaben vom Rotwein keinen oder nur schlechten Zehnten.⁷ Dabei lag zwar mengenmäßig gewöhnlich kein Hinterrück vor.⁸ Es wurde wirklich der zehnte Teil des Traubenertrages abgeliefert, jedoch das ganze Treffnis nur in weißen Trauben. Die Qualitätsablieferung entsprach also nicht den Vorschriften. Das Kloster setzte sich immer wieder für proportionale Zehntenablieferung ein.

Verschiedentlich wurde der Zehnte nicht an den vorgeschriebenen Stellen abgeliefert, sondern nach Belieben in den Häusern vorgelegt.⁹ Damit aber handelte man gegen die Vorschrift, daß die Ernte erst abgeführt werden dürfe, wenn der Zehnte entrichtet sei.¹⁰ Bestand doch in den Häusern allzu gute Gelegenheit, dies oder jenes den Augen der Zehntbeamten zu entziehen.

Sehr oft kam es vor, daß das Kloster nur schlechte Trauben erhielt.¹¹ Auch in diesem Falle war die richtige Menge entrichtet, jedoch ausschließlich von minderwertigen Früchten. Der Schrei-

⁶ StAE P. K 14, 1566; P. K 4 v. 1645; P. K 18 v. 1717; P. K 22 v. 1761 (Großmünster); P. K 23 v. 1766; P. K 24 v. 1774.

⁷ ebd. P. K 4.

⁸ ebd. P. K 11, 12, 15, 22, 23.

⁹ ebd. P. K 4.

¹⁰ ebd. P. K 18, 20; Böppli S. 36.

¹¹ ebd. P. K 4, 24.

ber verstand es ganz anschaulich zu schildern, wenn er schrieb, daß man überall das Beste „oben ab nehme und die Kammen^{11*} zurücklasse“. Dabei machten sich die Leute nicht einmal ein Gewissen, das Beste und Gesundeste für sich zu behalten, dem Zehntherrn aber die abschätzigste Ware zu überlassen.¹²

Ab und zu hielten sich Schuldner nicht für zehntpflichtig, wenn die Güter an verschiedenen Orten lagen, und keiner der einzelnen Rebberge 10 Zuber abwarf.¹³ Es wurde daher in Erinnerungsmandaten darauf hingewiesen, daß ab solchen Gütern stets die 10. Tragene entrichtet werden müsse.¹⁴

Die Zehntenablieferung von Lauben- und Hausreben gab auch Anlaß zu Reklamationen.¹⁵ Suchte man doch nach Möglichkeit die Abgabepflicht dieser Früchte zu umgehen. Das Universalzehntrecht umfaßte aber den Zehnten aller Früchte, und deshalb wehrte sich das Stift. Aber auch eine gleichzeitige Umfrage bei andern Gemeinden ergab, daß diese Abgabe allenthalben verlangt werde.¹⁶

Zeitweise versuchte man sich etwas zu erübrigen, indem man vorzeitig mit der Weinlese begann und davon keinen Zehnten erstattete.¹⁷ Die Verordnungen machten daher den frühzeitigen Beginn von einer Bewilligung des Stiftsammanns abhängig.

Die häufigste Art des Hinterzugs aber war wohl die, daß den Stiftsbeamten nicht das wahre Ertragsquantum angegeben wurde.¹⁸ Der Mahnung an die Pflichtigen, dem Einzüger des Zehntens in Wahrheit anzuzeigen, wieviel geerntet wurde, begegnen wir in den Verordnungen auf Schritt und Tritt.

Die Wirkung der Mandate dürfen wir keinesfalls überschätzen. So heißt es z. B. im Erlaß von 1774, daß er lediglich vonnöten sei, weil die Vorschriften von 1766 zu wenig beachtet wurden. Unwillkürlich fragen wir uns nun, ob das Kloster über keine wirksamen Sanktionen verfügte. Die einzige Zuflucht war die Regierung in Zürich und für Uetikon der Landvogt in Wädenswil.¹⁹ Diese taten, was in ihren Kräften lag. Sie bestraften De-

^{11*} Kamm der Traube, vgl. Idiotikon III, Sp. 296.

¹² StAE P. K 22.

¹³ ebd. P. K 14.

¹⁴ Böppli S. 36.

¹⁵ StAE P. K 8, 18, 20.

¹⁶ ebd. P. K 5.

¹⁷ P. K 2, 23, 24.

¹⁸ ebd. P. K 24.

¹⁹ Dändliker I, 260.

fraudenten, die auf frischer Tat ertappt wurden oder denen untreue Ablieferung nachgewiesen werden konnte.

Rudolf Guggenbühl in Obermeilen mußte 1751 einen unangenehmen Urteilsspruch über sich ergehen lassen, weil er statt der pflichtigen 4 Eimer nur $1\frac{1}{2}$ Eimer als Zehnten stellte.²⁰ Als wohlverdiente Buße, wie es im Urteil heißt, wurde er einen Tag in Zürich eingesperrt und am Abend durch einen Stadtknecht nach Meilen geführt. Allda stellte man ihn sonntags nach der Predigt vor den öffentlichen Stillstand,²¹ wo man ihm die schwere seines Vergehens ernstlich zu Gemüte führte und ihn zur bessern Beobachtung seiner Pflichten mahnte. Dazu hatte er den Schaden zu ersetzen, eine Geldbuße zu entrichten, sowie sämtliche Gerichtskosten zu zahlen.

Viele andere spürten die Härte des Gerichtes in ähnlicher Weise.²² Die Fehlbaren von Uetikon wurden vom Landvogt in Wädenswil bestraft, weil dieser dort die Gerichtsbarkeit ausübte. 1781 verhängte Landvogt Huber über Heinrich und Jakob Schnorf wegen beträchtlichen, treulosen Zehntenhinterzugs schwere Strafen. Zunächst mußte der veruntreute Betrag nachbezahlt werden. Dann aber wurden beide Schnorfen als abschreckendes Beispiel für andere, jeder mit 10 Streichen an der „Stud“ gezüchtigt und darauf in den Turm gelegt. Hernach mit der Aufschrift „Zehnten-Betrüger“ vor die Kirchentüre in Uetikon gestellt, um dort vom gesamten Stillstand zu einem, ihrem gewissenlosen Betragen angemessenen, sehr ernstlichen Zuspruch vermahnt zu werden. Ueberdies gingen sie für 5 Jahre der Ehren verlustig und waren von allen Gemeindeanlässen ausgeschlossen.

Diese harten Urteile beweisen deutlich genug, daß die Gerichte gegen Fehlbare scharf einschritten. Wenn die untreuen Zehntablieferungen aber doch nicht wirksam genug bekämpft werden konnten, so ist das keineswegs das Verschulden der richtenden Instanzen, sondern einfach die Auswirkungen des in der Bauernsamer stets verborgenen Widerwillens gegen den Zehnten. Immer mehr und mehr verschärfte sich die Abneigung gegen die vielfach nicht mehr verstandenen Abgaben, bis dann schließlich während und vor allem nach der Revolution eine Lösung gefunden wurde.

²⁰ ebd. P. K 21.

²¹ Stillstand = Kirchenpflege.

²² ebd. P. K 26₁, 26₂, 26₃.

8. Die Trennung von Meilen und Uetikon

Obwohl es in diesem Zusammenhange unsere Aufgabe ist, die durch die kirchliche Trennung veränderten Zehntverhältnisse zu beleuchten, müssen wir zunächst etwas weiter ausholen.¹

Die ersten Bestrebungen Uetikons, der bis anhin sog. fünften Wacht Meilens, für die Errichtung einer eigenen Pfarrei fallen in das Jahr 1642, scheiterten aber wegen verschiedener Schwierigkeiten. Auch einem neuen Plan von 1659 war das gleiche Los beschieden. Demnach blieb es weiterhin Aufgabe der Vikare in Meilen, wöchentlich eine Predigt in der Kapelle Uetikon zu halten. Noch 1670 wurde für Vikar Zeller die Besoldung für die Donnerstag Predigt festgesetzt. Die Kirchgenossen der fünften Wacht blieben aber nicht untätig, sie wünschten zu sehr eine eigene Kirche mit einem eigenen Seelsorger. Der weite Weg nach Meilen war vor allem im Winter sehr beschwerlich und machte den Kirchgang zeitweise überhaupt unmöglich.^{1*} Noch hätte zwar die Trennung nicht vollzogen werden können, wenn nicht ein tatkräftiger Mann die Sache an die Hand genommen hätte. Hauptmann Heinrich Lochmann veranlaßte nämlich die Gemeinde, sich an den Rat in Zürich zu wenden. Auf persönliches Bitten verschiedener maßgebender Männer bewilligte der Rat 1680 die Trennung von Meilen, lieferte das nötige Holz und gestattete, für den Kirchenbau im ganzen Kanton eine Steuer zu erheben.² Die Uetikoner selber scheuten für die Kirche keine Mittel. Allein selbst aller Opferwille hätte den Bau in Frage gestellt, wenn nicht Hauptmann Lochmann und dessen Frau, nicht nur mit Worten, sondern auch mit bedeutenden finanziellen Mitteln beigestanden wären.³ Als Anerkennung und Dank wurde dem eifrigen Förderer und seinem Mannesstamme das Kollaturrecht übertragen.^{3*} Freilich vollzog sich die Trennung von der Mutterkirche nicht ohne Anstände. Die Aufteilung des Kirchengutes gab noch verschiedentlich zu reden.⁴ Für unsre Arbeit fällt die Behandlung der Kollatur weg, denn nach dem Tode Lochmanns, der ohne männliche Nachkommen starb,⁵ fiel das Besetzungsrecht an den Rat in Zürich. Wir müssen uns dabei

¹ vgl. dazu Bindschedler S. 16; Nüscheler S. 408; Stelzer S. 43.

^{1a} Gyr S. 64 ff. Nach kanonischem Recht ist damit der Grund zur Teilung gegeben.

² StAE EI 30, 125, ebd. Verzeichnisse über die Leistungen der Uetikoner.

³ ebd. B II 598, S. 12.

^{3*} StAE P. Q 20.

⁴ Dazu StAZ B II, 595, S. 7, 18, 29; B II, 603, S. 69/70; B II, 603; EI 30. 78.

⁵ Ein Sohn soll in jungen Jahren gestorben sein.

vor Augen halten, daß der Rat alle Kollaturrechte der nach der Reformation errichteten Pfründen für sich in Anspruch nahm.⁶ Wir werden daher vorläufig auch mit der Besoldung nichts zu tun haben. Was aber durch die Ereignisse von 1680 bis 1683 unberührt blieb, war das Zehntrecht des Stiftes Einsiedeln.⁷ Abt Augustin II. stand der Neugründung nicht im Wege, äußerte sich aber anläßlich eines Mittagessens in der Trotte Meilen, daß er die neu erbaute Kirche und Pfarrei wohl dulde, sollte aber sein Zehntrecht gekürzt werden, so würde er in Zürich protestieren und sein Recht fordern. Da die Beziehungen zwischen Uetikon und Einsiedeln auf der Zehntpflicht bzw. -recht beruhten, werden uns in der Folge hauptsächlich Zehntenfragen beschäftigen.

Die Kapellpfrund wurde bis zur Errichtung der neuen Pfarrei vom Sigristen verzehntet, nachher ging die Ablieferungspflicht an den Pfarrer über.⁸ 1693 bereits weigerte sich Pfarrer Lochmann den Neugrützehnten abzustatten und begründete sein Verhalten damit, daß die aufgebrochenen Landteile nicht zum *ager decimalis* gehörten, sondern zu den Regalien der Landesherren, das würde also heißen, dem Rate zu Zürich.⁹ Diese Begründung des Pfarrers ist umso stichhaltiger, als wir wissen, daß Einsiedeln keine Holzgerechtigkeit besaß.^{9*} Aus diesem Umstande nun läßt sich die Weigerung des Pfarrers erklären. Die Regierung hatte nämlich das Holz, das wegen der strittigen Neugrütreben gerodet werden mußte, seinerzeit der Pfrund vermacht, und daher hielt Lochmann den Boden für abgabefrei.¹⁰ Der Statthalter konnte zwar mit der eindeutigen Präzisierung des Neugrüt dem Prädikanten das Unrecht seiner Forderung nachweisen, worauf dieser die Abgabepflicht für 1693 anerkannte.¹¹ Als der Rechtsweg aussichtslos war, gelangte der Pfarrer bittlich an den Statthalter, man möchte ihm das Treffnis schenken. Der Bitte wurde willfahren und man verehrte ihm das Gewünschte.¹² Doch schon im folgenden Jahre opponierte der

⁶ Moor S. 157; Gyr S. 95. Danach konnte Einsiedeln kein Kollaturrecht geltend machen, weil dieses sich nur auf die Pfründe nicht auf den Umfang der Pfarrei bezieht.

⁷ StAE P. Q 2.

⁸ StAE P. Q 3.

⁹ ebd. P. Q 4, 12; StAZ EI 30. 125.

^{9*} vgl. S. 63.

¹⁰ StAE P. Q 4.

¹¹ vgl. S. 35.

¹² StAE P. Q 23.

Pfarrer neuerdings.¹³ Auch diesmal wartete er mit Begründungen auf, und zwar schob er die Schuld seiner Verweigerung dem Abte selber zu, weil das Kloster bei der Errichtung der neuen Pfarrei keine Beisteuer gab. Aber auch diese Motivierung schien nicht von besserm Erfolg gekrönt zu sein. Zwar müssen wir annehmen, daß dem Prädikanten auch diesmal die Abgabe geschenkt wurde; im Zehntenrodel von 1695 steht nämlich am Rande, daß dem Pfarrer Lochmann auf bittliches Anhalten für das laufende Jahr der Neugrützehnte geschenkt wurde.¹⁴ Es scheint daher vollkommen unwahrscheinlich, daß die Abgabe für 1694 bezogen wurde. Dagegen forderte das Kloster den Zehnten für 1696 aufs bestimmteste, doch ebenso bestimmt weigerte sich der Pfarrer. Der Streit mußte dem Rate in Zürich unterbreitet werden. Bürgermeister Escher, der sich damit zu befassen hatte, verlangte Beweise mit „Sigill und alten Briefen“. Für Lochmann war es zwar unmöglich seinen Anspruch zu belegen. Umso überzeugender wirkten die Dokumente, mit denen Statthalter Pfyffer nachweisen konnte, daß bis zu Pfarrer Lochmann stets getreu gezehntet wurde. Escher gab dem Prädikanten nochmals die Möglichkeit zu den Ausführungen des Statthalters Stellung zu nehmen und riet ihm gar, bei den Aemtern Küsnacht und Grüningen nachzuforschen, ob sich vielleicht dort noch Aktenstücke der Marchung von 1608 vorfänden.¹⁵ Lochmann ließ sich die Gelegenheit einer Widerlegung nicht nehmen. Zunächst wies er den Vorwurf zurück, daß er der erste sein soll, der nicht richtig zehnte, denn auch er entrichte, wie seine Vorgänger, die Abgabe von den alten Reben. Die frühern Pfarrherren, so argumentierte Lochmann weiter, konnten überhaupt vom Neugrüt nichts abliefern, da Goßweiler den Boden gerodet habe und Dr. Füßli, dessen Nachfolger, von den gepflanzten Reben noch wenig oder keinen Nutzen hatte.¹⁶

Ferner griff Lochmann auch das Universalzehntrecht an, doch vermochte er keine beweiskräftigen Einwände dagegen zu machen. Schließlich ersuchte er die Regierung, sie möchte „solcher beschwerlicher Anforderung“, nämlich der Ablieferung dieses Neugrützehntens abhelfen.

Die Beurteilung der Sachlage durch die Regierung schien eher den Standpunkt des Prädikanten zu rechtfertigen.¹⁷ Zieht man in

¹³ StAE P. Q 5.

¹⁴ StAZ EI 30. 125.

¹⁵ ebd. P. Q 6.

¹⁶ ebd. P. Q 7, 12.

¹⁷ ebd. P. Q 8.

Betracht, daß Einsiedeln ohne die Aufrichtung der Pfarrpfund niemals in den Genuß des Bodens, der nur „Gestreuch“ trug, gekommen wäre, denkt man ferner auch an die Mühe, die die Bebauung dieses Bodens erforderte, sind diese Gründe stichhaltig genug, die Stellungnahme zu begründen. Eines aber, und das ist wohl das Entscheidende, fand keine Beachtung, daß mit dieser im Wesentlichen doch gefühlsbetonten Begründung die rechtliche Kraft der einsiedlischen Beweisdokumente, der Marchungsbrief von 1608 und die Definition des Neugrüt vom Jahre 1628, nicht im geringsten ins Wanken kommen.¹

Von diesem Zwiespalt zwischen Recht und Gefühl war anscheinend auch die Regierung beeinflusst, es erfolgte deshalb kein Entscheid.¹⁸ Die Verhandlungen wurden im Herbst 1696 eingestellt, weil Lochmann erkrankt war. Im folgenden Sommer starb der Prädikant. Der Prozeß wurde nicht weitergeführt. Der Nachfolger, Pfarrer Usteri, war sehr begütert und verstand es mit dem Kloster über die Zehntenablieferung ein Abkommen zu treffen. Zwar mußte er den Zehnten vom Neugrüt entrichten, erhielt aber eine ansehnliche Mostsuppe,¹⁹ als Gegenleistung. Die Spannung war damit einstweilen gelockert.

Bis 1736 blieb es um diese Neugrütabgaben ruhig. Dann aber machte der bereits erwähnte Pfarrer Usteri einen ersten Versuch, die Zehntfreiheit wieder zu fordern.²⁰ Anscheinend konnte ihn der Statthalter von seinem Ansinnen abbringen. Bei der Neubesetzung im Jahre 1753 entfachte Pfarrer Wolf den alten Streit in verschärfter Form.

Wir wollten uns nicht nochmals weitläufig mit den Auseinandersetzungen zwischen Prädikant und Kloster beschäftigen, sondern wenden uns sogleich den Abschlußverhandlungen zu. Einsiedeln mußte also erneut die Behauptung der Zehntfreiheit widerlegen. Die Beweisführung setzte dann auch bei den Quellen ein. So hieß es, daß Kaiser Otto I. die Kirche zu Meilen samt ihren Zehnten dem Gotteshaus vergabte.²¹ Seither sei dieser Zehnte größtenteils vom Kloster selber bezogen worden. Einsiedeln griff auf die Schenkungsurkunde Ottos d. Gr. zurück, um damit das Universalzehntrecht zu erweisen, und es betonte den eigenen Bezug des Zehntens, weil dadurch die Rödel als beweiskräftig angesehen werden mußten. Aus den Rödeln ging nun hervor, daß der Zehnte von den Pfarreben Uetikon stets

¹⁸ StAZ EI 30. 125.

¹⁹ Mostsuppe = Sauser. Grimm: VI/2600.

²⁰ StAE P. Q 10.

²¹ ebd. P. Q 12.

richtig abgegeben wurde. Diese zwei Hauptargumente untermauerte das Stift noch, indem es nachwies, daß der Uetikoner Pfarrer im Jahre 1737, trotz öffentlicher Bekanntmachung, keinen zehntfreien Boden anmeldete.²²

Die Regierung entgegnete darauf, daß das Universalzehntrecht sich nicht auf solchen Boden beziehe, der vorher felsig und mit Wald bedeckt war und die Erde überhaupt zuerst hergeschafft werden mußte, damit gepflanzt werden konnte.

Die verschiedenen Rechtstage, die für die endgültige Regelung anberaumt wurden, mußten wegen anderweitiger Inanspruchnahme des Abtes verschoben werden. Endlich wurde auf den 28. November 1764 vom Rate folgender Vorschlag ausgearbeitet.

Entweder sollen von den Pfrundreben in Uetikon nicht mehr als zwei Jucharten verzehntet werden und alles übrige zehntfrei sein, oder der Zehnte soll von allem Land erstattet, dafür aber dem jeweiligen Prädikanten aus dem Stiftsgut jährlich zwei Eimer Wein und ein Mütt Kernen verabfolgt werden.²³

Das Kloster erklärte sich einverstanden, dem Uetikoner Pfarrer den von der Regierung vorgeschlagenen Gehaltszuschuß von 2 Eimern Wein und einem Mütt Kernen zu gewähren. Daraufhin fertigte man in Zürich den Vertrag aus, der vom Abt und Konvent am 16. 1. 1765 angenommen wurde.²⁴ Nach unserer Ansicht tätigte das Stift damit einen guten Abschluß, setzte es doch sein Universalzehntrecht durch. Bei der Ablösung der Kollatur im Zehntbezirk Meilen wurde das Kloster mit 440 Gulden belastet.²⁵ Mit der Zahlung dieses Betrages am 3. Dezember 1819 erlosch die 1765 eingegangene Verbindlichkeit gegenüber der Pfrund Uetikon.

Kaum war die Regelung wegen des Neugrüts erfolgt, verweigerte Pfarrer Fäsi die Ablieferung des trockenen Zehntens.²⁶ Die Kommission, die mit der Aufgabe betraut wurde, stellte zunächst einmal fest, daß das Kloster bis anhin den trockenen Zehnten nie verlangte. Aus Einsiedeln aber erhielt man Bericht, daß großangelegte Urbarisierungen in Uetikon diese Forderung bewirkten. Auf Antrag der Kommission beschloß der Rat, daß der trockene Zehnte von den Pfarrgütern dem Kloster zukommen soll und auch ordnungsgemäß bei der Verleihung

²² StAE P. P 3.

²³ StAZ B II 925, S 61 f.; ebd. EI 30. 125.

²⁴ StAE P. Q 31, 3. 1. 1765; ebd. P. Q 32.

²⁵ ebd. P. Q 34.

²⁶ StAZ B II 929, S. 78.

berücksichtigt werde.²⁷ Fäsi mit diesem Entscheid nicht zufrieden, suchte sich auf eigene Art zu helfen. „Sinnreich wie die Mißgunst ist“ heißt es im Bericht, wollte der Pfarrer die Güter zu „Mattland“ werden lassen, damit das Gotteshaus doch nicht zu seinem Zehnten komme. Das Recht des Klosters aber war wahrscheinlich doch zu offensichtlich. Ein späterer Auszug aus dem Zehntenrodel bestätigte die Zehntenablieferung seit 1768.²⁸ Es muß uns hier auffallen, daß diese Rechtssprüche in Zürich erfolgten, obwohl eigentlich der Landvogt in Wädenswil zuständig gewesen wäre. Eine kurze Notiz gibt uns aber darüber Bescheid.²⁹ In Einsiedeln hegte man zwar zunächst Bedenken, die erste Instanz zu übergehen.³⁰ Nachdem aber Landvogt Orell in Wädenswil sein Einverständnis gab, war für das Kloster nichts mehr zu befürchten. Ausschlaggebend für die Durchführung in Zürich dürfte wohl der Umstand gewesen sein, daß für derartige Geschäfte eine Kommission bestellt war, die über die nötige Erfahrung verfügte.

Die Trennung von Meilen und Uetikon hatte zur Folge, daß Einsiedeln den Zehnten sobald es möglich war an Uetikon eigens verlieh. Das Verhältnis war nun so, daß Meilen und Uetikon zusammen wohl nur einen Zehntbezirk bildeten, hinsichtlich der Verleihung aber als zwei gesonderte Gemeinden behandelt wurden. Die erste Verleihung in Uetikon konnte jedoch nicht vor 1688 stattfinden, weil das Kloster noch 1678 das Zehntrecht der damaligen 5. Wacht Meilens an Bürgermeister Hirzel veräußerte.³¹ Als das Bezugsrecht wieder an das Kloster kam, bildete Uetikon bis zur Zehntenablösung eine eigene Trageri. Wir werden später sehen, wie sehr die Trennung der beiden Gemeinden zu unvorhergesehenen Schwierigkeiten führte.³²

II. Kollatur und Prädikanten

1. Anstellung

a. Die ordentliche Wahl

Wenngleich der neue Glaube die patronatsrechtlichen Grundlagen des Wahl- und Besoldungswesens bestehen ließ, und der

²⁷ StAE P. H 12; StAZ EI 30. 125 v. J. 1768.

²⁸ StAE P. H 14.

²⁹ ebd. P. Q 13.

³⁰ Ueber die Zuständigkeit der Landvogtei Wädenswil in Uetikon vgl. Keller Albert, Aus der Geschichte der Herrschaft Wädenswil, Abschnitt 10, S. 27 ff.

³¹ vgl. S. 28, dazu auch: StAE O. KA 13.

³² vgl. S. 84 ff.

Staat diese Institutionen anerkannte,¹ können wir doch von der Reformation bis Ende des 17. Jahrhunderts nicht von einer Wahl sprechen. Der Rat von Zürich wählte die Prädikanten selber. Weil aber der Abt von Einsiedeln doch der rechtmäßige Lehensherr von Meilen war, wurde ihm der Gewählte notgedrungen für die Pfrundbelehrung zugewiesen.² Als z. B. 1547 die Pfarrei neu zu besetzen war, wählte der Rat Wolfgang Haller als Pfarrer nach Meilen und bemerkte dazu, daß der Prädikant dem Abte vorgestellt werden müsse.³ Es ist klar ersichtlich, daß dem Prälaten in Einsiedeln das ehemals freie Wahlrecht nicht mehr zustand, er konnte lediglich die bereits getroffene Wahl bestätigen. Die Erklärung für diese Einschränkung der althergebrachten Rechtsbefugnisse liegt selbstverständlich in den Zeitumständen. Denken wir an die zahlreichen Innovationen⁴ der zürcherischen Klöster und die damit dem Staate zufallenden Patronate, wundert es uns kaum, wenn in der Hitze der konfessionellen Auseinandersetzung die Rechte auswärtiger Kollatoren beschnitten und eingeengt wurden. Die Pfarrei Meilen wurde dann auch bis 1693 auf diese Weise besetzt, d. h. der Abt wies den vom Rate gewählten Prädikanten in die Pfründe ein.⁵ Erst als Abt Augustin II. am 3. August 1680 in Zürich vorstellig wurde, man möchte jeweils für die zu besetzenden Pfarreien nicht nur einen, sondern mehrere Kandidaten vorschlagen, präsentierte Zürich 1693, anlässlich der Wahl Anton Kitts, mehrere Anwärter.⁶ Von diesem Zeitpunkt an ging der ganze Wahlvorgang so vor sich, daß beim Freiwerden der Pfarrei Meilen der Rat in Zürich die Examinatoren beauftragte, geeignete Theologen für die erledigte Pfarrpfründe vorzuschlagen. Gerade diese Examinatoren kannten die fähigen Kandidaten am besten, weil ihnen die Prüfung der Studierenden der Theo-

¹ Moor S. 152.

² StAE P. C 1.

³ StAZ B II 69 S. 1.

⁴ Moor S. 101: Der Gebrauch des Ausdruckes Säkularisation wäre in diesem Zusammenhange falsch, weil er nicht die eigentliche Zwecksetzung bezeichnet, welche die ehemaligen Klostergüter erfuhren. Die historischen Gegebenheiten würden damit entstellt, denn die Vermögen der aufgehobenen Klöster wurden nicht verweltlicht, sondern dem Evangelium entsprechenden Zwecken zugeführt. Die Güter wurden also ebenfalls einem kirchlichen Aufgabenkreis vorbehalten. Der Vorgang ist somit rechtlich als Innovation zu bezeichnen, d. h. als Widmung von Gütern aufgehobener Klöster zu neuen, aber gleichfalls kirchlichen Zwecken.

⁵ StAE P. C 14; StAZ EI 30. 78.

⁶ Ringholz, Pfarreien S. 10.

logie oblag.⁷ Dieser Konvent der Examinatoren schlug dem Rate zuweilen sechs, zuweilen acht fähige Prädikanten vor, mit dem Wunsche der Allerrhöchste möge die bevorstehende Wahl segnen.⁸ Der Rat seinerseits sandte dem Prälaten in Einsiedeln gewöhnlich eine Liste mit drei Namen, von denen der Abt einen ihm genehmen Anwärter bestimmen konnte. Hernach meldete der gnädige Herr seine Wahl nach Zürich, weil der Rat den getroffenen Entscheid noch zu genehmigen hatte. Ab 1693 können wir also wieder eher von Wahlrecht reden, doch blieb die Wahl auf die drei vorgeschlagenen Subjekte beschränkt. Was unsere Pfarrei anbetrifft, sind wegen der Besetzung zwischen Zürich und Einsiedeln nie Schwierigkeiten entstanden. Im Gegenteil, selbst in Ausnahmefällen fand man stets Mittel und Wege für eine befriedigende Lösung. Im Jahre 1598, als die Regierung „in etwas bewegenden Ursachen“ den Pfarrer in Meilen mit dem von Hinwil austauschte, war der Abt ohne weiteres einverstanden.⁹ Ähnliches Verständnis bezeugte das Kloster als Pfarrer Gwerb wegen „Lybs Disposition“¹⁰ den Pfarrdienst seit 26 Jahren nicht mehr selbst versehen konnte, sondern stets Vikare halten mußte.¹¹ Die Gemeinde war nämlich mit der Bitte an den Rat gelangt, man möchte beim Abte vorstellig werden, den derzeitigen Vikar, Rudolf Zeller, der bereits fünf Jahre in der Gemeinde den Pfarrdienst besorge und wegen seines exemplarischen Lebens und Wandels so beliebt wurde, stets als ordentlichen Pfarrer bei sich zu halten. Die Regierung willfahrte dem Verlangen, hatte aber wegen dieses Vorgehens etwas Bedenken. Eine Meilener Abordnung nach Einsiedeln konnte dann im Namen Zürichs bitten, vom Abte angehört zu werden, denn die Regierung würde sich angelegen sein lassen bei Gelegenheit dem Kloster mit beliebigen Dienstfälligkeiten zu dienen. Der Abt willigte mit dem Einverständnis Gwerbs ein, Zeller mit der Pfründe zu belehnen in der guten Zuversicht, der Prädikant verhalte sich so, daß das Entgegenkommen niemals bereut werden müsse. Zeller und seine Frau überreichten dem Abte für das erwiesene Vertrauen eine Fensterscheibe, die Jünger von Emaus darstellend.¹²

⁷ Baltischweiler S. 72.

⁸ StAZ EI 30. 78; StAE P. C 14.

⁹ StAE P. C 3.

¹⁰ Krankheit.

¹¹ StAE P. C 10; StAZ EI 30. 78.

¹² Henggeler Stiftungen S. 222; Ringholz Pfarreien S. 20.

Examinatoren und Rat bemühten sich sichtlich für die noch katholischen Kollatoren zustehenden Pfarreien, möglichst fähige und Gewähr bietende Prädikanten vorzuschlagen. So sollte Wolfgang Haller für die Pfarrei Meilen geeignet sein, weil ihm Gelehrsamkeit, Bescheidenheit, züchtiger Wandel und Beredsamkeit nachgerühmt wurden,¹³ während bei andern Bewerbern das abgeklärte Alter Sicherheit für zuverlässigen Pfarrdienst bieten sollte. Wie vorsichtig der Rat die jeweiligen Vorschläge der Examinatoren anfänglich prüfte und erwog, um ja möglichst keine belasteten oder Anstoß erregenden Kandidaten auf diese Pfründen vorzuschlagen, wurde klar, als 1563 unter den vier fähigsten Pfarrern, Dietrich Leu, Sohn des Leo Jud, der die Kirche in Bassersdorf „wohl versah und den Leuten sehr gut gefiel“, also ein tüchtiger Seelsorger war, dem Abte gar nicht vorgeschlagen wurde. Trotz aller Vorsicht und Betonung der Vorzüge bei der Empfehlung, tat das Kloster ab und zu einen Fehlgriff. So mußte Pfarrer Frey von der Synode gehalten werden, die Magd zu heiraten.¹⁴ Pfarrer Hug war zwar wegen seiner Versetzung bereits von Anfang an etwas verdächtig, und der Verdacht erwies sich auch als vollauf gerechtfertigt, mußte er doch mit „großem Bedauern und Schmerzen“ bekennen, daß er sich wider Gott, die christliche Kirche und gegen die Obrigkeit schwerlich versündigt habe, weil er die eheliche Treue brach.¹⁵ Hug wurde in den Wellenberg eingesperrt und seines Amtes in Meilen entsetzt.¹⁶

Bei all diesen Pfarrwahlen fällt vor allem auf, daß der Abt stets unversäumt die Wahl aus dem Dreivorschlag vornahm und den Namen des gewählten Kandidaten nach Zürich meldete. Ringholz berichtet sogar, daß jeweils ein Läufer die Präsentationen expreß nach Einsiedeln brachte.¹⁷ Diese Eilbehandlung ist durchaus erklärlich, denn einmal durfte oder konnte die Gemeinde nicht ohne Pfarrer sein, und zum andern konnte das Geschäft auch im Kloster rasch erledigt werden, weil die Wahl allein Sache des Abtes und nicht des Kapitels war.

Die eigentliche Bestallung, die Pfründenverleihung, geschah in Einsiedeln in einem feierlichen Akt.¹⁸ Wie es bei Anstellungsverhältnissen üblich ist, wurden Rechte und Pflichten eigens

¹³ StAZ EI 30. 78.

¹⁴ Wirz Etat sub Meilen.

¹⁵ StAZ EI 30. 78 d. d. 27. 8. 1616.

¹⁶ Ueber Amtsentsetzung vgl. Baltischweiler S. 106.

¹⁷ Ringholz Pfarreien S. 11.

¹⁸ ebd. S. 12/13.

in doppelt ausgefertigtem Vertrage, dem sog. Lehensbrief, festgehalten. Der Gewählte mußte zu den Bedingungen des Vertrages die schriftliche Zustimmung geben. Der Lehensbrief wird uns in einem spätern Kapitel beschäftigen.

b. Private Empfehlungen

Für die offiziellen Präsentationen sind die privaten Empfehlungen von zuweilen ausschlaggebender Bedeutung. Freilich konnten sie gewöhnlich nur von ausgedienten Staatsbeamten mit Erfolg betrieben werden, weil diese eher die Möglichkeit hatten auf amtierende Ratsmitglieder einzuwirken, und dadurch die Anwärter auf die offizielle Liste kamen.¹

Während die Behörde schon sehr früh gegen Mißbräuche in der Pfründenbewerbung einschreiten mußte, erlaubte sie ehrliche private Empfehlungen weitgehend.² Pfründer nicht staatlicher Kollaturen mußten oftmals Kopien der Lehensbriefe einschicken, damit der Rat Stichproben über die zugestandenen Verpflichtungen machen konnte.³ Man wollte dadurch verhindern, daß Geistliche dem fremden Kollator zu ihrem eigenen Schaden bezüglich der Kompetenzpflicht Eingeständnisse machten.⁴

Zwei Beispiele sollen uns nun mit dem Problem der Empfehlungen vertraut machen.

Als 1713 Pfarrer Grebel nach Wila berufen wurde, ersuchte Hans Kaspar Heß den Abt um die Verleihung der Pfründe an Hans Ulrich Schweitzer.⁵ Heß hoffte zuversichtlich, daß sein Schützling auf der amtlichen Liste figuriere, er hatte demnach also bereits auch in Zürich das Nötige getan.⁶ Dem Abte versicherte er, Schweitzer werde die Pflichten sicher getreulich erfüllen, zumal allorts sein friedliebendes Wesen und sein gutes Benehmen bekannt sei. Der Abt schien dem Wunsche dieses Fürsprechers entsprochen zu haben, denn von den drei offiziell Vorgeschlagenen, nämlich Hans Ulrich Schweitzer, Daniel Bileter und Heinrich Rahn, Feldprediger in Holland, erhielt wirklich Schweitzer die Zustimmung des Prälaten. Der Kollator fügte der Bestätigung bei, er wünsche, daß der neue Pfarrer zu Meilen durch Hilfe „einfließender“ himmlischer Gnaden, mit treuem Rat und Trost den Kirchgenossen nicht allein beistehe,

¹ ebd. P. C 19.

² Baltischweiler S. 91/92.

³ StAZ EI 30. 78 sub 29. 11. 1733.

⁴ Pestalozzi S. 46.

⁵ StAE P. C 20 «durch einen rechtmäßigen Beruff auf die Pfarr Wyla in dem Turbenthal abgeändert».

⁶ ebd. P. C 19.

sondern selbst mit seinem von Heß so hervorgehobenen friedlichen Wandel und „rühmlichen Exempel“ diese zum Guten anführe.⁷

Während die Empfehlung Hans Kaspar Heß' sich auf die bereits verwaiste Pfarrstelle bezog, so liegen die Verhältnisse in der folgenden Schilderung etwas anders. Der Prädikant Johann Koller war kränklich, und daher setzten bereits sieben Jahre vor seinem Tode Empfehlungen für Anwärter ein.⁸ Der Abt wurde damit in eine schwierige Lage versetzt, weil er begreiflicherweise dem Pfrundinhaber nicht wehtun wollte. Wie er selber bemerkte, möchte er niemals einem Lebendigen den Grabstein setzen.⁹ Sicher machte dieses Wettrennen um die Pfründe auf den amtierenden Pfarrer keinen erbaulichen Eindruck, mußte er darin doch allzu kraß den verborgenen Wunsch wahrnehmen, daß es nun Zeit wäre zu sterben. Bisweilen aber war der Abt verpflichtet, privaten Empfehlungen Gehör zu schenken.¹⁰

Am 1. Oktober 1810 übergab Abt Josef Arnold von Pfäfers dem Vater des auf die Pfarrei Meilen reflektierenden Prädikanten Germann in Wallisellen ein Empfehlungsschreiben an den Abt in Einsiedeln. Abt Arnold rechtfertigte sein Schreiben damit, daß der Vater des Prädikanten, Lehrer Germann in Zürich, während einer Kur im Kloster Pfäfers ein gern gesehener Gast gewesen sei. Der Kandidat selber beteuerte, daß er es sich zur heiligsten Pflicht machen würde, dem anvertrauten, wichtigen und heiligen Amt unter Gottes Segen mit der möglichsten Gewissenhaftigkeit, mit Eifer und Treue vorzustehen. Noch schien aber dem Bewerber eine weitere Empfehlung vonnöten, er gelangte deshalb an seinen Freund, den Pfarrer von katholisch Zürich, Moritz Meyer.¹¹ Dieser katholische Freund suchte zunächst den Abt von Einsiedeln, der sich auf der Durchreise nach dem Kloster Fahr befand, beim einsiedlischen Ammann Escher in Zürich zu treffen. Da Pfarrer Meyer den Prälaten aber verfehlte, sandte er das Empfehlungsschreiben des Abtes von Pfäfers nach Einsiedeln und führte in seinem eigenen Hohelied auf den Pfarrer von Wallisellen aus:

⁷ StAE P. C 20.

⁸ ebd. P. C 29₄.

⁸ ebd. P. C 29₄; P. C 29₁

⁹ ebd. P. C 29₆.

¹⁰ ebd. P. C 29₄.

¹¹ ebd. P. C 29₃.

Zu dem Inhalt der Empfehlung von Pfäfers wisse er nichts anderes beizufügen, als die aufrichtigsten Beteuerungen, daß Pfarrer Germann ein sehr geschickter, überaus geschätzter und vortrefflicher Prediger sei; sein Lebenswandel untadelhaft, sein „Kredit“ allgemein, sein Ansehen bei allen jungen Geistlichen sehr groß. Als Musikkenner habe er in seiner Pfarrkirche den erbaulichsten Gesang eingeführt. Jede Gemeinde im Kanton wünschte einen solchen Pfarrer zu besitzen. Auch die Angehörigen des Kandidaten wurden in den höchsten Tönen gelobt. Der Vater wird als der vertrauteste Freund Abt Arnolds bezeichnet. Pfarrer Meyer fährt fort, daß er seinerzeit durch den Prälaten von Pfäfers bei der Familie Germann eingeführt wurde, und seither sei er aus diesem Hause ohne Unterlaß mit Wohltaten überhäuft worden. Es vergehe kein Tag an dem nicht Herr Germann und seine vortreffliche Frau seinen armen Katholiken recht viel Gutes tun. Ja, die Hochschätzung dieser Familie finde sich nicht nur in der Stadt, sondern im ganzen Kanton. Obwohl kaum je eine Empfehlung überzeugender wirken konnte, wurde Germann nie Pfarrer in Meilen, seine Bewerbung mußte notgedrungen verbindlichen Verpflichtungen des Abtes weichen.

Der klösterliche Hausvater Konrad Tanner erhielt nämlich von anderer Seite eine Empfehlung, der zu entsprechen ihn das Ehrenwort seines Vorgängers mehr oder weniger nötigte. Als wahrscheinlich alt Bürgermeister David von Wyß,¹² der in Meilen ein Landgut besaß und demzufolge den Gesundheitszustand Kollers vermutlich kannte, von der Bewerbung Germanns um die Pfarrei Meilen hörte, wurde er beim Abt in Einsiedeln vorstellig. Er wies ein Aktenstück vor, worin ihm Abt Beat Küttel für sich und seine(n) Nachfolger das Besetzungsrecht auf die Pfrund Meilen gewährte, wenn die Stelle noch zu Lebzeiten des Altbürgermeisters frei werde.¹³

Wir müssen zum Verständnis die Beweggründe näher ins Auge fassen, die Abt Küttel vierzehn Jahre früher zu diesem Zugeständnis veranlaßten. Selbstverständlich konnte der Abt dieses Recht der Pfründenbesetzung verleihen. Da auch der Predikant damals erst acht Jahre im Amte war, schien die Pfründe aller Wahrscheinlichkeit nach für die nächste Zukunft versehen, so daß der Abt noch kaum an andere Bewerber gebunden war.

¹² HBLS Bd. VII. S. 611, Nr. 18.

¹³ StAE P. C 29₃ dd. 1. 12. 1796.

Wir stehen nun vor der Frage, weshalb Abt Küttel dieses Recht überhaupt veräußerte. Die Antwort wird uns in den Akten selber gegeben. Die Veräußerung des Rechtes der Pfründenverleihung erfolgte, weil vielfach bei den bisherigen Wahlen nicht so sehr die theologische Bildung und charakterliche Eigenschaft als vielmehr die Empfehlungen und gesellschaftlichen Beziehungen maßgebend waren. Alt Bürgermeister von Wyß berichtete damals dem Abte, daß in der großen Pfarrei Meilen einmal „ein in den Pastorfunktionen Erfahrung- und Kenntniß voller“ Prädikant die Pfründe erhalten soll.¹⁴ Es hindert uns nichts anzunehmen, daß dieses Ansuchen einen Uebelstand beseitigen wollte, zumal von Wyß versprach, den würdigsten Anwärter vorzuschlagen und zwar ohne Rücksicht auf Verwandte oder Empfehlungen. Wenn es auch der historischen Wissenschaft nicht möglich ist, die letzten Beweggründe menschlichen Handelns zu erkennen, so dürfen wir, wenn wir schon den Worten von Wyß' Glauben schenken, mit dem gleichen Recht annehmen, daß auch Abt Beat nur der Wahrheit dienen wollte und mit der Verleihung des Nominationsrechtes für eine Bevorzugung tüchtiger Leute eintrat. Die Verleihung an einen einflußreichen, vertrauensvollen Protestanten ist umso mehr zu verstehen, da es für den Abt manchmal sehr schwer war aus den unbekannten Kandidaten den wirklich aus innerster Ueberzeugung im Amte stehenden zu erkennen.

Schließlich bleibt uns noch zu untersuchen, ob Abt Küttel auch für seine(n) Nachfolger Verpflichtungen für die Pfründenbesetzung eingehen konnte. Für den amtierenden Abt Konrad Tanner kam die Verfügung seines Vorgängers wie ein Regen aus heiterm Himmel.¹⁵ Er bemerkte daher, weil ihm die Sprache der Aufrichtigkeit die natürlichste sei, offen bekennen zu müssen, daß es ihn sehr befremde, wie Abt Beat für seine(n) Nachfolger Versprechen abgeben konnte. Daraus sehen wir, daß die Verleihung des Nominationsrechtes für jeden regierenden Abt etwas Persönliches war. Prälat Tanner fügte aber seiner Ueberraschung sogleich bei, daß es sich nun gerade günstig treffe, weil auch er gleiche wohlwollende Gesinnung gegen alt Bürgermeister von Wyß hege und daher das Versprechen des Vorgängers nicht nur freudig bestätige, sondern es sich sogar zur Ehre mache, die letzte Willensmeinung Abt Küttels zu erfüllen. Von Wyß suchte, als ihm Abt Tanner das Besetzungsrecht seines Vorgän-

¹⁴ StAE P. C 294.

¹⁵ ebd. P. C 296.

gers bestätigt hatte, einen Mann auf, von dem man versichert sein konnte, daß er wirklich das bieten werde, was von einem überzeugten Theologen verlangt wird. All seine Forderungen fand er im damaligen Pfarrer von Altstätten im Rheintal, Heinrich Gutmann,¹⁶ verkörpert. Dieser Pfarrer galt als ein erprobter Jugenderzieher und in Altstätten als ein allgemein beliebter Seelsorger, dem von den Kirchgenossen eine seltene Anhänglichkeit und Liebe zuteil ward. Pfarrer Gutmann selber wünschte durchaus keine Versetzung, er gab zur Berufung das Einverständnis auf das Drängen von Wyß' und aus Freude in seiner engern Heimat, an einem so angenehmen Orte wie Meilen, einen neuen Wirkungskreis zu haben.¹⁷

Es bestand kein Zweifel, daß Pfarrer Gutmann der geeignete Mann war. Doch zeigte sich alsbald ein Hindernis, das allein der Abt beseitigen konnte. Das Recht, die Pfarrei Meilen mit einem würdigen Diener zu versehen, wurde dem Altbürgermeister nur zugestanden, wenn die Pfründe noch zu seinen Lebzeiten verwaiste. Freilich konnte von Wyß trotz seines hohen Alters wegen des „mißlichen Gesundheitszustandes“ Pfarrer Kollers mit einiger Zuversicht hoffen, sein Recht ausüben zu können. Dagegen war die Situation für Pfarrer Gutmann schwieriger. Falls nämlich sein Prokurator stürbe, wäre er seiner neuen Stelle nicht mehr sicher gewesen, und wenn überdies seine derzeitigen Kirchgenossen erfahren hätten, daß er fortziehen wollte, so wäre wohl das gute Verhältnis gestört gewesen. Von Wyß ersuchte daher den Prälaten in Einsiedeln um Aufhebung des Vorbehaltes, daß sein Vorschlag nur zu Lebzeiten berücksichtigt werde. Der Abt gab daraufhin die vertrauliche Zusicherung, daß Gutmann seiner Stelle sicher sei, wenn immer er auf der offiziellen Kandidatenliste figuriere. Diese Bedingung freilich bot nun keine Schwierigkeit mehr, da ja bereits der Sohn v. Wyß' Bürgermeister war.¹⁸ Pfarrer Gutmann dankte dem Abt für das große Vertrauen und wollte sich persönlich vorstellen. Letzteres wurde dem Pfarrer aber rundweg verboten, weil die Reise unnötiges Aufsehen erregt hätte, und böse Zungen den Abt der Unterwürfigkeit bezichtigen würden. Auch das Dankeschreiben Gutmanns wurde nicht beantwortet, weil man im

¹⁶ HBLS IV, 22/23 Nr. 2.

¹⁷ Gutmann stammte aus Zürich. Ueber die Gegend von Meilen vgl. Escher H. E. S. 198 ff.

¹⁸ StAE P. C 29₁₀.

Kloster die Sache wirklich vertraulich behandelt wissen wollte und sich daher hütete, schriftliche Belege auszustellen.¹⁹

Die Notwendigkeit dieser nachträglichen Vereinbarung zwischen von Wyß und dem Abt wird uns erst recht klar, wenn wir erfahren, daß nach dem Tode des Altbürgermeisters bereits wieder neue Empfehlungen eingingen, die sich ausdrücklich darauf beriefen, daß nun mit dem Tode die Verpflichtung gegenüber von Wyß für den Abt zu Grabe getragen sei.²⁰

Es ist gut, daß schon der Mönchsvater Benedikt den Klosterobern Umsicht und Besonnenheit als unentbehrliche Eigenschaften zusprach,²¹ denn hätte Abt Konrad dieser entbehrt, so wäre er wohl der schmeichelhaften Bitte der Frau des Unterstatthalters Kaufmann kaum so entschieden begegnet. Umrahmt von romantischen Stimmungsbildern brachte Frau Süsette die nur allzu wirklichkeitsnahe Feststellung, daß ihr Schwager Pfarrer Bullinger in Erlenbach auf einem armseligen Pfründlein nur schwer den Unterhalt für die Frau und die hoffnungsvollen Knaben verdiene. In einem fast gebetsartigen Ausklang gipfelte die ganze Empfehlung. „Darf ich nun die kühne Hoffnung nähren. Sie gnädigster Herr, theuerster Vater, durch das Kommen dieser freyen Zuschrift nicht beleidigt zu haben. Ach verzeihen Sie. Gewiß nur treue Schwester-Liebe, nur schuldige Attention vor²² die lieben Meinen alle und die Ueberzeugung an Dero gütiger Nachsicht auch gegen Fehlende, hebten mich vom Staube empor und flehend einem fühlenden Herzen nahe!“ Auch diese überschwängliche Empfehlung konnte kein Gehör finden, wir werden sogleich sehen, daß der Abt beim Tode Pfarrer Kollers das gegebene Wort einlöste.

Am 5. Mai 1816 richtete Bürgermeister von Wyß (Sohn) ein Schreiben an den Abt, womit er Pfarrer Gutmann nochmals empfahl und gleichzeitig bat, der gnädige Herr möge die dem Vater gegebenen Zusicherungen auch ihm gewähren.²³

Endlich 1817 starb Pfarrer Koller. Wie gewöhnlich sandte der Rat einen Dreivorschlag mit folgenden Bewerbern:²⁴

¹⁹ StAE P. C 29₈. Abt Konrad vermerkte auf dem Schreiben Gutmanns eigenhändig: Diesen Brief lies ich aus Gründen unbeantwortet.

²⁰ ebd. P. C 29₉.

²¹ Reg. S. B. Kap. 64.

²² vor = für.

²³ StAE P. C 29₁₀.

²⁴ ebd. P. X 72; P. C 29₁₁.

- „1. Herr Heinrich Gutmann, geb. 1776,
examiniert 1798, Lehrer der Mathematik in Chur 1804,
Pfarrer zu Altstätten im Rheinthal seit 1807.
2. Herr Jakob Heiz, geb. 1768,
examiniert 1784, Pfarrer zu Burg bey Stein seit 1787.
3. Herr Felix Herder, geb. 1785,
examiniert 1806, Vicar zu Neftenbach.“

Am 23. Oktober 1817 bestimmte der Abt Heinrich Gutmann zum Pfarrer in Meilen und machte mit dieser Wahl alle andern Hoffnungen zunichte.²⁵ Klar ist, daß der Abt als Gebundener entschied. Doch müssen wir festhalten, daß er sich diese Fesseln selber zulegte, weil auch er, wie sein Vorgänger, darauf bedacht war, Können und Scheinen von einander zu trennen. Daß schließlich der Vorschlag von Wyß' (Vater) in jeder Hinsicht gerechtfertigt war, erwies die Tätigkeit Gutmanns in Meilen. Diese Wahl war für den Abt auch gleichzeitig die letzte Besetzung der Pfarrei Meilen. Nach der Ablösung der Kollatur durch den Stand Zürich im Jahre 1818 ging das Wahlrecht an den Kanton über.

2. Der Lehensbrief¹

Der Bestallungs- oder Lehensbrief, den jeder Pfarrer bei der Pfründenverleihung unterschreiben mußte, umreißt sowohl den Aufgabenkreis des Seelsorgers, als auch seine Rechte. Es mutet zwar seltsam an, wenn man all die Einzelheiten dieser Anstellungsverträge durchgeht. Wollen wir sie aber richtig verstehen, so müssen wir sie im Zeitgeschehen der Reformation betrachten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei den gespannten Verhältnissen zwischen katholisch und protestantisch die Notwendigkeit bestand, vor allem das, was gemeinsame Interessen betraf, bis ins Kleinste vertraglich festzulegen. Schließlich war der katholische Patron seinerseits darauf bedacht, daß sein Glaube auch im zürcherischen Einflußgebiet nicht entstellt oder gar geschmäht wurde, und nicht zuletzt bedeuteten diese rechtmäßigen Kollaturen für das Kloster wichtige Einkommensquellen, so daß man auch vom neugläubigen Pfarrer verlangen mußte, die Kirchengenossen an die Pflicht dem Stifte gegenüber zu ermahnen. Den Protestanten ihrerseits konnte man nicht verargen, wenn sie den Einfluß katholischer Patrone nach Möglichkeit zu

²⁵ StAE P. C 29₁₂.

¹ Die Zusammenstellung dieses Kapitels beruht auf folgenden Unterlagen: StAE, P. C 2, 4, 61, 62, 9, 13, 15, 16, 18, 22, 24 27.

Bei wichtigen Stellen wurde der Fundort eigens bezeichnet.

beschränken trachteten. Die meisten Artikel des Lehensbriefes beruhen auf einem Mißtrauen, das der anfänglich doch feindlichen Grundhaltung der beiden Parteien erwuchs. Wo immer sonst entgegengesetzte Einflußgebiete zusammenprallen, entsteht im besten Falle eine Spannung. Diese war auch in Meilen vorhanden.² Im Laufe der Jahre aber hat sie sich gelegt, und wir können erfreulicherweise feststellen, daß der konfessionelle Gegensatz zwischen Pfarrer und Lehensherrn in Meilen nach der Reformationszeit zu keinerlei schwerwiegenden Zwischenfällen führte.

Ehe wir nun die einzelnen Punkte des Lehensbriefes in ihrer Zeitgebundenheit betrachten, machen wir uns zunächst mit den Mitteln vertraut, die Rechte und Pflichten sanktionierten.

Die ersten reformierten Pfarrer wurden mit einem Eid verpflichtet, die Bedingungen des Bestallungsbriefes zu beobachten. Kam also ein Prädikant seinen Versprechen nicht nach, konnte das Kloster nur an die Eidesleistung erinnern. Wenn wir bei einem Geistlichen voraussetzen, daß er der Bedeutung des Eides bewußt war, so mußte wohl meistens die innere Stimme jegliche Opposition gegen den Lehensherrn unmöglich machen. 1618 verweigerte erstmals Pfarrer Selbler in Meilen die Eidespflicht.³ Wenn wir nicht gerade annehmen wollen, daß dieser in seiner letzten Konsequenz doch zwingende Eid, den Prädikanten im allgemeinen lästig war, so steht es uns frei, die Begründung der Verweigerung Selblers anzunehmen. Er argumentierte nämlich so: Nachdem jeder Pfarrer für sein geistliches Amt der zürcherischen Synode den Amtseid leistete, erachte er die Eidesleistung dem Abte gegenüber als unnötig, ja der Rat verbiete sie sogar. Die praktische Auswirkung dieser Stellungnahme war die, daß Selbler sich erst bereit erklärte, den Bestallungsbrief zu unterschreiben, wenn die Worte „bey seinem Eyd“ gestrichen werden.⁴ Als er dafür im Kloster wahrscheinlich nicht das gewünschte Gehör fand, wußte er sich selber zu helfen. Er schrieb einfach den in Einsiedeln ausgefertigten Reversbrief ab und ließ dabei die beanstandete Stelle weg. Selbler kam zwar bereits 1616 an die Pfarrei, den Lehensbrief gab er aber erst vier Jahre später zurück, als das Kloster auf ihn einen Druck ausübte. Wir werden davon noch hören.⁵

² Stelzer S. 111 ff.

³ StAE P. C 7.

⁴ ebd. P. C 61.

⁵ vgl. S. 73.

Sein Beispiel machte Schule. Auf alle Fälle mußte das Stift mit dem Rate in Zürich Besprechungen aufnehmen, und am 22. Oktober 1637 konnte in Stäfa eine Vereinbarung getroffen werden, wonach die Prädikanten der Kollaturen des Gotteshauses beim Empfang der Lehen keinen Eid mehr schuldig sein sollen.⁶ Das Kloster begnügte sich inskünftig mit einem einfachen Handgelübde. Ab 1637 blieb auch in allen Bestallungsbriefen die Eidespflicht unerwähnt.⁷

Eid und Handgelübde waren bei Gott und im Gewissen verpflichtende Mittel zur Beobachtung der klösterlichen Anforderungen. Der Abt rechnete aber wohl damit, daß nicht alle Prädikanten-Gewissen gleich zart besaitet seien, um die Schwingungen der innern Stimme zu registrieren, und daher enthielt jeder Lehenbrief am Schlusse die Bestimmung: Der Abt behält sich klar und lauter vor, daß im Falle einer oder mehrere Artikel nicht gehalten würden, der Prädikant jederzeit von der Pfründe beurlaubt, und das Lehen einem andern übertragen werde, ohne daß sich der Entlassene dagegen wehren kann.

Der Tag zu Stäfa hatte noch in anderer Hinsicht den Inhalt des Bestallungsbriefes beeinflußt. Dem Abt stand nämlich noch immer das lehensherrliche Erbrecht, der Todfall zu, d. h. er war Vogt und Herr der geistlichen Leute und beerbte sie.⁸ Diese Abhängigkeit war für die reformierten Pastoren mit ihren Familien unhaltbar. So traf schon Abt Ludwig Blarer 1532 „zu Lieb und Wohlgefallen der Herren von Zürich“ ein Abkommen mit den Prädikanten, wodurch sie vom lehensherrlichen Erbrecht entbunden wurden.⁹ Die Geistlichen mußten dem Abte für diesen Ausfall jeweils im ersten Amtsjahr, je nach den persönlichen Vermögensverhältnissen, eine Entschädigung von 2–10 Gulden entrichten.¹⁰ Einheitliche Regelung erfuhr die Erbgerechtigkeit durch den bereits genannten Vertrag von Stäfa im Jahre 1637. Es soll inskünftig Namen und Anspruch der Erbgerechtigkeit aufgehoben sein. An ihre Stelle wird für den Empfang des Lehens und die Investitur ein beim Amtsantritt zu leistender Betrag von 2 Gl. treten.

⁶ StAZ B II 418 S. 30; ebd. A 357, 2, Nr. 19; StAE P. E 6.

⁷ Ringholz Pfarreien S. 14.

⁸ Ringholz I S. 200,

⁹ StAE P. E 1; P. B 5; DAE S. 17.

¹⁰ Summarium sub P. E 1 bezahlte 1566 Joh. Frey 10 Gl.

Abschließend werfen wir noch einen kurzen Blick auf den Bestallungsbrief der Geistlichen des alten Glaubens. Der Priester mußte dem Abte gewöhnlich folgende Versprechungen machen:¹¹

1. die Untertanen mit den heiligen Sakramenten, mit Predigen, Messelesen, Kreuzgängen und andern Dingen nach dem Brauch der alten, wahren, römischen, christgläubigen Kirche zu versehen,
2. sich der „jetzschwebenden nügen lutherischen, zwinglischen oder anderer verführischen secten deheinswegs (zu) unternehmen, sonder das hellig evangelium unnd die göttlich schrift nach dem waren altten, christenlichen glauben und catholischer leer“ auszulegen, zu predigen und zu verkünden,
3. sich priesterlich, still, züchtig und ehrbar zu halten, sich eines frommen Wesens und Wandels zu befleißigen, damit die Kirchgenossen durch ihr Beispiel nicht geärgert, sondern gebessert würden.

Die Bestimmungen über die Pfründe blieben sich auch im Reversbrief der altgläubigen Pfarrer unverändert wie bei den Prädikanten. Auch diese Bestallungsformel ist freilich in vielen Teilen ein Produkt der Zeit, weit mehr aber stellt sie einfach die folgerichtige Entwicklung des katholischen Kirchenbegriffes dar. Sie ist in diesem Sinne keineswegs zeitgebunden, sie hat ihre Gültigkeit ebenso gut heute wie morgen, weil sie sich gegen einen Eingriff in die römische Kirche verwahrt. In unserm Zusammenhange aber soll sie zeigen, daß das Stift sich nur gezwungenermaßen herbeiließ für die Prädikanten neugläubiger Pfarreien eigens entsprechende Bestimmungen zu erlassen. Das Kloster war damals materiell noch allzu sehr von seinen Patronaten am rechten Zürichseeufer abhängig.

3. Rechte der Prädikanten

„Bey Erfüllung der Pflicht-Bedingnissen werden seine hochfürstl. Gnaden als Euer ordentlich Kollator unversäumt die übliche Dienstbarkeit geben, und verabfolgen lassen die Kompetenz laut dero Urbar, wie die zu obberührter Pfarrpfründe (Meilen) gehört.“¹ Dieser Passus des Reversbriefes umschreibt die Rechte des Pfarrers. Wir müssen aber gleich zu Anfang den Begriff Rechte, logisch gesehen, einschränken. Es handelt sich eigentlich nur um ein Recht, nämlich um den Anspruch

¹¹ wörtlich nach Tschudi S. 159.

¹ StAE P. C 27; P. C 24.

auf Entschädigung für die Dienstleistung; die Erweiterung des Begriffes ergab sich von selber im Gebrauch, weil die Entschädigung auf verschiedene Arten erfolgte.

Wesentlich mit dem Patronat verbunden war die Ausstattung des Geistlichen mit den nötigen Mitteln für den Lebensunterhalt,² der sog. Kompetenzpflicht.³ An dieser Stelle ist für unsere Arbeit lediglich wichtig, wie dieses Problem in nachreformatorischer Zeit gelöst wurde.

Es ist ja von vorneherein klar, daß mit der neuen Auffassung vom Priestertum, vor allem durch die Preisgabe des Zölibates, Reibungsflächen wegen des Pfarrgehaltes entstanden.⁴ Die ursprüngliche portio congrua (angemessener Lebensunterhalt) war für den unverheirateten Priester meist ausreichend, während nun für die neugläubigen Pfarrer mit Familien die alten Lohnverhältnisse unzulänglich waren. Zudem erlitt das frühere Einkommen durch den Wegfall der Sporteln für Messen und andere liturgische Handlungen noch starke Einbuße. Die Aufbesserung der Löhne war durchaus notwendig, und daher versprach die Regierung im Zehntenmandat von 1525, daß sie den Prädikanten, der ihr zustehenden Patronate angemessenen Unterhalt sicherstelle.⁵ Im folgenden Jahre wurden dann auch die Ansprüche der Geistlichen gegenüber auswärtigen Lehensherren geregelt:⁶ „...so gebürt sich vor allen dingen, daß ein ersamer Rat allen lehensherren der pfarkilchen verkünde, daß si den pfarreren, e und si die frucht hinwegfüerind, ir competenz, das ist zimliche narung, gebind...“⁷ Patrone, die dieser Verfügung nicht nachkamen, mußten in Kauf nehmen, daß ihnen die Regierung auf die Früchte greifen werde. Von diesem Recht machte 1546 Pfarrer „Michel“ Gebrauch, indem er mit Erlaubnis des Obervogtes den Meilenerzehnten seiner Forderung halber verbieten ließ, d. h. der Zehnte durfte nicht abgeführt werden, bevor sich „Michel“ bezahlt gemacht hatte.⁸ Die auswärtigen Lehensherren kannten somit den Umfang ihrer Verpflichtungen, und den Geistlichen eröffnete sich durch das Einschreiten der Regierung die Möglichkeit, bei ungenügendem Kompetenzempfang Beschwerde einlegen zu können. 1528 hören wir erstmals von einer

² Pestalozzi S. 5.

³ portio congrua.

⁴ Tschudi S. 168.

⁵ Egli 799 Art. 3 dd. 14. 8. 1525.

⁶ ebb. 950.

⁷ vgl. Moor S. 135.

⁸ StAE P. B 5. Es handelt sich um Pfarrer Michael Zimmerer (evtl. Zininger).

Erhöhung des Meilener Pfrundeinkommens.⁹ Abt Ludwig mußte dem Gesuche Zürichs wohl oder übel entsprechen, weil damals die neugläubige Bewegung noch mit voller Macht auf ihn wirkte. Er gewährte daher Meilen 95 Stück, nämlich 25 Mütt Kernen, 5 Malter Haber, 25 Eimer Wein und 40 Gulden an Geld, wobei der Abt die Geldzahlungen genau festlegte, und zwar sollen den Prädikanten 5 Gulden zu Anfang des Jahres, 15 auf Weihnachten und je 10 zu Fronfasten in der Pfingstwoche und an Kreuzerhöhung (14. 9.) zukommen.¹⁰ Aber schon 1532 nach dem zweiten Kappelerfrieden, beschwerte sich Abt Blarer, daß es nicht mehr in seinem Vermögen stehe, den Prädikanten die erhöhte Gehaltszahlung auszurichten.¹¹ Auf dem Rechtstage zu Rapperswil am 30. August dieses Jahres wurde im Beisein der Herren von Zürich und Schwyz zwischen den Prädikanten von Meilen, Männedorf und Stäfa einerseits und dem Kloster anderseits gütlich vereinbart, daß der Pfarrgehalt herabgesetzt werde,¹² Meilen mußte sich einstweilen mit 78 Stück begnügen und zwar:

38½ Mütt Kernen
5 Malter Haber
20 Eimer Wein
14½ fl. Geld¹³

Das Kloster übernahm davon 71½ Stück, während 6½ Stück der eigentliche Pfrundertrag ausmachte.

Die Prädikanten Schaub und Buchter bedurften noch beide der Intervention des Rates zur Schlichtung ihrer Kompetenzstreitigkeiten mit dem Kloster. Für Schaub, der wegen widertäuferischer Umtriebe¹⁴ von Meilen wegziehen mußte, forderte der Rat den ausstehenden Lidlohn¹⁵ mit der Begründung, der Prädikant sei darauf angewiesen.¹⁶ Dagegen mußte der Rat für Buchter Lohnerhöhung beantragen, weil dieser wegen seiner „schwachen und bloßen narung aber vilfaltigen Lasten“ sonst gezwungen sei die Pfründe Meilen zu verlassen.¹⁷ Da man in Zürich der Ansicht war, daß Buchter der Gemeinde als Pfarrer sehr wohl anstehe,

⁹ Pestalozzi S. 48.

¹⁰ StAE P. B 2; DAE S. 14.

¹¹ DAE S. 17; P. B 4; MHVS Heft 2, S. 6 ff.

¹² Tschudi S. 168. Man war in Einsiedeln und Schwyz der Ansicht, «daß uß chrifft des landtfridens» die frühern Abmachungen aufgehoben seien.

¹³ StAE P. B 4.

¹⁴ Stelzer S. 115 f.

¹⁵ Arbeitslohn Grimm VI/994.

¹⁶ StAZ EI 30. 78 sub 7. 11. 1532.

¹⁷ StAE P. D 1.

versäumte man nicht, mit dem guten Beispiel voranzugehen und ließ dem Pfarrer aus dem eigenen Gute eine angemessene Aufbesserung zukommen.¹⁸ Aber auch das gute Beispiel schien in Einsiedeln nicht gewirkt zu haben, denn Buchter wurde noch im gleichen Jahre ans Großmünster nach Zürich berufen. Erst der neue Abt, Joachim Eichhorn, erhöhte endlich, des Streites müde, das Einkommen der Meilener Prädikanten auf 86 Stück, und den Kirchgenossen selber befahl der Rat, an das Einkommen 13½ gl. beizutragen, so daß der Pfarrer auf 100 Stück kam.¹⁹

Bei der Pfrundübernahme durch Pfarrer Gwerb 1625 wurde eine gründliche Beschreibung der Kollaturkompetenz Meilens vorgenommen.²⁰ Das jährliche Einkommen belief sich damals auf:

- * 35 Mütt Kernen, die der Abt von seinem Zehnten zu geben hatte
- * 6 Mütt und zwei Viertel Kernen mußte der Prädikant an verschiedenen Orten selber einziehen
- ** 1 Mütt Kernen verabfolgte die Gemeinde
- * 5 Malter Haber wiederum aus dem Zehnten des Klosters
- * 20 Eimer Wein mußte der Prälat in Einsiedeln gesamthaft im Herbst aus der Trotte Meilen liefern
- * 20 Gulden entrichtete das Kloster zur Hälfte auf St. Johannstag im Sommer²¹ und zur Hälfte auf St. Johannstag im Winter²²
- 14 Gulden trug die Kirche Meilen. Dieser Betrag wurde auch an den beiden Johannistagen ausbezahlt
- 2 gl. 35 s. u. 6 hlr. ohne nähere Angaben
- 4 gl. 20 s. entschädigte schließlich die Kapelle Uetikon für den alle 14 Tage zu versiehenden Pfarrdienst.

Das Einkommen hatte sich also um einige Stücke erhöht und zwar hauptsächlich durch örtliche Zuwendungen, während sich die Besoldung des Klosters nur unbedeutend änderte.

Als integrierender Teil der Pfrundkompetenz standen Pfarrer Gwerb 1625 noch folgende Objekte und Landteile zur Benützung

¹⁸ StAE P. B 5.

¹⁹ StAZ A 357, 1, Nr. 87.

²⁰ ebd. EI 30. 78.

²¹ 24. 6.

²² 27. 12.

* Treffnisse des Stiftes

** indirekt auch dem Kloster belastet vgl. S. 107

zu: ein Haus, eine Waschküche, ein Krautgarten mit etwas Reben, ein kleines Wiesplätzchen, das jedoch „nit zu einer Geiß gibt“. Doch beklagte sich Gwerb, daß keine Scheune und kein Speicher, weder Kuh- noch Schweinestall, auch kein Holz dabei sei, und er deshalb alles teuer aus dem Oberland kaufen müsse.

Wir haben gesehen, daß das Kloster zur Zeit der Glaubenspaltung immer wieder in Streitigkeiten wegen der Kompetenz-ausrichtung verwickelt war. Im Verlaufe der folgenden Jahrhunderte aber kam das Gotteshaus seiner Pflicht ohne Widerrede nach, allerdings, wie wir sehen werden, nicht immer dem Wunsche des Prädikanten entsprechend. Dagegen waren 1628 einige Gemeindegenossen in Meilen der Ansicht, daß das eine Mütt, das dem Pfarrer und andern örtlichen Instanzen jährlich geliefert werde eine unnütze Ausgabe sei.²³ Die Regelung benötigte der wohlwollenden Vermittlung von Ratsmitgliedern aus Zürich, und erst auf deren Zureden und Erklären woher dieser Zuschuß stamme, entschlossen sich die Kritiker, die Sache beim alten bleiben zu lassen.

Die Ablieferung der Weinkompetenz gab zur Zeit Pfarrer Gwerbs bisweilen zu reden.²⁴ Zwar wurde diesmal nicht die Quantität, sondern die Qualität beanstandet. Als Gwerb 1628 den Abt bat, er möchte ihm keinen diesjährigen, sondern gelagerten Wein geben, entgegnete man ihm, daß zunächst der Ernteertrag bekannt sein müsse, bevor man über den Wein verfügen könne. Anscheinend war die Ernte aber so, daß man dem Wunsche des Prädikanten nicht entsprechen konnte, denn Gwerb mußte einen Teil seiner Kompetenz in neuem Wein beziehen. Der unentwegte Pfarrer ließ sich aber nicht entmutigen. Nachdem er im Jahre 1649 ganz zufällig vernommen hatte, daß irgendwo im Kanton ein Obmann seinen Amtsleuten befohlen habe, die alten Prädikanten mit 1645-er Wein zu besolden, schrieb er dem Statthalter in Pfäffikon, daß auch er ein älterer Prädikant sei und den sauren Wein nur schlecht vertrage. Er bemühte sich mit allen möglichen Versprechen, dem Statthalter das Entgegenkommen abzuwingen und beteuerte, er werde den andern Prädikanten nichts verraten. Das Stift antwortete aber auch diesmal abschlägig, vermutlich war das Risiko wegen der übrigen Pfarrherren doch zu groß.

Auch der Nachfolger Gwerbs, Pfarrer Zeller, hatte mit dem Kloster einen eigenartigen Handel auszutragen, der uns recht

²³ vgl. S. 62.

²⁴ StAE P. B 7; P. D 5.

deutlich zeigt, wie ganz anders die jetzigen Anstände wegen der Kompetenz gegenüber denen der Reformationszeit geartet waren. 1680 reklamierte Zeller seinen ausstehenden Gehalt des Vorjahres von 20 $\frac{1}{2}$ Mütt Kernen.²⁵

Der Statthalter in Pfäffikon mußte nämlich den Prädikanten im Jahre 1679 aus Ermangelung der Gefälle in Meilen an die Aemter Stäfa und Erlenbach zur Entgegennahme des Kompetenzrestes weisen. Als nun dieser Gehaltsanspruch aus dem Stäfner Amt länger auf sich warten ließ, gelangte Zeller an die Regierung in Zürich, weil er zu seinem eigenen Schaden teures Korn kaufen müsse. Es entspann sich zwischen dem Rat, der die Interessen des Pfarrers vertrat, und dem Kloster ein eigentliches Frage- und Antwortspiel.

Das Stift erklärte, daß der Prädikant einverstanden gewesen sei, die ausstehenden Kernen in Stäfa zu beziehen. Zeller bestritt zwar diese Aeüßerung nicht, präzierte sie aber dahin, daß er sich anfänglich sehr beschwert habe, weil es durchaus nicht Herkommens sei, den Pfarrer des Lohnes wegen da- und dorthin zu schicken. Die Zustimmung habe er dann unter dem Vorbehalt gegeben, die Kernen vom Statthalter direkt beziehen zu können, falls sie in Stäfa nicht gleich lieferbar wären. Obgleich der Statthalter, P. Pius Kreuel, zwar zur Geduld ermahnte, versprach er doch eigens, den Ammann Pfenninger in Stäfa zur sofortigen Zahlung zu veranlassen.

Auf den Vorwurf der Regierung, weshalb der Prädikant bis heute noch nicht im Besitze seines Guthabens sei, antwortete der Statthalter, daß der Prädikant den Einzug selber versäumt habe.

Er wartete nämlich mit der Anmeldung bei Ammann Pfenninger solange zu, bis er seine eigenen Vorräte aufgezehrt hatte. Gleichzeitig verweigerte das Kloster auch jeglichen Schadenersatz für die zugekauften Kernen, weil dieser Zukauf gar nicht nötig gewesen wäre, wenn Zeller sich frühzeitig in Stäfa gemeldet hätte. Der Prädikant ließ aber diesen Vorwurf nicht auf sich beruhen, indem er erwiderte, daß ihm keinesfalls Saumseligkeit vorgeworfen werden könne. Er habe ab und zu Boten nach Pfäffikon und Stäfa gesandt. Jedesmal aber seien seine Interessenvertreter nur zur Geduld ermahnt worden. Der Pfarrer konnte gar beweisen, anläßlich einer Zehntverleihung in Meilen in Anwesenheit maßgebender Persönlichkeiten, die Bezahlung der ausstehenden Kompetenz selber wieder „modeste

²⁵ StAE P. B 10; StAZ EI 30. 78.

und sincere urgiert" zu haben. Ammann Pfenninger sei damals hierüber vom Statthalter sogar in ein öffentliches Handgelübde genommen worden. Wir enthalten uns einstweilen eines endgültigen Urteils, müssen aber doch dem Rate zustimmen, wenn er die Ansprüche des Prädikanten unterstützte.²⁶ Der Pfarrer forderte ja rechtlich gesehen nur das, was ihm zustand. So sind wir durchaus nicht erstaunt, wenn die Regierung das Kloster nochmals aufforderte, den billigen Anforderungen des Prädikanten zu entsprechen.

Erst eine Kundschaft des Ammanns in Pfäffikon brachte Licht in den eigentlichen Sachverhalt. Wir werden gleich sehen, daß Zeller aus bestimmten Gründen seine Kompetenz von Stäfa zu beziehen wünschte. Ammann Wirz von Erlenbach wollte bereits 1679 dem Prädikanten den Rest seines Gehaltes ausrichten. Zeller nahm das Angebot aber nicht an. Die Begründung seines Verhaltens blieb er schuldig. Geraume Zeit später versuchte der Ammann von Erlenbach nochmals dem Auftrage des Klosters gerecht zu werden. Als er nämlich 10 Mütt Kernen „in ein Schiffli genommen", um sie in Pfäffikon abzuliefern, fuhr er zunächst „zue Meilen an die Lendi" und fragte den Prädikanten, ob er diese 10 Mütt annehme. Zeller mußte allem Anschein nach durch das erneute Angebot ziemlich in Verlegenheit gekommen sein. Auf alle Fälle bekannte er dem Ammann, daß man ihm in Stäfa versprochen habe, die Schuld je zur Hälfte in Geld und Kernen zu bezahlen. Diese Zahlungsart schien unserm Prädikanten sehr dienlich zu sein, zumal ein Mütt Kernen „diesmal gar vil gelte". Dem Ammann Wirz aber hatte er „gar ernstlich verboten" dies jemandem zu sagen, worauf dann der Erlenbacher Amtmann von der „Lendi" abstieß und die Frucht nach Pfäffikon hinaufruderte. Obgleich zwar die Aktenlage nicht ganz übersichtlich ist, wagen wir den Schluß, daß Zeller an der Verzögerung die Schuld größtenteils selber trug. Er wollte sich einen Vorteil sichern, den er offensichtlich im Geldangebot sah, sonst hätte er die Komptenzlieferung von Erlenbach nicht abgelehnt. Freilich mögen menschlich durchaus verständliche Beweggründe das Handeln des Prädikanten bestimmt haben. Die unklare Stellungnahme, mit der Zeller letztlich doch nur einen eigenen Vorteil erwirken wollte, befremdet aber. Am 29. Juli 1681 ersuchte Pfarrer Zeller nochmals in Einsiedeln um die ihm zustehende Kompetenz, wobei er dies-

²⁶ StAE P. B 11.

mal das ihm durch gütliche Vermittlung und durch Vertrag Versprochene verstand.²⁷ Man schien sich also verständigt zu haben.

Das Pfrundeinkommen Meilens änderte sich nicht mehr bis zum Jahre 1805.²⁸ Wir müssen es dem Rate in Zürich zu gute halten, daß er sich seit der Reformation stets um die materielle Besserstellung seiner Geistlichen bemühte. Die Versuche des Staates im Besoldungswesen eine geeignete Lösung zu finden, sind mannigfaltig. Zwar betrafen die diesbezüglichen Erlasse jeweils die dem Staate zustehenden Pfründen, so daß die fremden Patronate davon nur selten berührt wurden. Als aber die staatlichen Pfründner von Gesetzes wegen eine dem Umfang des Kirchspiels und der Anzahl der zu betreuenden Seelen entsprechenden Gehalt erhielten, gelang es dem Rate, für die Pfarrei Meilen eine Aufbesserung zu erwirken.²⁹ Am 1. 2. 1810 wurde Meilen in Hinsicht auf die Ausdehnung der dortigen Pfarrverrichtungen zu einer Zulage von 35 Stück empfohlen und am 14. Juli gleichen Jahres beschloß der Rat, $\frac{2}{7}$ dieser Aufbesserung zu tragen, während das Kloster die restlichen $\frac{5}{7}$ übernehmen mußte.³⁰ Diese Gehaltserhöhung gab beim Kollaturloskauf zu reden, weil sie das Kloster freiwillig und nicht infolge rechtlicher Verpflichtung gewährte.³¹ Das Einkommen Meilens gestaltete sich in der Folge so:³²

A. Fest von der Kollatur:

Kernen	36 Mütt
Haber	5 Malter
Wein	20 Eimer
Donum gratuitum (Mostsuppe)	7—8 Eimer
Geld	20 fl.

B. Verbesserung vom Kollator

Kernen	12 $\frac{1}{2}$ Mütt
Wein	12 $\frac{1}{2}$ Eimer

C. An Zinsen:

Kernen	7 Mütt
Geld	fl. 17 s. 5 hlr. 10

²⁷ StAE P. B 13.

²⁸ StAZ Bl 30. 78 sub 9. 3. 1713; Hofmeister S. 28; StAE O. E 6.

²⁹ OGS IV, S. 30 ff. Betr. die Ausgleichung der geistl. Pfrundeinkünfte (1808).

³⁰ StAZ MM 1.31 S. 242 ff.; Pestalozzi S. 60.

³¹ vgl. S. 118.

³² Escher S. 77.

D. Vom Amte Küsnacht:

Geld fl. 50 (Verbesserung)
(vom Stand Zürich)

Erklärungen:

- zu A. Das Fixum von der Kollatur bewegt sich ziemlich im Rahmen des Vertrages von 1532³³ und der Einkommensbeschreibungen von 1625 und 1713, mit Berücksichtigung der als donum gratuitum gewährten Erhöhung vom Jahre 1547.
- zu B. Die vom Kloster 1805 freiwillig zugestandene Aufbesserung von 25 Stück (⁶/₇).
- zu C. Ein nicht näher bezeichneter Zinsertrag.³⁴
- zu D. Aus dem der Stadt zuständigen Amte Küsnacht, lieferte Zürich seinen Teil an die 1805 beantragte Aufbesserung von 10 Stück³⁵ (²/₇).

Mit dieser endgültigen Einkommensbeschreibung von 1811 muß Meilen zu den bessern Pfründen im Kanton gerechnet werden.³⁶

In dieser Gestalt wird das Einkommen des Pfarrers Gegenstand des Kollaturloskaufes.

³³ vgl. S. 61.

³⁴ Es kann sich nicht um Grundzins handeln, da Einsiedeln in Meilen keine solche hatte. Vgl. StAE P. F A₁.

³⁵ 5 fl. = 1 Stück.

³⁶ vgl. Aestimation bei Hofmeister S. V.

Uebersicht
der Pfrundeinkommen von 1528—1811 (Kollatur)

1528	25	Mütt Kernen		
	5	Malter Haber		
	25	Eimer Wein		
	40	Gulden	95	Stücke
1532	38½	Mütt Kernen		
	5	Malter Haber		
	20	Eimer Wein		
	14½	Gulden	78	Stücke
1547/1625	41	Mütt Kernen		
	5	Malter Haber		
	20	Eimer Wein		
	20	Gulden	86	Stücke
1713	35	Mütt Kernen		
	6	Mütt Kernen		
		Pfrundertrag ausgeschieden		
	5	Malter Haber		
	20	Eimer Wein		
	20	Gulden	86	Stücke
1789	42½	Mütt Kernen		
	5	Malter Haber		
	20	Eimer Wein		
	37½	Gl. 5 s. 10 hlr.	87½	Stücke
	(17½	Gl. 5 s. 10 hlr. müssen		
		nicht vom Kollator sondern		
		von der Kirche bezahlt werden)		
1811	35	Mütt Kernen		
	5	Malter Haber		
	20	Eimer Wein		
	20	Gulden		
	7—8	Eimer (donum gratuitum)	87½	Stück
		Dazu noch die Aufbesserung		
		von 12½ Mütt und 12½ Eimern,		
		vom Stifte und 50 fl.		
		vom Staate und Zinstreffnisse.		

Aus der Uebersicht geht augenfällig hervor, daß das Einkommen vom Kollator nach der Reformation ziemlich konstant blieb.

4. Pflichten der Prädikanten

a. Die Seelsorge

In den meisten Bestallungsbriefen umreißt der erste Artikel die Seelsorge. Der Prädikant verpflichtete sich damit, den Kirchengenossen an Sonn- und Feiertagen und allen übrigen geordneten Zeiten ohne Klage und Säumnis zu predigen, mit höchstem Fleiß und Ernst die wahre, göttliche, biblische und evangelische Schrift zu lehren.¹ Die Seelsorge in Meilen war dem Stifte selbstverständlich schon mit der Schenkung im Jahre 965 übertragen, d. h. es hatte die Pflicht für den Gottesdienst besorgt zu sein, indem es den Pfarrer stellte.² Als nach der Reformation die Pfarreibesetzung durch das Kloster bestehen blieb, entstand eine eigenartige, im allgemeinen wenig bekannte Einrichtung. Der Abt als Kollator wies den protestantischen Geistlichen in die Pfründe ein. Dieses Verhältnis in unsere Zeit übertragen, würde so aussehen, daß der katholische Prälat dem reformierten Pfarrer für seine Tätigkeit als Seelsorger den Lohn zu zahlen hätte. Diese Besetzung verstieß katholischerseits gegen kein Kirchengesetz, weil sie stets als Einweisung in den Genuß der Pfründe, als Verleihung eines Lehens, und niemals als Einweisung in das Pfarramt³ selber aufgefaßt wurde.⁴ Wenn der Abt aber bei der Verleihung den protestantischen Pfarrer doch ermahnte, die wahre, göttliche, biblische und evangelische Schrift zu lehren, so geschah das deshalb, weil der Kollator damit die ursprüngliche Bedeutung dieser Pfrundeinweisung dartun wollte, nämlich die seelsorgliche Betreuung der Kirchengenossen. Für Meilen mochte dieser Hinweis auf den eigentlichen Grund der Besetzung umso mehr zutreffen, als es sich eben um eine finanziell eher günstige Position handelte, und auch der dortigen Landschaft alle Vorzüge nachgerühmt wurden.^{4*} Man könnte leicht geneigt sein, diese Ermahnungen des Abtes als recht eigentlich reformatorisch zu bezeichnen. Doch scheint uns diese Auslegung verfehlt. Beide großen christlichen Bekenntnisse betonen die Wahrheit und Göttlichkeit der Schrift. Die Forderungen des Abtes sind daher christlich, sie entbehren äußerlich jeder konfessionellen Tendenz, dürften aber wohl den verborgenen

¹ StAE P. C 27.

² Moor S. 207. Den Klöstern hatte die Pflicht obgelegen, die Gemeinden zu pastorieren.

³ Ueber Amtseinssetzung vgl. Moor S. 133; Baltischweiler S. 90.

⁴ Ringholz Pfarreien S. 8.

^{4*} vgl. S. 54 Anm. 17.

Wunsch enthalten, daß der reformierte Prädikant christlich lehre und dem Glauben seines Brotgebers Ehrfurcht zolle. Wir haben bereits bei der allgemeinen Behandlung der Bestallungsbriege bemerkt, daß viele Artikel auf einem in der Entstehungszeit der Reversbriege begründeten Mißtrauen beruhen. Diese Tatsache werden wir uns bei der Betrachtung der folgenden Artikel immer wieder vor Augen halten müssen. Der Abt schrieb dem Prädikanten auch die großen Richtlinien der Predigten vor. So sollen die Unterweisungen und Lehren nicht etwa zu Aufruhr, Ungehorsam oder andern sträflichen und unziemlichen Dingen und Taten anstiften. Die Motive dieser Bestimmungen wurzeln offensichtlich in der Reformation. Die Ereignisse der damaligen Zeit zwangen dem Abte diese Sicherung durchaus auf.

Obwohl die Bestimmung in sämtlichen Lehensbriege bis in die neueste Zeit enthalten war, hat sie für Meilen in nachreformatorischer Zeit keine Bedeutung gehabt. Die Prädikanten ließen sich nicht von blindem Konfessionseifer hinreißen.⁵

Eine dem Wesen des Pfarramtes innewohnende Funktion, nämlich zu allen Zeiten Gesunde und Kranke, Reiche und Arme gebührend zu betreuen, wurde den Pfarrherren eigens aufgetragen. Dieser Artikel wies zunächst einmal darauf hin, daß der Prädikant kein Ansehen der Person kennen soll. Der Pfarrer darf also keinen Unterschied machen zwischen Kranken und Gesunden. Weit wichtiger und bedeutsamer aber war der Hinweis, Reiche und Arme gleich zu behandeln. Wieviel verlockender wäre doch für den Prädikanten gerade in der Zeit der unliebsamen Gehaltsstreitigkeiten der Pfarrdienst bei den begüterten Kirchgenossen gewesen.

Wenn der Prälat in Einsiedeln endlich betonte, die Pfarrgenossen seien sonderheitlich mit „touffen und übrigen Kirchen- und Pfarreidiensten ohnklagbar“ zu versehen, so ist damit unmißverständlich angedeutet, daß das Vertrauen in das protestantische Pfarramt nicht allzu groß war. Zwar wäre es falsch darunter das reformierte Pfarramt schlechthin zu verstehen. Das Mißtrauen richtete sich lediglich gegen die widertäuferische Tauflehre.

Wenn diese Forderung in spätern Jahren immer wieder erscheint, ist sie als dem ursprünglichen Ziel gänzlich entfremdete formelhafte Ausdrucksweise zu bewerten. Wir finden nämlich in Meilen durchwegs orthodoxe Prädikanten und den Vollzug

⁵ Ueber die Notwendigkeit der Vorschrift in andern Gemeinden vgl. Ringholz Pfarreien S. 18.

der Taufhandlung dieser Seelsorger anerkannte die römische Kirche je und je.

b. Der Dienst für das Kloster

Der Abt war der Brotherr des Pfarrers. Gewöhnlich ist es bei einem solchen Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer so, daß der Angestellte im Interesse des Herrn arbeitet. Es war deshalb auch gerechtfertigt, wenn der Patron die Forderung stellte, daß der Prädikant im Amte Meilen des Stiftes „Nutzen und Frommen, sowohl in Zinsen und Zehnten“ fördere, als auch in andern „zeitlichen Einkünften und Gerechtsamen“ jegliche Beihilfe leiste, um Schaden, Gefahr und allen Nachteil vom Kloster abzuwenden. Diese Vorschrift war besonders in den ersten Jahren der Reformation keineswegs überflüssig, weil die Prädikanten widertäuferischer Färbung gegen den Zehnten predigten.¹ Ließen zwar die Pfarrkinder den Predigten jeweils die praktische Seite folgen, waren die gleichen Prädikanten die ersten, die vom Abte verlangten, daß er ihnen das von den Pfarrgenossen Verweigerte aus den übrigen einsiedlichen Besitzungen vergüte.²

c. Die Lebensführung

Wenn die Gläubigen zu einem gottseligen, christlichen, sittsamen und „unverweislichen“ Lebenswandel angeführt, Dürftige und Kleinmütige in ihren Anliegen getröstet werden sollen, so kann dies umso leichter geschehen, wenn sich die Prädikanten eines frommen, züchtigen und untadelhaften Lebenswandels befleißigen. Diese Einsicht bewog den Abt, von den Seelsorgern stets zu verlangen, den Kirchgenossen in und außerhalb der Kirche mit gutem Beispiel werktätig voranzuleuchten. Die Notwendigkeit dieser Bestimmung darf auch für die Pfarrei Meilen nicht bestritten werden. Zwar sollte diese Forderung für einen Pfarrer vorausgesetzt werden können, denn das alte Wort „*exempla trahunt*“ hat ja gerade auf diesem Gebiet seine vornehmste Bedeutung. Sie weist aber einen ausgeprägt zeitgebundenen Hintergrund auf. Wenn wir in Betracht ziehen, daß die Sittlichkeit bei den Geistlichen beider Konfessionen mit einem heute unverständlichen Maßstabe gemessen wurde, so können

¹ Ringholz Pfarreien S. 13; Schoch S. 290 f.

² Beispiele siehe Ringholz I, S. 605, 623.

wir die umsichtige Formulierung des Abtes nur umso besser verstehen.¹

d. Die bauliche Unterhaltungspflicht

Die Bau- und Unterhaltungspflicht war rechtlich schon sehr früh geregelt, und doch sind immer wieder Unstimmigkeiten aufgetreten.¹ Es war daher notwendig im Lehensbrief festzuhalten, daß es Sache des Prädikanten sei, das Pfrundhaus samt allem dazu Gehörigen in Dach und Gemach, Oefen, Fenstern, Türen und Läden und andern Notwendigkeiten so in Stand zu halten, wie es bei der Verleihung übernommen wurde. Der Prädikant hatte demnach alle kleinern Reparaturen auf eigene Kosten machen zu lassen. Lediglich was durch Alter baufällig wurde, mußte das Kloster auf seine Kosten neu erstellen. Jede Reparatur größern Ausmaßes war zunächst dem Statthalter in Pfäffikon zu melden, der nach Augenscheinnahme über die Ausführung entschied. Im übrigen war noch verordnet, daß am Pfrundhaus nichts verändert, nichts versetzt, noch vertauscht oder verkauft werden dürfe. Sollte es aber jemals vorkommen, so müßte dem Kloster der Wert des Veräußerten erstattet werden. Einsiedeln hielt sich in den Bauverpflichtungen im allgemeinen an die diesbezügliche Gesetzgebung im Kanton Zürich. Doch war die Auslegung des Gesetzes je nach Standpunkt verschieden. Während beim Lehensherrn begreiflicherweise die finanzielle Seite im Vordergrund war, so erwog der Pfarrer selber viel eher die Notwendigkeit oder Bequemlichkeit. Damit war der Nährboden für die vielen Zwistigkeiten gegeben.

Prädikant Lindauer mußte im Winter 1562—63 das Dach des Pfarrhauses ausbessern lassen und erhielt dazu auch die Bewilligung des Statthalters.² Doch war der Abt, Joachim Eichhorn, mit der Verfügung des Statthalters nicht einverstanden. Er verordnete daher, daß die Kosten dem Pfarrer in Abzug gebracht werden sollen, weil der Prädikant eidlich verpflichtet sei, das Dach auf eigene Kosten reparieren zu lassen. Abt Eichhorns Einschreiten stützte sich deutlich auf die frühesten Gepflogenheiten, wonach dem Prädikanten hauptsächlich die Instandhaltung des Daches oblag.³ Diese am Bauobjekt lokalisierte Unterhaltungspflicht wurde im Jahre 1579 sogar in eine staatliche

¹ Dandliker II, S. 284 ff.; Wunderli S. 23 f. Literatur vgl. Moor u. Pestalozzi

¹ Pestalozzi S. 79.

² StAE P. D 2

³ Pestalozzi S. 79.

Verordnung aufgenommen, die sich aber für die Pfrundgebäude nur kurze Zeit durchsetzen konnte. Wir werden bei der Baupflicht der Kirche davon näher hören. — Zuweilen konnte das Kloster wegen der Bauwünsche auf die Prädikanten einen Druck ausüben. Pfarrer Selbler erfuhr dies, als er im Juli 1620 um bauliche Verbesserungen am Pfarrhaus einkam.⁴ Abt Hofmann begegnete aber dem rebellischen Prädikanten, daß er ihm nichts gewähre, bevor er nach altem Brauch die Eidespflicht erfüllt habe und den Reversbrief unterschrieben zurückschicke. Die Drohung verfehlte die Wirkung nicht. Noch im selben Jahre kam das Kloster in den Besitz des Reverses, nachdem es sich vorher vier volle Jahre vergeblich darum bemühte.⁵

Pfarrer Gwerb, der sich in seiner langen Amtszeit des öftern mit Baufragen beschäftigen mußte, schien sich anfänglich mit dem Statthalter⁶ sehr gut zu verstehen. Ja die freundschaftlichen Beziehungen gediehen sogar so weit, daß Gwerb, der sich nebenamtlich anscheinend als Kräuterpfarrer betätigte, dem Statthalter ein Mittel gegen „ungesunde Lüfte“ verehrte. Zwar scheint uns die Gebrauchsanweisung nicht sehr überzeugend. Es erinnert allzu stark an Kurpfuscherei, wenn es gleichgültig ist, ob man drei Tropfen an die Nase oder Schläfe streicht oder sie schließlich auch einnehmen kann.⁷ Doch hatte das Geschenk, wir wissen nicht ob medizinisch oder psychologisch bedingt, die Wirkung, daß der Statthalter dem Pfarrer den Kauf eines Büffets und eines „Gießfaß-Käsplis“⁸ bewilligte, zwar mit der Bedingung, daß die Gegenstände zum Inventar des Pfarrhauses gehören. Auch in der Waschküche wurde ein neuer Ofen installiert. Die Reparaturen von Fensterscheiben wurden ohne weiteres vom Kloster übernommen, man glaubte eben in Pfäffikon, daß die Scheiben von einem grausamen Sturm zerschlagen wurden.⁹ Selbst die Einrichtung eines neuen dreilöcherigen Kochherdes wurde dem Prädikanten zugestanden, wobei Gwerb den Hafnern und Steinmetzen aus Rapperswil das Essen zu geben hatte, während das Kloster die Lohnzahlung übernahm.¹⁰ Alle

⁴ StAE P. D 4.

⁵ ebd. P. C 61; P. C 62; vgl. S. 57.

⁶ P. Wolfgang Müller 1623—29.

⁷ StAE P. B 7.

⁸ Idiotikon I, 1050. Gießfaß = zinnernes Wassergefäß. Gießfaß-Käspli: hängendes Gefäß mit Deckel, zwei Ohren als Handhaben an den Seiten und unten mit einem kleinen drehbaren Hahn aus dem das Wasser in ein Handbecken fließt. Wird zum Waschen der Hände und des Gesichtes benutzt.

⁹ StAE P. D 6.

¹⁰ ebd. P. D 7.

diese Zugeständnisse durfte der Prädikant der freundschaftlichen Beziehung mit dem Statthalter zuschreiben.

Nach fast 30-jähriger Seelsorge in Meilen wurde Gwerb über das Kloster aber so verärgert, daß er bereits als kranker Mann noch um eine neue Pfarrei Umschau hielt.¹¹ Die Unstimmigkeit entstand wegen eines Zimmerbaues. Der Pfarrer wandte sich direkt an den Abt, weil er befürchtete, der Statthalter¹² hätte für sein Anliegen zu wenig Verständnis. Der Gesuchsteller betonte, daß er die Bestimmungen seines Reverses wohl kenne und doch wage er, obgleich das Kloster nicht zu einer Beisteuer verpflichtet sei, um einen Zuschuß zu bitten. Der Abt willigte ein und gab die Zusicherung, daß das Kloster einen Teil der Kosten übernehmen werde.¹³ Gwerb wies nach Vollendung des Zimmereinbaues die Rechnung vor, worauf das Stift den fünften Teil vergütete. Wohl dankte der Pfarrer dafür, beklagte sich aber zugleich, da ihm die freiwillige Gabe des Abtes zu klein schien.¹⁴ Ja der Prädikant behielt sich sogar vor, den Neubau wieder niederzureissen, falls sich das Stift nicht zu einem größeren Beitrag entschlösse. Wahrscheinlich erkundigte sich der Abt über diese Angelegenheit beim Statthalter in Pfäffikon, der für die Auszahlung zuständig war. Dieser, längst erbost, weil Gwerb ihm über den Bau nichts verraten wollte, nahm natürlich den Prädikanten nicht in Schutz. Im Gegenteil er wies die Klage des Pfarrers ab, denn anlässlich einer Augenscheinnahme habe Gwerb erklärt, daß er auch mit einer bescheidenen Gabe zufrieden sei.¹⁵ Eine Reklamation sei überhaupt nicht am Platze, denn das Holz für das Zimmer sei schon lange bevor der Abt den Zuschuß bewilligte, zugeschnitten gewesen, was wahrlich darauf hindeute, daß der Prädikant auch ohne klösterliche Beisteuer gemacht hätte, was ihm beliebte. All dieser Vorwürfe satt, suchte Gwerb um eine Pfründe in der Stadt nach, und er soll sie gar schon „in den Händen vermeint haben“ als die Sache schließlich doch fehl ging. Nun was blieb anderes übrig als die Vorwürfe über sich ergehen zu lassen und zu bleiben, zumal er bereits zu kränkeln begann.¹⁶ Dem Kloster aber ließ er seinen Groll anmerken, seine Briefe waren, so lange Schiegg Statthalter war, nurmehr mit Rudolf

¹¹ StAE P. D 8.

¹² P. Franz Schiegg 1629 (28)—1659.

¹³ StAE P. D 10.

¹⁴ ebd. P. D 11.

¹⁵ ebd. P. C 12.

¹⁶ ebd. P. D 13.

Gwerb unterzeichnet, während früher doch zum mindesten der dienstbeflissene Rudolf Gwerb unterschrieb.

Auch der uns bereits bekannte Rudolf Zeller hatte mit dem Stifte wegen der Baupflicht Anstände. Er hatte im Jahre 1680 für ca. 100 fl. Baukosten, worüber er den Statthalter bereits orientiert hatte, die Arbeiten geschahen nämlich mit dessen „Verwüssen und Verwilligen“¹⁷. Das Kloster zeigte sich aber ziemlich ablehnend gegen die Uebernahme der Kosten, weil es der Auffassung war, es handle sich vielfach um überflüssige Ausbesserungen.¹⁸ Zeller nahm wieder einmal mehr seine Zuflucht bei der Regierung in Zürich. Dort beschwerte er sich, weil er dem Statthalter eine spezifizierte Abrechnung zugestellt habe, woraus zu ersehen sei, daß es sich größtenteils um unvermeidliche, notgedrungene Arbeiten handelte. Es seien sogar Reparaturen dabei, die der Statthalter selber auszuführen befohlen habe. Doch tue der Vertreter des Stiftes nie eine bestimmte Aeüßerung, sondern er mache lediglich leere Worte. Die Regierung ließ sich durch einen Augenschein überzeugen, daß die Reparaturen dringend waren, denn die Kinder des Pfarrers sollen selbst vor Wind und Wetter nicht mehr sicher gewesen sein. Der Rat von Zürich ersuchte in der Folge Abt Augustin Reding, er möchte den Statthalter beauftragen, die Kosten zu entrichten.¹⁹ Der ersten diesbezüglichen Aufforderung, die vom Abte unbeachtet blieb, mußte der Rat eine zweite folgen lassen, die dann die Wirkung nicht verfehlte. Wenigstens schien der Pfarrer, wenn wir sein Schweigen so auslegen dürfen, befriedigt zu sein. Die Zurückhaltung des Abtes zeitigte aber doch den Erfolg, daß der gleiche Prädikant einige Jahre später sehr vorsichtig zu Werke ging, um am Pfarrhause neue bauliche Veränderungen vornehmen zu können.²⁰ Er wollte sowohl für sich selber als auch für das Kloster von vornherein den Kostenteil festlegen.

Ob wir Großzügigkeit oder Wohlstand annehmen wollen, bleibt uns frei. Doch werden wir am wenigsten fehlgehen, wenn wir Pfarrer Kitt beides zugestehen. In seinem Schreiben vom 18. September 1693 machte er den Vorschlag, die Verbesserungen des Pfarrhauses selber an die Hand zu nehmen.²¹ Um der Wetterseite einmal ein festes Gefüge zu geben, schlug er eine Wand

¹⁷ StAE P. B 9.

¹⁸ ebd. P. D 14.

¹⁹ ebd. P. D 14.

²⁰ ebd. P. D 16.

²¹ ebd. P. D 19.

mit Riegel vor. Für diesen Umbau offerierte er dem Kloster, die Hälfte der Kosten persönlich zu übernehmen, wenn sogleich begonnen werde, so daß der Umbau noch vor Einbruch der der Kälte unter Dach käme. Ueber den weitem Verlauf dieses Vorschlages geben die Akten keinen Aufschluß.

Wenn auch die systematische Philosophie längst aus dem Lehrplan der Theologen verschwunden war, so will es uns doch fast scheinen, als ob unsere Meilener Prädikanten intensives Logikstudium betrieben. Eine unscheinbare Notiz aus dem Jahre 1749 bestärkt uns in dieser Annahme. Sie zeigt uns nämlich, wie die Prädikanten im Laufe der Zeit eine eigene Lösung der Baupflicht fanden. Der Pfarrer war ja gemäß Lehensbrief nur für die kleinern Reparaturen zuständig und verantwortlich. Wie naheliegend war es nun doch, sich die selbsttätige Kraft der Natur zugute kommen zu lassen, indem man einfach die kleinern Schäden groß werden ließ. Der Schluß aus den Prämissen wirkt überzeugend; ergo: der Prädikant hat nichts mehr zu bezahlen. So war der Abt gezwungen bei der Einsetzung Pfarrer Lähns, trotz der Artikel des Reversbriefes, in Anwesenheit des einsiedlichen Ammanns in Meilen, besonders hervorzuheben, daß die kleinen Ausbesserungen, woher sie auch immer stammen, vom Prädikanten getragen werden müssen, und zwar sollen sie ausgeführt werden, solange die Kosten noch gering seien.²² Damit waren die Geistlichen wieder an ihre Baupflicht erinnert. Vermutlich wurde dann auch das Studium der Logik weit weniger betrieben, weil es von altersher erwiesen ist, daß es sich auf utilitaristischer Grundlage noch nie durchgesetzt hat.

Zum Abschluß dieses Kapitels betrachten wir noch den Mietvertrag, den der Abt im Jahre 1792 mit Pfarrer Koller abschloß, nachdem das Stift ein neues Pfrundhaus gekauft hatte.

Bereits im Jahre 1601 erwarb das Kloster von Jakob Haab ein Haus samt Hofstatt für 980 gl.²³ Nach beinahe 200 Jahren sah man sich im finstern Wald neuerdings genötigt den Prädikanten eine geeignetere Wohnstätte zur Verfügung zu stellen. Es bot sich gerade eine günstige Gelegenheit, indem der Abt das Oerische Landhaus mit Nebengebäuden, Garten und zugehörigem Einfang übernehmen konnte.²⁴ Darin sollte nun der Pfarrherr eine „weitläufige“ geräumige Wohnung erhalten. Um möglichst lange nicht mit Unterhaltskosten beschwert zu

²² Summarium Zusatz zu P. D 19.

²³ StAE P. D 3.

²⁴ ebd. P. D 20.

werden, schloß Abt Beat Küttel mit dem Seelsorger folgenden Vertrag:

1. Das Stift übernimmt keine andern Beschwerden, als allein dem jeweiligen Pfarrer so viele Schlafzimmer und Wohnräume, samt Haus- und Krautgarten anzuweisen, wie dies in einem andern Pfarrhaus üblich ist. Ueber alle andern Zimmer mit oder ohne Tapeten, d. h. mögen sie bewohnbar sein oder nicht, auch über Nebengebäude, Altanen, eiserne Gitter, Statuen und dergl. kostspielige Stücke, behält der Abt das freie Verfügungsrecht.
2. Das Kloster behält sich namentlich vor, im untersten Stockwerk die zwei großen Weberstuben mit Hausleuten zu besetzen. Im dritten Stock darf das rot tapezierte Zimmer von der Pfarrfamilie nicht benützt werden. Im Keller erhält der Pfarrer nur einen Teil für seinen Hausgebrauch zugewiesen. Die Schlüssel für all die ausbedungenen Räume sollen vom Statthalter in Pfäffikon verwahrt werden.
3. Da auch die bisherige Pfarrpfrund Meilen keine Brunnengechtigkeit hatte — das Stift also wegen des Wassers jederzeit ohne Beschwerde war — so muß sich jeder Pfarrer verpflichten, den im Garten befindlichen Brunnen stetsfort in eigenen Kosten zu unterhalten.
4. Lediglich aus Wohlwollen erlaubt der Abt, daß der Pfarrer für seine eigene Erholung, wie auch für Besuch den Saal und die vier wohnlich eingerichteten Zimmer benützen dürfe.
5. Der Pfarrer soll vor allem darauf bedacht sein, bei Sturm und drohendem Gewitter am ganzen Hause die Fensterläden zu schließen. Auch soll er keinen vorsätzlichen Schaden anrichten, denn das Stift übernimmt alle Ausbesserungen, welche einen Gulden übersteigen, was jedoch darunter ist, wird der Pfarrer tragen müssen, wie es auch in den übrigen Stiftskollaturen üblich sei.
6. Beim Wegzug oder Tod eines Prädikanten, soll er selber oder seine Erben alles in gutem Zustande zurücklassen, wie es nach dem inventarischen Verzeichnis angetreten wurde. Hierzu wurde für Pfarrer Koller verordnet, daß er aus dem alten Pfarrhaus keine weitem Gegenstände wegnehmen möge, außer seinen eigenen Gerätschaften.
7. Für die strikte Beobachtung der Vertragsbedingungen ist der jeweilige einsiedliche Ammann verantwortlich. Alle Fronfasten hat er Haus, Garten und Einfang zu besichtigen und den Zustand amtspflichtig schriftlich nach Pfäffikon zu berichten.

8. Schließlich wurde noch vereinbart, daß dem Pfarrer ein anderes Pfrundhaus, im Stile der übrigen Pfarrhäuser auf dem Lande, die gewöhnlich nicht die ärmlichsten aber auch nicht die vornehmsten Häuser sind, zugehalten würde, falls der Abt das neu erworbene örische Haus wieder verkaufen oder austauschen wollte.

Der Vertrag ist sehr streng. Er normiert selbst die letzten Einzelheiten. Doch ist die scharfe Formulierung begründet, weil das Kloster den Prädikanten den wesentlichsten Teil ihrer Baupflichten abnahm. Damit waren natürlich auch die Streitigkeiten behoben.

III. Die Baupflicht an der Kirche

Das allgemeine Bedürfnis nach Klarstellung der Rechtsverhältnisse an der Kirche führte wegen des lokal sehr verschiedenen Rechtsstandes zu einer Vielfalt von Lösungen.¹ Für Meilen geschah diese Regelung jedoch in der damals üblichsten Form. Dem Stifte war die Baupflicht natürlich mit dem Patronat übertragen. Es bestand ein wesentlicher Zusammenhang zwischen Zehntrecht und Baupflicht, setzte doch jede Pfründe und damit auch der Zehnte notwendig einen Kirchenbau voraus.² Die Entwicklung führte aber dahin, daß auch die Kirchgenossen zu Baulasten herangezogen wurden, weil der Umfang der Lasten stets zunahm, und sie daher für den Patron auf die Dauer untragbar wurden. Die Uebernahme solcher Verpflichtungen war für die Kirchgenossen ursprünglich nicht rechtlich, sondern moralisch, erst die Zeit unterschob ihr rechtliche Bindung. Die Beteiligung der Kirchgemeinde an den Lasten erklärt sich daraus, daß die Zugehörigkeit zu einem Kirchspiel früher durch die schollengebundenere Lebensweise ausgeprägter war, als dies heute bei der weltweiten Lebensgestaltung der Fall ist. Das Interesse am Gotteshaus, zu dem man lebend und tot gehörte, war viel reger. Das Gewohnheitsrecht wirkte sich in der Praxis so aus, daß Stift und Gemeinde eine Aufteilung der Baupflichten vornahmen. Während im allgemeinen die kirchenrechtliche Regelung dieser Probleme spät erfolgte, nämlich erst auf dem Konzil zu Trient,³ konnte in Meilen bereits im Jahre 1495 ein endgültiger Vergleich getroffen werden.

Ganz dem Verlangen nach Anschaulichkeit des ausgehenden Mittelalters entsprechend, nahm man die Lastenteilung am Kirch-

¹ RPT Bd. II S. 454.

² Pestalozzi S. 5, 80, 81.

³ Trid. Sess. XXI, cap. 7, de ref.

gebäude selber vor. Der Bau wurde in architektonisch zusammengehörige Partien aufgeteilt, z. B. das Schiff, der Turm, der Chor. So wurden dann nach Maßgabe des Anteils an der Baupflicht der Gemeinde und dem Stift die teilweise Unterhaltungspflicht übertragen. Diese Voraussetzungen dienen uns nun zum Verständnis des Vergleiches vom 8. Juli 1495. Der Anlaß zur Vermittlung bot sich, als sich Kloster und Gemeinde bei der Renovation und Vergrößerung der Kirche über die finanzielle Beteiligung nicht einigen konnten.⁴ Die Arbeiten wurden im finstern Wald nicht für nötig erachtet, und deshalb weigerte sich der Pfleger, Barnabas von Mosax, die Kosten des Chorumbaues zu übernehmen. Der Streitfall wurde dem Rate in Zürich zur Entscheidung vorgelegt. Als Vermittler traten Bürgermeister Röist und Ratsherr Felix Keller auf. Nach Erwägung der beiderseits vorgebrachten Begründungen, konnten sie folgenden Vertrag erwirken:

Das Kloster tritt der Gemeinde eine Juchart Reben, im Feld gelegen, ab.

Ferner sollen 60 Eimer Wein an den Neubau geliefert werden. Und schließlich wurde der Pfleger verpflichtet, in den neuen Chor ein Fenster zu stiften.

Die Meilener aber sollen für alle Zeiten die ganze Kirche, einschließlich Turm und Chor, in Ehren halten. Einzig wenn das Chordach neu gedeckt werden muß, soll dies stetsfort auf Kosten des Stiftes geschehen.

Für das Kloster war der Vergleich ein sehr gutes Geschäft, konnte es sich doch mit einer verhältnismäßig bescheidenen Entschädigung von den großen Bau- und Unterhaltskosten befreien. Freilich war auch den Pfarrgenossen mit der klösterlichen Beisteuer an den eben eigenmächtig beschlossenen Kirchenumbau wenigstens im Moment ein Dienst erwiesen.⁵ Es wird sich später wieder zeigen, daß in Meilen Stimmen laut wurden, die die Abmachung von 1495 doch für allzu billig hielten. Das Stift konnte aber mit dem besiegelten Instrument allen Anfeindungen trotzen.

Zunächst dauerte das Vertragsverhältnis beinahe zweihundert Jahre ungetrübt.⁶ 1683 versuchte die Gemeinde dem Abt Kosten für Verbesserungen am Chor zu überbürden, die keinesfalls in den Pflichtenbereich des Klosters gehörten. Selbstverständlich berief man sich in Einsiedeln auf den Vertrag von 1495, worauf

⁴ Ringholz I, S. 533; StAE P. F 1; ebd. P. H 41; Nüscheler S. 382 f.

⁵ StAE P. F 1. Die Forderungen mußten «jetz ze Stund» erfüllt werden.

⁶ ebd. P. F 2.

die Gemeinde nur in Berechnung brachte, was das Kloster vertraglich zu übernehmen hatte.⁷

Als das Chordach 1715 durch ein Ungewitter stark beschädigt wurde, bezahlte das Stift dafür anstandslos Ziegel, Latten, Schindeln, Nägel und die Arbeitslöhne.⁸

Ein ziemlich betrüblicher Zwischenfall ereignete sich im Frühjahr 1763. Ein Zimmermann wurde damals beauftragt, eine durch den Regen verfaulte Dachrafe zu ersetzen. Da dieser Handwerker vermutlich Arbeit suchte, schlug er überall in der Gemeinde Lärm und gab aus, daß der ganze Dachstuhl faul sei. Obervogt Weiß in Meilen, der auf den einsiedlischen Stiftsammann nicht sonderlich gut zu sprechen war, fand nun heraus, daß diese Reparatur nicht zu Lasten der Gemeinde gehe, denn das Gebälk sei nur morsch geworden, weil die Bedachung nichts wert sei. Ammann Brändli beantragte dem Abte, das Instrument, mit dem man den Standpunkt verteidigen wolle, einigen einflußreichen und sachverständigen Herren von Zürich vorzulegen und sich von diesen Rat geben zu lassen. Der Abt befolgte Brändlis Vorschlag. Die meisten Sachverständigen bezeichneten Obervogt und Zunftmeister Weiß als Hitzkopf und versicherten, daß man gegen den Vertrag von 1495 nichts ausrichten könne.⁹ Der eine und andere dieser Zürcher bot dem Kloster selbst tatkräftige Hilfe an.

Doch gerade ein Mann, auf den man die größten Hoffnungen setzte, enttäuschte bitter, nämlich Statthalter Nüscheler in Zürich.¹⁰ Er betrachtete die Sache für kritisch und schien nach Brändlis Dafürhalten von Obervogt Weiß eingenommen. Zudem sei Nüscheler sehr kurz gewesen und als er gar vernahm, daß der Abt das „höchste Recht“ anfordern werde, erklärte er mit sonderlicher Stimme, es werde ihn nicht viel nützen. Statthalter Hirzel in Zürich dagegen anerkannte den Vertrag von 1495 ohne weiteres. Ihm aber schien, die Gemeinde habe ein schlechtes Äquivalent an der einen Juchart Reben und den 60 Eimern Wein. Er betrachtete also die Vermittlung von 1495 als einseitig. Selbst wenn Hirzel nicht Unrecht hätte, ließ sich natürlich daran nichts mehr ändern, denn der Vertrag war durchaus rechtsgültig abgeschlossen. Am meisten Eindruck auf Brändli machte aber die Äußerung des Obervogtes von Stäfa. Vogt Schaufelberger hob nämlich die Klarheit des alten Doku-

⁷ StAE P. F 3.

⁸ ebd. P. F 5.

⁹ ebd. P. F 10.

¹⁰ ebd. P. F 8; HBLS V, 314, Nr. 13.

menten so hervor, daß er geradezu erklärte, ein derartiger Zwischenfall wäre in seiner Vogtei überhaupt unmöglich gewesen. In Meilen selbst meldeten sich der Untervogt und dessen Sohn zu Worte und wehrten entschieden einer Weiterführung solcher Streitigkeiten.

Es entzieht sich genauer Kenntnis, weshalb Obervogt Weiß innert weniger Tage eine ganz andere Stellung einnahm.¹¹ Möglicherweise war inzwischen ruchbar geworden, daß das Holz des Dachstuhls noch gut sei, so daß sich ein vollständiger Umbau erübrige. Am 26. Februar erhielt der Statthalter in Pfäffikon Weisung vom Abte, daß er den Obervogt mit aller Ehre und Höflichkeit empfangen solle.¹² Falls sich der Vogt zu einem Vergleich anschicke, solle er ihm gelassen zuhören und hernach in aller Bescheidenheit antworten, daß der Entscheid von 1495 „den heitern Ausschlag“ gebe in diesem Streitfall. In den Verhandlungen vermochte der Statthalter in Pfäffikon das Recht des Klosters mühelos durchzusetzen. Selbst die kühne Behauptung des Obervogtes, daß der Dachstuhl zum Dach und das Dach zum Dachstuhl gehöre verstand der Statthalter ebenso kühn zu widerlegen, indem er entgegnete, daß das Dach wegen des Gebäudes sei, also wer das Gebäude erhalte, müsse auch das Dach decken. Der Vertrag von 1495 blieb also weiterhin in seiner ursprünglichen, eindeutig klaren Formulierung bestehen.

Es bleibt noch unsere Aufgabe die Hintergründe dieses Vorfalls kurz zu beleuchten. Wenn auch unzweifelhaft das voreilige Geschwätz des Zimmermanns die Ursache war, so dürfen wir dabei nicht außer Acht lassen, daß doch erst Obervogt Weiß den Zwischenfall zu einem Streitfall machte. Weiß fand diesen Anlaß als gute Gelegenheit, seiner Gehässigkeit gegenüber dem Stiftsamman Ausdruck zu verleihen. Zwar bezichtigte der Obervogt den einsiedlichen Ammann der falschen Berichterstattung an seine Vorgesetzten in Einsiedeln, so daß auch Brändli nicht schuldlos wäre. Wir selber neigen aber eher, Obervogt Weiß die Hauptschuld zuzuschreiben. Einmal nämlich wurde er in eine andere Vogtei versetzt, und zum andern handelte Weiß ganz persönlich ohne Mitwissen der Gemeinde und deren Vorsteher.¹³ Es dürfte damit genug erwiesen sein, daß der ganze Handel nur auf die Unstimmigkeiten der beiden Beamten zu-

¹¹ StAE P. F 11, 12, 13, 16.

¹² ebd. P. F 14.

¹³ ebd. P. F 17 Summarium; ebd. P. F 10.

rückzuführen war, äußerte sich der Obervogt doch einmal, daß er vom Abte selber viel Gutes erwarten könnte, wenn nicht immer durch Unterbeamte verhandelt werden müßte.¹⁴

II. Teil

Die Verhältnisse nach der Revolution

I. Allgemeiner Ueberblick

Das Kloster Einsiedeln hatte unter der Revolution sehr schwer zu leiden. Seit dem 2. Mai 1798 bestand kein Konvent mehr, die Klosterfamilie mußte vor den anstürmenden Franzosen fliehen.¹ Noch am 5. Februar gleichen Jahres bekundete der Gemeindeausschuß von Meilen dem Abte die Treue und versicherte ihn, die alten Beziehungen aufrecht zu erhalten.² Dieser Bericht war dann auch die letzte urkundliche Bestätigung der Beziehungen zwischen Einsiedeln und Meilen vor dem großen Sturm. Der rote Faden unserer Arbeit wird damit entzwei geschnitten, denn die rechtliche Bindung wurde am 17. September 1798 durch die gesetzliche Aufhebung des Klosters gelöst.³ Erst die Mediationsakte, die am 10. März 1803 in Kraft trat, gab dem Kloster den ehemaligen Güterbesitz wieder zurück.⁴ Für uns aber sind die Folgen der revolutionären Umgestaltung von weittragender Bedeutung.

Im ersten Taumel der proklamierten Freiheiten verweigerte das Volk die Abgaben. Damit trat die Ablösungsfrage der Grundlasten in den Kreis der dringenden Geschäfte. Das Volk war der festen Ueberzeugung, daß die Aufhebung aller grundherrschaftlichen Servitute mit der Umwälzung wesentlich verbunden sei. Aber die radikale Lösung, diese alten Rechte unentgeltlich abzuschaffen, scheiterte an der Erbitterung der Rechtsträger. Selbst der Staat mußte sich heftig zur Wehr setzen, denn mit dem Wegfall des Zehntens wurde die ergiebigste Einnahmequelle

¹⁴ StAE P. F 15.

¹ Henggeler Rev. S. 80 ff.

² StAE P. AA 41.

³ Henggeler Rev. S. 116.

⁴ ebd. S. 129.

verschlossen. Dieser Lösungsversuch der Helvetik war zu einseitig, um durchdringen zu können. Es war der Mediation vorbehalten, gangbare Wege zu finden. Artikel 21 der Mediationsverfassung des Kantons Zürich sicherte zunächst einmal die Befugnis, Zehnten und Bodenzinse loszukaufen.⁵ Das Gesetz konnte die Art und Weise dieses Loskaufs nach dem wahren Werte bestimmen. Die neue Verfassung trug den alten Verhältnissen dadurch Rechnung, daß wenigstens die Grundzinse und der große Zehnten ihrer Natur nach als rechtmäßige, auf Dokumenten beruhende Schuld oder Abgabe betrachtet wurden und demzufolge nur gegen Entschädigung abgelöst werden konnten. Freilich blieben bei der Bauernschaft die Erlasse der Helvetik nicht ohne Nachwirkungen. In einer Darstellung des Klosters über die großen Schwierigkeiten im Verkehr mit den Zehntnern heißt es, noch viele Landbewohner seien von dem verderbten Geiste beseelt. Als 1805 die Finanzkommission in Zürich nach genauer Untersuchung bestätigte, daß sich das Gotteshaus Einsiedeln mit Recht über die Zehntenablieferung in den Jahren 1803 und 1804 beklage, beschloß der Rat, daß den Gemeinderäten von Meilen, Uetikon, Männedorf, Stäfa und Hombrechtikon bekannt zu geben sei:

1. Die Stiftsamänner sollen von Zeit zu Zeit, je nach Gutbefinden, spezifizierte Verzeichnisse des zehntbaren Landes erstellen können, ohne dabei von der Gemeinde behindert zu werden.
2. Schätzungen der einsiedlischen Zehntgebiete sollen ausschließlich durch obrigkeitliche Schätzer vorgenommen werden.
3. Den Ammännern des Gotteshauses soll erlaubt sein, vor der Weinlese eine Besichtigung des Zustandes der Trauben vorzunehmen.
Zu diesem Kontrollgang kann der Gemeinderat ein Mitglied abordnen.
4. Das von der Regierung eigens erlassene Zehntmandat, womit die Schuldner des Gotteshauses aufgefordert wurden, die Abgaben dem rechtmäßigen Zehntherr zukommen zu lassen, soll in den Gemeinden veröffentlicht werden.

Selbst noch 1809 war der radikale Lösungsversuch der Helvetik nicht vergessen, so daß die Gerichte angewiesen wurden, gegen Defraudanten mit stärkerem Nachdruck vorzugehen.⁶

⁵ Eidg. Abschiede Bd. 1803—1813 S. 477.

⁶ StAE P. K 269.

Die gewaltige Umwandlung, die die Revolution in das grundherrschaftliche Wirtschaftssystem brachte, beschäftigt uns in den nächsten Kapiteln. Wir betrachten nun noch eingehend die durch diese Umgestaltung völlig veränderten Verhältnisse zwischen Einsiedeln und Meilen.

II. Die Zehntenablösung

A. Gesetzliche Voraussetzungen

1. Der Umfang des Zehntbezirkes

Der Umfang des Zehntbezirkes brachte in das Loskaufsgeschäft die erste Schwierigkeit, denn die politische Gemeinde Meilen, seit 1680 ein selbständiges Gebilde, beschloß in der Gemeindeversammlung vom 6. April 1812, für sich allein den Zehnten loszukaufen. Damit war aber das Kloster nicht einverstanden, weil nach Gesetz der Loskauf nur nach ganzen Zehntbezirken erfolgen konnte. Der dem Gotteshause zustehende Zehntbezirk umfaßte aber auch das Gebiet der Gemeinde Uetikon. Bereits im November 1811 hatte das Kloster den Gemeinden die Zusammengehörigkeit hinsichtlich des Zehntens bewiesen. Dieser Nachweis erfolgte klösterlicherseits in klarer und schlüssiger Form.

a. Beweise des Klosters und Gegenargumente der Gemeinden

Selbstverständlich wurde als Kardinalbeweis die Urkunde Otto d. Gr. vom Jahre 965 ins Feld geführt, weil dieses Instrument Meilen und Uetikon als das dem Kloster geschenkte Land umfaßte.¹ Spätere obrigkeitliche Ausmarchungen bestätigten jeweils die Grenzen der Schenkungsurkunde und bewiesen somit stets aufs neue die Zusammengehörigkeit der — seit 1680 politisch getrennten — Gemeinden in bezug auf ihre Verpflichtungen gegenüber dem Stifte.²

Der Grund, weshalb sich Meilen zu einem separaten Auskauf berechtigt glaubte, war in der Trennung des einsiedlischen Besitzes in zwei politisch und kirchlich selbständige Verwaltungsgebiete zu suchen, denn wie die Ausmarchung der Gemeinden, so auch die Trennung des Zehntens. Einsiedeln entgegnete aber, es könne augenscheinlich beweisen, daß die Ausmarchung nur

¹ StAE A. AI 5.

² Anno 1491 und 1608.

geschah, um das Politische und Religiöse oder Gemeinden und Pfarreien zu unterscheiden, nicht aber den Zehnten.³ Würde nämlich die Grenzziehung von 1680 den Zehnten trennen, hätte die Obrigkeit in den Jahren 1693 und 1761 sicher nicht wieder die alten Zehntmarchungen bestätigt, wie sie längst vor 1680 waren, und zwar jedesmal von Herrliberg über den Berggrat durch Meilen und Uetikon über den Pfannenstiel bis Muschelharzhaus an Männedorf.

Einen weitem Grund für die Rechtmäßigkeit seines Vorhabens glaubte Meilen darin zu finden, daß beide Orte die Lehenspflicht getrennt erfüllten, und für Uetikon stets eigens die Zehntverleihung stattfinde, wie dies in selbständigen Zehntbezirken üblich sei.

Der Zehntherr war aber auch hier der Sachlichkeit seiner Antwort bewußt. Aus der besondern Verleihung des Zehntens zu Uetikon folge nur, daß Meilen und Uetikon nicht dieselbe Tragerei⁴ hatten. Seit der Trennung der Gemeinden empfingen zwei Vorsteherschaften, zwei Gemeinderäte den Zehnten, und zwar jede Behörde von den Pflichtigen ihres Kreises. Es handelte sich also lediglich um eine interne Kompetenzteilung keineswegs aber um eine Zweiteilung des Zehntbezirks. Uebrigens liege die Sache in Stäfa und Hombrechtikon genau gleich. Die beiden Gemeinden bildeten zusammen einen Zehntbezirk, jedoch habe man alle fünf Jahre den Hombrechtikoner Zehnten separat verliehen.

Meilen war mit diesen Ausführungen nicht zufrieden. Im Gegenteil, der Gemeinderat widersetzte sich den vom Stifte aufgestellten Begründungen und ersuchte die Zürcher Regierung um Entscheid über die strittige Frage. Dabei hatte sich Meilen ausbedungen, daß, falls der Entscheid etwas auf sich warten lasse, das diesjährige Aufkündigungsrecht trotzdem gewahrt bleibe.⁵ Der Ratsentscheid vom 18. April 1812 entsprach diesem Verlangen. Die Gründe dieses Vorbehaltes werden wir später kennenlernen.

Das Stift Einsiedeln mußte auf Weisung der Regierung in Zürich eine Vernehmlassung einreichen. Pater Sebastian Imfeld, der damalige Statthalter, kam dieser Aufforderung nach und begründete den Standpunkt des Klosters. Die Beweisführung des Statthalters befaßte sich eingehend mit den Diskordanzen und brachte nebst den Argumenten, die wir bereits kennen, noch ausführliche Ergänzungen.

³ StAE P. H 17.

⁴ Tragerei = Lehensinhaberschaft, vgl. Bluntschli IV, 43/240 ff.

⁵ Dem diesjährigen Aufkündigungsrecht unbeschadet.

So wurde dem Gemeinderat entgegengehalten, daß er gegen die angeführten alten Urkunden, Titel und Marchungen nichts einwenden könne. Er scheine selbst zu bekennen, daß Meilen und Uetikon bis zum Jahre 1680 ein und derselbe Zehntbezirk war. Wenn es nun bis 1680 so gewesen sei, könne man nicht begreifen, weshalb es in der Folge anders sein sollte, da man ja gegen die authentischen Belege keine neuen, ebenso wichtige aufzuweisen vermöge. Die ganze Handlung der Trennung betraf Meilen und Uetikon und keinesfalls Einsiedeln. Die einsiedlischen Rechte wurden demnach nicht berührt, sie blieben wie sie waren.

Vom Standpunkt des Eigentumsrechtes aus ist zu sagen, daß durch die Trennung der Gemeinden keine Rechte eines Dritten geschwächt oder geändert werden konnten. Ganz einfach aber doch überzeugend wirkte hier das konkrete Beispiel.⁶ „Wer vorher schuldig war, blieb auch nachher⁷ schuldig, er mochte nun in die Gemeinde Meilen oder Uetikon zu stehen kommen, und der Creditor, der einen Schuldbrief gehabt hätte, worin alle Bewohner der Gemeinde und Pfarr Meilens vor ihrer Trennung als Schuldner, und alle Güter von Meilen als Unterpfand verschrieben waren, würde wegen dieser Trennung nicht geglaubt haben, daß nun sein Schuldbrief zerschnitten sey, er wäre bey seinen ehevorigen Rechten verharret, ohne daß ihn jemand daran hätte hindern können oder wollen. Wie kann man dann behaupten, daß der Zehntenbrief des Stifts Einsiedeln durch diese Separierung der Gemeinden zerstüket und geschwächt worden sey? Werde noch heüt zu Tage Meilen oder Uetikon in politischer, in militärischer, in religiöser Hinsicht eingetheilt, wie man will, stelle man Vorsteherschaften auf, so viel man will, die Eigenthums-Rechte des Stifts Einsiedeln, wie jedes andern Eigenthümers bleiben immer die ehevorigen.“

Das Stift ging gar soweit, daß es den Gemeinderat veranlaßte, der Regierung mittels Urkunde zu beweisen, daß die Trennung der Gemeinden auch Trennung des Zehntbezirkes nach sich zog. Der Gemeinderat stand damit vor einer unlösbaren Aufgabe.

Als völlig unzutreffend lehnte das Kloster die Behauptung ab, daß das Gotteshaus gnädigst geruht habe, der Gemeinde Uetikon ein eigenes Pfarramt und „alles damit Verbundene mitzuteilen“, damit also Uetikon als eigene Gemeinde und eigenen Zehntbezirk anerkannte. Die neue Pfarrei – so argumentierte man im

⁶ StAE P. H 17.

⁷ nachher = nach der Trennung der Gemeinden.

Stift — gehe Einsiedeln nichts an, es installierte dort weder den Pfarrer, noch kam es für dessen Unterhalt auf. Auch leistete es keinen Beitrag an das Pfarrhaus, womit klar gezeigt sei, daß das Kloster der Gemeinde Uetikon hinsichtlich der Pfarrei gar nichts „mitgeteilt“ hat. Freilich erklärte Einsiedeln, nachdem das neue Kirchspiel errichtet war, es möge die neugebaute Kirche und Pfarrei wohl gedulden.⁸ Doch scheine die Gemeinde den Unterschied zwischen „mitteilen und gedulden“, zwischen „anerkennen und ausdrücklich das Gegenteil vorbehalten“, nicht zu kennen.

Auf Grund dieser Ausführungen beharrte man neuerdings darauf, daß Meilen und Uetikon nur zusammen einen Zehntbezirk ausmachen.

b. Standpunkt und Entscheid der Regierung

Die Regierung überwies sämtliches Aktenmaterial der Finanzkommission zur Beurteilung, die ja vornehmlich mit den obrigkeitlichen Zehntloskaufsgeschäften betraut war.¹ Die zürcherische Exekutive stützte sich in ihrem Entscheid lediglich auf die Begründung der sachverständigen Instanz. Die Streitfrage wurde zugunsten des Stiftes entschieden. Die Begründung beruhte durchaus auf gesetzlicher Grundlage, nämlich der Zehntloskauf könne „nur bey ganzen Zehntbezirken zugleich“ stattfinden.² Unter einem ganzen Bezirk sei aber nichts anderes zu verstehen, als ein Gebiet, das rücksichtlich der Zehntentrichtung zur Sicherheit des Dezimators besonders in seinen Grenzen beschrieben und urbanisiert oder ausgemacht ist. Nach dieser Bestimmung haben die Gemeinden Meilen und Uetikon ganz unzweifelhaft von jeher nur zusammen einen ganzen Zehntbezirk ausgemacht. Da ferner, so heißt es in der amtlichen Begründung weiter, die Trennung der kirchlichen und bürgerlichen Gewalten vom Jahre 1580 der vormals vereinigten Gemeinden die Zehntrechte und Zehntmarchung nicht im mindesten berührt hat, und da durch die bisherige lediglich in der Konvenienz des Dezimators gelegene Behandlungsart dieses Zehntens hinsichtlich der Verleihung, Rechnungsführung und des Zehntbezugs verschieden war, so sind die ursprünglichen, auf Dokumente gegründeten Rechte, keineswegs aufgehoben. Es

⁸ StAE P. Q 2; vgl. S. 42.

¹ StAZ MM 1. 36 v. 18. 4. 1812.

² ebd. MM 1. 37 v. 26. 5. 1812; OGS Bd. 1, S. 264.

sollen daher in Uebereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen die Zehnten zu Meilen und Uetikon gemeinsam aufgekündigt und losgekauft werden.

c. Warum maß das Kloster dem gemeinsamen Loskauf solchen Wert bei?

Die Nachhaltigkeit, mit der das Kloster seinen Standpunkt vertrat, drängt uns diese Frage geradezu auf. Die Erklärung muß durchaus nicht bei den Haaren herbeigezogen werden, denn die bezirksweise Durchführung des Geschäftes verursachte bedeutend weniger Kosten und vor allem dem Zehntherrn eine nicht zu unterschätzende Arbeitseinsparung. Die Berechnung der Loskaufsumme war damals derart kompliziert, daß man, wenn sie schon berechnet werden mußte, den größtmöglichen Kreis einschloß. Dagegen bedeutete dieses Loskaufssystem für Leute, die sich einer Mehrheit fügen mußten, eine gewisse Härte, wurden sie doch gesetzlich verpflichtet, den Zehnten loszukaufen, obwohl oftmals die erforderlichen Mittel nicht vorhanden waren.

2. Die Frage der Aufkündigung

Der Entscheid der Regierung barg bereits die Wurzeln neuer Unstimmigkeiten. Das Kloster maß dem Schiedsspruche eine doppelte Bedeutung zu, einerseits sah es darin die definitive Bestätigung der Einheit der beiden Gemeinden als Zehntgebiet des Stifts, anderseits aber bedeutete der Spruch gleichzeitig Nichtigkeitserklärung der Zehntgemeinde vom 6. April 1812.

Diese zweite Wertung allein erklärt uns die Folgerungen, die das Gotteshaus aus dem regierungsrätlichen Entscheid ableitete. Wir betrachten daher in der Folge das Protestschreiben, das vom Stift durch dessen Ammann, Quartierhauptmann Brändli, am 11. Juni der Regierung eingereicht wurde.¹ Bezeichnend ist in diesem Zusammenhange ein Brief Brändlis, worin er seine Zuversicht über den Erfolg dieser Protestation äußerte, „weil selbige zum über Fluß und gesezlich begründet“ sei. Die Angriffe des Klosters scheinen zunächst vollauf berechtigt zu sein, denn es stand wirklich gesetzlich fest, daß die Zehntpflichtigen, die ihre Schuld loskaufen wollten, bis spätestens Ende Mai schriftlich aufkündigen mußten.² Bevor jedoch die Aufkündigung erfolgen konnte, sollte durch eine Gemeindever-

¹ StAE P. H 20.

² OGS Bd. I, S. 271 v. 20. 12. 1803.

sammlung bestimmt werden, ob sowohl die Mehrheit der Zehntpflichtigen, als auch die Mehrheit des zehntbaren Landes vorhanden sei. Aus diesen Voraussetzungen folgerte man in Einsiedeln richtig, daß Uetikon laut Inhalt des Gesetzes im Juni nicht mehr kündigen könne. Selbst wenn dies sogleich nach Kenntnisnahme des Entscheides der Regierung geschehen wäre, müßte die Aufkündigung für nichtig gelten, weil eben die gesetzlich vorgeschriebene Gemeindeversammlung nicht gehalten wurde. Sogar, wenn die Aufkündigung der Gemeinde Meilen legal wäre, dürfte sie aus dem gleichen Grunde nicht auch auf Uetikon ausgedehnt werden. Ja auch für Meilen sei laut Buchstaben und Geist des Gesetzes das Recht des diesjährigen Auskaufs verwirkt, selbst dessen ungeachtet, daß sich die Gemeinde das Recht bei der Regierung ausdrücklich vorbehalten hatte. Nach der Ansicht im Kloster konnte der Rat in Zürich dieses Entgegenkommen nur rechtfertigen, wenn die Zusammengehörigkeit der Gemeinden inbezug des Zehntens hätte verneint werden müssen. Freilich, wenn Meilen in dieser Frage im Recht gewesen wäre, hätte die Fristverlängerung für die Aufkündigung motiviert werden können, weil dann die Gemeinde durch Schuld des Klosters gehindert gewesen wäre, „in der vom Gesez bestimmten Zeit das gebührende zu thun“, nämlich nach gesetzlicher Vorschrift zu kündigen.³ Da nun aber der Entscheid zugunsten des Stifts ausfiel, entbehrte der Vorbehalt jeder Grundlage. Er bezog sich auf etwas, das gar nicht in Frage stand, denn Einsiedeln hatte mit Meilen allein nichts zu tun. Würde die Regierung diesen Vorbehalt nachträglich noch immer schützen, so täte sie ein Unrecht, war er doch nie für das Gebiet gewährt, das sie selbst als einsiedlischen Zehntbezirk umschrieb. Das Gotteshaus wäre somit „wider das klare Gesez des Kantons behandelt“, und die „weltbekannte gerechte Regierung des hohen Kantons Zürich“ hätte damit Unrecht vor Recht gelten lassen.⁴ Alle klösterlichen Vorstellungen waren aber vergeblich. In der Sitzung vom 16. Juni 1812 wurde Meilen vom kleinen Rate geschützt, mit der Begründung, daß der Gemeinde am 18. April d. J. das Aufkündigungsrecht in folgender Weise zugestanden wurde:⁵ „Das diesjährige Aufkündigungsrecht werde in Gewärtigung wohin der Entscheid ausfalle — ob nämlich Meilen für sich allein oder in Verbindung mit Uetikon den

³ StAE P. H 20.

⁴ ebd.

⁵ StAZ MM 1. 41 16. 6. 1812; StAE P. H 22.

Zehnten loskaufen könne — auf jeden Fall vorbehalten und gesichert.”

Vergegenwärtigen wir uns nochmals die Beweisführung des Klosters, so müssen wir sie als klar und folgerichtig den logischen Gesetzen entsprechend bezeichnen. Sie ist gleichsam eine starke Kette, deren einzelne Glieder jeder Beanspruchung standhalten, jedoch ist diese starke Kette nur an einem dünnen Drahte fixiert. Auch die einsiedlische Beweiskette wird an einem offensichtlich schwachen Fixpunkte eingehängt, und zwar an der falschen Interpretation des regierungsrätlichen Entscheides vom 26. Mai 1812.

3. Das eigentliche Loskaufsgeschäft

Nachdem die Meinungsverschiedenheiten über den Umfang des Zehntbezirkes und über das Aufkündigungsrecht durch die Entscheide der Regierung wenigstens ausgeglichen schienen, war der Weg für die Zehntpflichtigen endlich soweit frei, daß die eigentlichen Vorkehrungen für die Loslösung an die Hand genommen werden konnten. Ein eigens für Loskäufe bestimmtes Reglement schrieb die einzelnen Etappen des Geschäftes vor.¹

a. Die Gemeindeversammlung

Als erster Schritt bei der Anregung zum Loskauf hatte der Gemeinderat dem Bezirks- oder Unterstatthalter Anzeige zu machen und der Anzeige ein genaues Verzeichnis sämtlicher Zehntpflichtiger beizulegen. Der zuständige Unterstatthalter Kaufmann in Küsnacht hatte dann auf den 20. Juni 1812 die Gotteshausleute zur Abstimmung in die Kirche Meilen zusammengerufen, trotzdem der einsiedlische Ammann Brändli am 11. Juni, wie wir bereits gesehen haben, gegen das Aufkündigungsrecht der Gemeinden protestierte. Brändli hoffte noch immer zuversichtlich auf eine amtliche Intervention, welche die bevorstehende Gemeindeversammlung hätte verbieten sollen. Er war daher nicht wenig enttäuscht, als er mit dem Ratsbeschluß vom 16. Juni eindeutig Bescheid erhielt, daß es „bey der auf den 20 sten dies veranstalteten Versammlung sein verbleiben habe”.² Im Gegensatz zur Versammlung vom 6. April waren diesmal die Pflichtigen des ganzen Bezirkes geladen, also auch diejenigen der Gemeinde

¹ OGS Bd. 3, S. 334 ff.; Polizeireglement vom 27. 10. 1807.

² StAE P. H 22.

Uetikon. Ueber den Vorgang der Abstimmung halten wir uns an das diesbezügliche Protokoll vom 21. Juni,³ sowie an die entsprechenden Abschnitte des Polizeireglementes. Zu Beginn der Versammlung, die unter dem Vorsitze und der Leitung des Unterstatthalters Kaufmann stattfand, wurden Zweck und Sinn der Einberufung erörtert. Ein Sekretär verlas die den Loskauf betreffenden Kantonalgesetze. Nachdem die Einrichtung des Pfenniglegens erläutert war, rief der Sekretär jeden Zehntpflichtigen namentlich zum Vortritte auf, gab ihm einen Abstimmungspfennig, den der Stimmberechtigte hinter einem Vorhang geheim einlegen konnte. Es waren im ganzen 454 Votanten anwesend, laut Verzeichnis fehlten 33 Pflichtige. Allein das Mehr der Loskaufstigen war so gewaltig, daß keinerlei Zweifel über die Willensäußerung der Zehntner entstehen konnte, nämlich 375 Stimmen beantragten Loskauf, während 79 weiterhin Schuldner des Klosters bleiben wollten. Diese überwältigende Mehrheit allein hätte jedoch den Loskauf noch keineswegs gesetzlich verankert, weil nach Gesetz nicht nur das Stimmenmehr, sondern auch das Mehr des zehntbaren Landes erforderlich war. Es wäre beispielsweise theoretisch denkbar, daß die 33 nicht Anwesenden samt den 79 „nein“ Stimmenden territorial gesehen die größten Besitze hätten, und dieses Land zusammengerechnet größer wäre als das der 375 „ja“ Stimmenden. Angesichts der großen Mehrheit fand aber der Statthalter mit Beipflichtung des einsiedlischen Ammanns, es sei überflüssig zu untersuchen, ob die Stimmenmehrheit auch die Mehrheit des zehntbaren Landes ausmache. Die Versammlung wurde daher unter dem Vorbehalte entlassen, daß, falls der Abt die genaue Untersuchung über die Majorität des zehntbaren Landes wünsche, die Pflichtigen sich zur gegebenen Zeit wieder in der Kirche zu versammeln hätten. Das Protokoll oder den sogenannten Verbalprozeß mußte Kaufmann der Regierung zur Genehmigung einweisen. Der kleine Rat bestätigte die Beschlüsse der Zehntgemeinde, wenn sich auch der Dezimator mit dem Stimmenmehr allein begnüge und von der Bildung des zweiten gesetzlichen Mehrs absehe.⁴

Natürlich mußte auch der Zehntherr, das Kloster, über das Resultat unterrichtet werden. Kaufmann schrieb nach Einsiedeln, daß „nun das Geschäft in betreff der Aufkündigung für einmal geendigt“ sei. Gleichzeitig verlangte er Bescheid, ob der Abt noch eine Untersuchung über das Landmehr wünsche, und ob

³ ebd. P. H 23.

⁴ StAZ MM 1. 42 27. 6. 1812; StAE P. H 24.

nochmals aufgekündigt werden müsse. Dem Stifte eilte die Antwort anscheinend nicht, denn am 4. Juli, also 14 Tage nach der Berichterstattung Kaufmanns, mußte erneut gemeldet werden, daß die Gemeinden ungeduldig auf Bericht warten. Einsiedeln erachtete die Abstimmung über das Landmehr für überflüssig, dagegen beharrte es strikte auf nochmaliger Kündigung. Das Vorgehen des Klosters ist durchaus verständlich, hätte es nämlich keine Kündigung mehr gefordert, könnten die Gemeinden mit vollem Recht annehmen, der ganze Streit um dieses Problem sei vom Kloster nur aus Mutwillen provoziert worden.

Daß das Loskaufsgeschäft im Volke hohe Wogen schlug, wird uns durch mancherlei Vorkommnisse bezeugt. Wie heutzutage Abstimmungen zuweilen die Gemüter erregen, so mag es auch bereits vor 140 Jahren gewesen sein. Wenn Jakob Guggenbühl ab Aebleten sich zwei Stimmen anmaßte, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß er ein schlechter Mensch war. Ja sogar die Regierung von Zürich, der das Vergehen gemeldet wurde, betrachtete den Fall von der psychologischen Seite, denn sie überließ es dem Unterstatthalter, den Delinquenten „der kompetenten Gerichtsbehörde“ zu überweisen, falls er den Vorfall für gewichtig genug erachte.⁵

b. Nachspiel zur Gemeindeversammlung

Wir können uns lebhaft vorstellen, daß manch einer nach der Abstimmung die Kirche bedrückten Herzens verließ. Wenn man schließlich auch der Zehntpflicht entbunden war, so war doch die Sorge um die Mittel für den Loskauf bei vielen im Vordergrund. Könnten wir das Gespräch einer der vielen Gruppen, die sich nach der Versammlung vor der Kirche bildeten, belauschen, würden wir bald erkennen, daß über den Loskauf nicht eitel Freude herrschte. Nicht umsonst beteuerten Gemeindevorsteher, man werde versuchen, das Gotteshaus zu bewegen, die Loskaufsumme auf das zehntbare Gut als erste Schuld⁶ kapitalisiert anzuerkennen, gleichzeitig suche man günstige Bedingungen für spätere bequeme Abzahlungen schaffen zu können.⁷ Unterstatthalter Kaufmann, der im Grunde genommen dieser Lösung beipflichtete, mußte wohl von diesbezüglichen Gesetzen eine Ahnung gehabt haben, denn er erkundigte sich

⁵ StAE P. H 24.

⁶ 1. Hypothek.

⁷ StAE P. H 23 (Ib).

vorsichtshalber bei seiner Regierung in Zürich. Mit aller Deutlichkeit zeigte der Rat die Unmöglichkeit dieser vorgefaßten Lösung. Es wäre geradezu gegen „alles Recht und Billigkeit“, den ältern Kreditoren den Rang streitig zu machen. Freilich stehe es den Beteiligten frei, die Loskaufsumme einstweilen als Hypothek stehen zu lassen, wenn dies „auf eine den Drittmanns-Rechten ganz unnachtheilige Weise“ geschehe.⁸ Mit einem nachhaltigen Hinweis auf die Landesverordnung vom 28. Mai 1807 wurden die Gemeinden eigens darauf aufmerksam gemacht, daß Zehntner, die den Loskauf wünschen, jedoch die Zahlungen nicht selber leisten können, den Zehnten auf keinen Fall verpfänden dürfen.⁹ Als Unterpfand können lediglich eigentümlich zustehende Besitzungen verschrieben werden. Sollten gar bereits dieser Vorschrift zuwiderlaufende Abkommen geschlossen sein, so müßten sie als nicht geschehen betrachtet werden. Die Verpfändung des Zehntens hätte doch keine Entlastung gebracht, sondern einfach einen andern Dezimator, was ja schließlich nicht der Zweck des Auskaufs war. Obgleich diese Erlasse hauptsächlich zum Schutze Unbemittelter gedacht waren — man wollte einer finanziellen Ueberbelastung vorbeugen — bedeuteten sie für diese Bevölkerungsschichten Sorgenmomente, weil diesen Leuten gewöhnlich die gesetzlich zulässigen Pfänder fehlten. Die Stimmung der armen Klasse wird uns später noch eingehend beschäftigen.

B. Die Berechnung der Auskaufsumme

Wir wissen bereits, daß das Gotteshaus auf einer nochmaligen Kündigung beharrte. Die Gemeinderäte von Meilen und Uetikon sandten hierauf die feierliche Kündigung am 6. Juli nach Einsiedeln.¹ Dieses Kündigungsschreiben enthält für uns einen wichtigen Betrachtungsgegenstand, nämlich die Bitte der Gemeinden, der Abt möchte „fördersamst“ die gesetzlichen Rechnungen überweisen.² Wir stoßen damit auf den umstrittensten Punkt, der zuweilen hüben und drüben zu recht unerfreulichen Auftritten führte. Selbstverständlich wäre sowohl den Gemeinden als auch dem Kloster ein möglichst rascher Abschluß sehr wünschenswert gewesen, aber wie es zu gehen pflegt, wenn

⁸ StAE P. H 24.

⁹ OGS Bd. 3 S. 306 ff.

¹ StAE P. H 25.

² OGS Bd. 1, S. 267 ff. Der Dezimator macht die Berechnung des Kapitals und sendet sie dem Aufkäufer zu.

finanzielle Unstimmigkeiten zu beheben sind, konnten sich die Parteien erst finden, als eine friedliche Lösung kaum mehr zu erwarten war. Daß dem Kloster eine Entschädigung zustand ist unbestritten. In der Berechnung dieser Entschädigung aber ist der Herd allen Zwistes zu finden. Wir versuchen daher, anhand der einsiedlischen Berechnung ein Bild zu gewinnen, wo sich die Parteien des Gesetzes und wo der Willkür bedienen.

Die Berechnungen folgen nachstehend im Originaltext, anschließend untersuchen wir die einzelnen Punkte.

1. Erste Berechnung des Klosters und Erklärungen¹

Tab. I

Loskauf-Summe des nassen Zehnten in der Gemeinde Meilen

Laut Rödln war in 24 Normal-Jahren folgender Bezug:

A. Jahr	Zuber*	Tragenen*	Gelten*	Köpf*	höchster und geringster Bezug
1774	237	3	2	3	
1775	345	4	3	—	
1776	273	1	2	3	
1777	200	4	2	—	geringster
1778	246	—	3	2	
1779	291	3	2	1	
1780	319	4	2	1	
1781	415	4	3	2	höchster
1782	363	—	2	—	
1783	389	2	1	1	
1784	289	4	2	—	
1785	325	2	2	—	
1786	280	1	1	—	
1787	270	1	2	—	
1788	457	4	2	2	höchster
1789	74	4	2	2	geringster
1790	281	2	1	2	
1791	411	3	1	3	
1792	238	4	1	—	
1793	298	4	1	—	
1794	293	3	—	—	

¹ Die Ueberprüfung der Zahlenwerte erübrigt sich für unsere Arbeit.

* Hohlmaße mit denen die Trauben ungekeltert gemessen wurden. Der Wein wurde in Eimern gemessen. vgl. Idiotikon I Sp. 221, II Sp. 282, III Sp. 411.
4 Köpf = 1 Gelte; 4 Gelten = 1 Tragenen; 5 Tragenen = 1 Zuber

1795	318	4	2	1
1796	311	1	2	2
1797	357	1	1	—

Ist der Bezug in 20 Jahren 6145 Zuber, 1 Tragenen, 1 Gelten, 3 Köpf.

- A'. Macht 1 Zuber à 5 Tragenen p. $2\frac{1}{2}$ Eimer 15363 $\frac{1}{5}$ Eimer
 B. Dazu laut Reversen der rechtliche Bezug von den während Normal-Jahren aus Güte des Gottshauses zehndfreien Reben, p. Juchart 2 Eimer gerechnet, nach Abzug von 4 Jahren 335 Eimer
 Summe des approximativen Ertrages 15698 $\frac{1}{5}$ Eimer
 C. Diese Summe mit 20 dividiert trifft auf ein Mitteljahr circa 784 $\frac{9}{10}$ E.
 D. Die 784 $\frac{9}{10}$ mit 6 fl. multipliziert macht 4709 fl. 18 s. 7 h.
 E. Dies mit 25 multipliziert giebt 117736 fl. 25 s. 7 h.
 F. Die Perceptionskosten 1 fl. 4 s. p. Saum oder 575 fl. 24 s.
 von 533 $\frac{1}{4}$ Säumen abgezogen, beträgt die bleibende Loskaufs-Summe: 117161 fl. 1 s. 7 h.

Tab. II

Loskaufs-Summe des nassen Zehndens in Uetikon

Laut Rödln war in den 24 Normal-Jahren folgender Bezug:

A.	Jahr	Zuber*	Tragenen*	Gelten*	Köpf*	höchster und geringster Bezug
	1774	52	—	3	—	geringster
	1775	103	2	2	2	
	1776	79	2	1	2	
	1777	63	1	—	1	
	1778	76	—	1	1	
	1779	100	4	3	$\frac{1}{2}$	
	1780	113	—	2	2	
	1781	155	1	—	1	
	1782	156	—	2	2	
	1783	174	2	1	—	
	1784	64	4	2	—	
	1785	105	3	3	—	
	1786	121	1	3	—	
	1787	111	4	1	—	
	1788	176	3	—	—	höchster

1789	31	—	—	—	geringster
1790	123	4	2	—	
1791	164	1	2	2	
1792	100	1	1	1	
1793	110	—	2	—	
1794	114	3	1	—	
1795	144	—	—	2	
1796	138	3	1	3	
1797	223	4	3	3	höchster

Ist der Bezug in 20 Jahren 2321 Zuber, 4 Tragenen, 2 Gelten, 3½ Kopf; Oder circa 5924⅓ Eimer, mit Einschluß von 119½ Eimer

- B. wegen den in den Normal-Jahren zehndfreien Reben.
 C. Die 5924⅓ Eimer mit 20 dividiert, trifft auf 1 Mitteljahr 296⅓ Eimer.
 D. Dies mit 5 fl. 20 s. multipliziert giebt 1529 fl. 8 s.
 E. Die Summe mit 25 multipliziert macht 38229 fl. 38 s. 9 h
 F. Die Perceptionskosten von 197¹²/₂₅
 Saum, oder 217 fl. 9 s.
 davon abgezogen — bleibt die Los-
 kaufs-Summe 38012 fl. 29 s. 9 h.

Tab. III

Loskaufs-Summe des trockenen Zehndens in Meilen

In den 24 Normal-Jahren wurde der Zehnden um folgende Stücke verlehnt:

A.	Jahr	Stuk	höchster und geringster Bezug	Jahr	Stuk	höchster und geringster Bezug
	1774	84		1786	87	
	1775	89	höchster	1787	90	höchster
	1776	86		1788	87	
	1777	84		1789	77	
	1778	70	geringster	1790	84	
	1779	86		1791	86	
	1780	78		1792	78	
	1781	77		1793	78	
	1782	82		1794	76	
	1783	83		1795	72	
	1784	77		1796	77	
	1785	68	geringster	1797	75	

Macht nach Abzug der vier gesetzlichen Jahre in 20 Jahren Summe 1614 Mütt Kernen;

C.	Diese Summe mit 20 dividiert, trifft auf 1 Mitteljahr $80\frac{7}{10}$ Mütt.	
D.	Laut Gesetz, 1 Mütt à 125 fl. berechnet, wirft ab	10087 fl. 20 s.
G.	Dazu Gulli Geld, 1 Bz. p. 1. Stük	151 fl. — s. 4 h
H.	Noch dazu wegen Unkosten, so die Gemeinds-Vorsteher mit und wegen dem Zehnten zu tragen hatten, und wegen denen sie weniger Stücke bothen, so auf 15 Mütt Kernen und circa 50 fl. an Geld sich beliefen	
	approximativ	2000 fl.
	Summe des Loskaufes:	12238 fl. 20 s. 4 h.

Tab. IV

Loskaufs-Summe des trockenen Zehndes in Uetikon

In den 24 Normal-Jahren wurde der Zehnden um folgende Stücke verleht.

A.	Jahr	Stuk	höchster und geringster Bezug	Jahr	Stuk	höchster und geringster Bezug
	1774	27		1786	28	
	1775	31	höchster	1787	30	
	1776	30	höchster	1788	$28\frac{1}{2}$	
	1777	28		1789	23	
	1778	21		1790	27	
	1779	28		1791	28	
	1780	24		1792	$25\frac{1}{2}$	
	1781	24		1793	23	
	1782	25		1794	21	
	1783	27		1795	20	geringster
	1784	$22\frac{1}{2}$		1796	21	
	1785	19	geringster	1797	20	
	Macht in 20 Jahren $501\frac{1}{2}$ Mütt Kernen.					

C.	Diese Summe mit 20 dividiert, trifft auf 1 Mitteljahr $25\frac{3}{10}$ Mütt.	
D.	Der Mütt à 125 fl. ist	3134 fl. 15 s.
G.	Dazu das Gulli Geld	49 fl. 15 s.
H.	Item wegen den mit dem Zehnden verbundenen Unkosten, approximativ	500 fl.
	Loskaufs-Summe	3683 fl. 30 s.
	Total Summe des Loskaufs	171095 fl. 22 s. 11 h.
	(Tab. I, II, III, IV)	

Damit behaltet sich das Gottshaus vor

- X. 1. Die Erklärung der Annahme oder Nicht-Annahme der diesjährigen zu späten Aufkündigung, nach Beschaffenheit der von den Zehndpflichtigen Gemeinden über diese Berechnung einkommenden Antwort;
- Y. 2. Die Ausgleichung wegen zu geringer Zehndung; wobei das Gottshaus sich zur Beweisleistung anträgt, daß ihm in Rücksicht des nassen Zehndens in beiden zehndpflichtigen Gemeinden jährlich ein großes Quantum zu wenig gezehndet wurde; wobei es aber wünscht, sich deßhalb vorderst gütlich abfindig machen zu können."

Erklärungen:

- Zu A: Um den wirklichen Ertrag des Zehntens so genau wie möglich zu erhalten, schrieb das Gesetz den Durchschnitt von 24 Jahren vor. Diese Jahre nannte man die Normaljahre, sie erstreckten sich von 1774—1797, also über die Zeit geregelter Verhältnisse vor dem Einfall der Franzosen. Von diesen 24 Jahren fielen die vier extremsten, nämlich die zwei niedrigsten und die beiden höchsten, der Genauigkeit halber aus.²
- Zu A': 1 Zuber Trauben ergab nach damaligem Maß gekeltert 2 $\frac{1}{2}$ Eimer Wein.
- Zu B: Bei den Zehntverleihungen wurde das Kloster oftmals gebeten, möglichst gnädig zu verfahren. Es hatte demzufolge zuweilen lediglich aus Güte auch während der Normaljahre am Zehnten gewisse Abzüge gewährt. Für die Auskaufsberechnung dagegen glaubte das Stift, diese freiwillige Reduktion aufrechnen zu können.³
- Zu C: Die erhaltene Summe in 20 dividiert ergab den Ertrag eines Mitteljahres.
- Zu D: Dieser Mittelwert wurde mit dem durchschnittlichen Marktpreis -- je nach Qualität -- multipliziert. In unserm Falle der Eimer in Meilen à 6 fl., in Uetikon à 5 fl. 20 s. bzw. 1 Mütt in beiden Gemeinden à 125 fl.⁴
Soweit hätten wir einstweilen den Durchschnittsertrag eines Jahres.
- Zu E: Der Jahresdurchschnitt mit 25 multipliziert ergab die vorläufige Abfindungs- oder Loskaufsumme.⁵

² OGS Bd. 1, S. 265/269.

³ StAE P. H 36 (IIa); ebd. P. H 41 (X).

⁴ OGS Bd. 1, S. 266 ff.

⁵ Der Kapitalisierungsfaktor ist nach Kantonen verschieden. Gewöhnlich wurde mit 15—20 kapitilisiert. Zürich stand mit 25 am höchsten

Zu F: Von dieser vorläufigen Summe wurden die Perceptions- oder Administrationskosten subtrahiert. Darunter sind zu verstehen: Versteigerungskosten, Speicher- und Kellerkosten, Transport-, Besoldungs- und Bureauauslagen, die Kosten für die Anschaffung der nötigen Geräte, Zinse u. a. m. Ferner der Verlust beim Transport, der besonders beim Korn eine nicht geringe Rolle spielte.⁶ Für den trockenen Zehnten wurden die Perceptionskosten bereits im Marktmittelwert, also in der Summe von 125 fl. prozentual berücksichtigt.

Zu G: Wenn im Zehnten Hühner⁷ inbegriffen waren, wurden die Entschädigungen gewöhnlich in Geld entrichtet.

Zu H: Es handelte sich bei diesen 2'500 fl. um Abzüge, die die Gemeindevorsteher vom einsiedlichen Zehnten machten. Die Abgaben erfolgten an Ammann, Pfarrer, Kanzlei, Untervogt, an die vier Wachten und an den Schulmeister.⁸ Die Gemeinden hatten jedoch kein Recht, diese Zahlungen vom Zehnten zu machen, denn das Kloster hatte dafür nie Erlaubnis erteilt. Einzig verpflichtete es sich im Jahre 1764 jährlich an das Pfrundeinkommen von Uetikon 2 Eimer Wein und 1 Mütt Kernen zu leisten.⁹ Damit sind aber die andern Abzüge keineswegs begründet. Die Erläuterung der Punkte X und Y erfolgt im Textzusammenhang.

2. Stellungnahme der Gemeinden

Die Reaktion der Gemeinden ließ nicht lange auf sich warten, bereits am 3. Oktober, 14 Tage nach Empfang der Auskaufsberechnung, berichteten die Vorsteher der Zehntloskaufskommission¹ an Abt Konrad Tanner, „müssen Ihnen aber zugleich bemerken, daß dieselbe (die Loskaufsberechnung) nach ihrem Inhalt uns sehr befremdend vorkommen mußte: Indeme Sie sich eben so wenig auf bestehende Gesäze, als richtige Berechnung; sondern nach unserem Dafürhalten, zum Theil auf Irrige Begriffe: zuhohe Berchnung – und übrige Forderungen,

⁶ Böppli S. 54.

⁷ Gulli = Haushahn. Grimm IV, I, VI, Spalte 1070.

⁸ StAE P. H 41.

⁹ StAE P. Q 24; vgl. S. 45 und 107.

¹ Zehntenloskaufskommission = Ausschuß der Zehntenpflichtigen, die mit der Durchführung des Loskaufgeschäftes betraut wurden.

auch Anschuldigungen und Bedingungen gründet: nach welchen wir Dieselbe ohnmöglich annähmen und anerkennen können."²

Einmal sei 1 Zuber mit 2 $\frac{1}{2}$ Eimern zu berechnen einerseits wider „Natur und Möglichkeit“, d. h. aus einem Zuber Trauben werde man niemals 2 $\frac{1}{2}$ Eimer Wein pressen können und anderseits wider die eigenen einsiedlischen Zehntrödel und frühern Berechnungen, welche alle den Zuber zu 2 Eimern bestimmten.³

Des weitem wurde die Aufrechnung der während der Normaljahre zehntfreien Reben nicht ohne genaue Spezifikation anerkannt.⁴

In der Berechnung der Perceptionskosten fand man einen eigentlichen Fehler, denn nach Gesetz müßten auch die Unkosten pro Mitteljahr berechnet und kapitalisiert werden.⁵

Die Summe von 2500 fl.⁶ wurde nicht anerkannt, weil das Kloster den Zehnten jedes Jahr laut Verleihung und Vertrag franko, ohne Kosten, in das Schloß Pfäffikon erhalten hatte. Die Kosten für die Einsammlung fielen zu Lasten der Gemeinden.

Endlich waren die Zehntpflichtigen keineswegs einverstanden, daß das Kloster die Annahme des verspäteten Aufkündigungsrechtes neuerdings von der Stellungnahme der Gemeinden gegenüber dieser Berechnung abhängig machen wollte. Die Gemeinden betonten, nach wie vor am Beschluß des kleinen Rates, wonach das Aufkündigungsrecht durch nichts gehindert werden könne, festzuhalten.⁷

Und schließlich nahm die Gemeindekommission entschieden Stellung gegen den Vorwurf, daß Zehnten hinterzogen wurden. Dieser Punkt hätte vom Kloster nicht berührt werden sollen, denn er sei zu wichtig, als daß er mit Stillschweigen übergangen werden könnte. „Sind von Zeyt zu Zeyt fehlbare erfunden worden, so sind Dieselben Gütlich oder Rächtlich zum Schaden-Ersaz angehalten, oder auch bestraft worden.“⁸ Diese Verfehlungen waren somit gesühnt.

Wir können der Meilener Loskaufskommission das Zugeständnis psychologischen Vorgehens nicht versagen, freilich lag es wohl im Charakter des Kommissionspräsidenten begründet, wenn die Entgegnungen einer gewissen Schlaueit nicht entbehrten.

² StAE P. H 29.

³ Tab. I A; S. 94.

⁴ ebd. B; S. 95.

⁵ ebd. F; S. 95.

⁶ Tab. III u. IV H; S. 97.

⁷ Tab. IV X; S. 98.

⁸ ebd. Y; S. 98.

⁹ StAE P. H 29.

Einer kleinen Notiz Kaufmanns können wir entnehmen, daß Präsident Wunderli das Loskaufsgeschäft sehr selbstbewußt führte. Er nannte ihn gar einmal den wunderlichen Wunderli, einen schlauen, verschmitzten Agenten.¹⁰ Die Vorwürfe stellte man nämlich gleichsam als Thesen ad disputandum hin; der Abt möge sie „geneigtester Prüff und weiser Erwägung“ unterziehen.

Beiläufig wurde anscheinend erinnert, daß man dem Worte des Abtes, womit er einem Kommissionsdeputierten erklärte, nichts zu fordern, als was die Gesetze und Rechte bestimmen, volles Vertrauen schenke. Nachhaltiger dagegen wurde eine neue „auf Gesäze, Rächt und Billigkeit“ begründete Zehntrechnung verlangt und nun endlich mit Bestimmtheit betont, wenn man sich nicht einigen könne, so werde die Kommission auf Martini „eine verhältnißmäßige Zähnd-Zahlung“ leisten. Mit dieser Teilzahlung wollte man dem Gesetze genügen, weil es vorschrieb, daß die erste Anzahlung auf Martini des Aufkündigungsjahres zu erfolgen habe.¹¹ Würde diese Zahlung nicht geleistet, so befürchtete die Kommission, hätte das Kloster neuen Anlaß, den Loskauf hinauszuzögern. Die Gemeinde hatte es dann auch nicht unterlassen, am 6. November in Einsiedeln anzufragen, an wen die erste Teilzahlung zu erfolgen habe.¹² Anfänglich war zwar der Abt gar nicht gewillt, das Geld anzunehmen. Als aber am Martinitage selbst Abgeordnete Meilens in dieser Angelegenheit nach Einsiedeln gingen, konnten sie erreichen, daß der Abt Ammann Escher in Zürich zur Entgegennahme der ersten Rate anwies. Dem Ammann wurde der genaue Quittungstext vorgeschrieben, und der Wortlaut war so gehalten, daß dem Kloster durch die Anerkennung der Zahlung kein Nachteil erwachsen konnte.¹³

Bei genauer Prüfung sehen wir, daß eigentlich alle Punkte der klösterlichen Berechnung beanstandet wurden. Damit stellt sich uns die Frage, ob das Kloster eine derartige Verkennung seiner Berechnung erwartete.

Die Beantwortung fällt auch hier nicht schwer. Wir besitzen einen Brief Ammann Brändlis, worin er den Abt, auf Anraten Kaufmanns sogar ermahnte, nicht alles ohne weiteres anzunehmen.¹⁴ Wenn wir auch nicht gerade der Ansicht sind, daß dieser Brief dem Kloster eine Aufmunterung war, so wurde

¹⁰ StAE P. H 37 (I).

¹¹ OGS Bd. 1, S. 267 ff.

¹² StAE P. H 33.

¹³ ebd. P. H 35.

¹⁴ ebd. P. H 26.

er in Einsiedeln doch sicher als Mahnung betrachtet, in der Berechnung Vorsicht walten zu lassen. Zudem wußte man im Stift bestimmt, daß das eigentliche Zehnterträgnis nie abgeliefert wurde. Daher gestaltete man die Berechnung derart übersetzt, daß die Pflichtigen gezwungen waren, mit beweiskräftigen Unterlagen herauszurücken, worauf sich dann eine wahrheitsgetreue Loskaufsumme hätte gründen können.

3. Freundschaftliche Beratung

Wir gehen also kaum fehl, wenn wir glauben, daß im Kloster über die Verkenning keine allzu große Bestürzung herrschte. Doch erachtete man es für nötig den Unterstatthalter zu beauftragen, „bey ein paar vertrauten und gegen dem Gottshause gut gestimmten Regierungs-Gliedern“ vorzusprechen, um deren Ansicht über das Geschäft zu erfahren.¹ Die unvoreingenommene Art, mit der die Befragten² Auskunft gaben, läßt ihre wahre Freundschaft dem Stifte gegenüber erkennen. Wir wollen daher kurz ihre Ansichten kennenlernen. Allgemein schien die Berechnung eines Zubers à 21½ Eimer zwar zu hoch, aber auch die Reduktion der Gemeinden sei zu stark, und man erachtete daher den Mittelweg von 21¼ Eimern als angebracht.

Fast entrüstet beanstandeten diese Herren den Perceptionskostenabzug in der klösterlichen Berechnung, er sei „gänzlich irrig und nicht nach dem Geseze“ gemacht. Auch dieser Perceptionskostenabzug sei eine Durchschnittsberechnung und sei bisher in allen stattgehabten Loskäufen so gehandhabt worden.³ In der Tat ist die Berechnung in diesem Punkte falsch, denn Einsiedeln hatte den Abzug nur vom Werte eines Mitteljahres berechnet (Tab. I; C) statt von der ganzen Summe (Tab. I; B). Wegen der Reben, die während der Normaljahre aus Güte des Gotteshauses zehntfrei gelassen wurden, äußerte man sich, „wer deshalb mit Revers zum Vorschein kommen könne, der habe gut, wer keinen solchen habe, werde sich die Zahlung müssen gefallen lassen.“ Die Unkosten, die die Gemeindevorsteher aus dem einsiedlischen Zehnten bestritten, wofür das Kloster 2500 fl. in Rechnung stellte, werden eher nach Billigkeit als Recht gefordert werden können. Es handelt sich hier nach Ansicht des Rathern Schinz um einen Brauch, aus dem sich die Gemeinde

¹ StAE P. H 31.

² Ratsherren Schinz und Grebel.

³ StAE P. H 31.

ein Recht anmaßte, das klösterlicherseits stillschweigend angenommen wurde.

Zum Schlusse versicherten die beiden Ratsmitglieder dem Unterstatthalter, daß die Gemeinden dringend angewiesen wurden, wenn immer möglich mit dem Gotteshaus alles in Güte zu regeln, denn sonst müßte das Geschäft dem Zivilrichter überwiesen werden.

4. Zweite Berechnung des Klosters und die Beurteilung der Regierung

Die Stellungnahme der beiden Ratsmitglieder hatte, wie wir bereits bemerkten, keinen amtlichen Charakter, sondern sie geschah aus freundschaftlicher Gesinnung. In einem persönlichen Brief riet zwar Grebel dem Abte, er würde wohl am besten tun, die Anstände mit Meilen der Regierung zur Beurteilung vorzulegen.

Einsiedeln hoffte noch immer, obwohl zwar der Versuch die Sache freundschaftlich zu erledigen bereits zweimal gescheitert war, die Gemeinden würden ihre „ungesetzlichen“ Forderungen fallen lassen und einlenken.¹ Da dies aber nicht der Fall war, blieb gezwungenermaßen nurmehr die obrigkeitliche Beurteilung übrig.

Das Kloster überwies der Regierung am 11. März 1813 ein umfangreiches Memorial. Darin wurden die Resultate der Unterredung mit Schinz und Grebel berücksichtigt und ausgewertet. Das Stift bemühte sich diesmal sichtlich, die Anstände klar herauszuarbeiten und zu begründen.

Um die vergleichende Uebersicht zu wahren, lassen wir den wichtigsten Punkten der einsiedlischen Begründung jeweils die Stellungnahme der Regierung folgen.

1. Punkt:

Frage: Kann der Zuber zu $2\frac{1}{4}$ oder nur zu 2 Eimern berechnet werden?

Das Kloster brachte einen mathematischen Beweis. Wenn man nämlich bedenkt, so hieß es im Memorial, daß der Zuber 80 Köpf enthalte, und daß für einen Eimer Wein nicht mehr als 36 Köpf können gefordert werden, so darf man nur 80 mit 36 dividieren, um mathematisch zu finden, daß 1 Zuber $2\frac{1}{4}$ Eimer minus ein Kopf abwerfe. Freilich wäre damit eigentlich genug bewiesen, zumal ja das Recht ganz aus der Natur des

¹ StAE P. H 41.

Gegenstandes abgeleitet sei. Aber dieser unumstößliche Beweis wäre nicht einmal nötig gewesen, denn selbst die Tatsache, daß die Meilener 2 Eimer ansetzen zu können glaubten, obgleich in den Trotten viel „verschenkt, versudelt oder vernachlässigt“ wurde, sei Beleg genug dafür, daß per Zuber mehr als 2 Eimer gerechtfertigt seien. Die neue einsiedlische Berechnung setzte daher pro Mitteljahr 691 Eimer fest.²

Die Finanzkommission stimmte in diesem Punkte dem Memorial zu, gab aber doch als Vergleich die Berechnung einiger Nachbargemeinden Meilens bekannt, die sämtliche mit 2¹/₃ Eimern per Zuber rechneten.

2. Punkt:

Frage: Gibt es neben dem wirklichen Bezug des Zehntens in den Normaljahren nicht auch einen rechtlichen, einen Bezug, den das Gotteshaus das Recht zu fordern hatte?

Diese Frage wird in zwei Teilen erörtert:

- A. Hat das Gotteshaus nicht das Recht die während der Normaljahre zehntfreien Reben beim Loskauf anzurechnen?
- Das Kloster betrachtete es im juristischen Sinne „als ein Ding“, den Zehnten aus Güte erlassen oder ihn wirklich beziehen. Die Regierung dagegen unterschied:
- a. Soweit die Ersatzforderung Reben betrifft, welche in den Normaljahren in Neugrütland eingeschlagen worden sind und von denen der Zehnte niemals, auch nicht im letzten der Normaljahre, gegeben ward, ist eine Berechnung gänzlich unstatthaft, denn das Neugrütgesetz vom 23. Mai 1812 bestimmte:³ Alles erweisliche Neugrüt, das vor 1798 niemals gezehntet hat, wird vom Datum dieses Gesetzes an zehntfrei.
 - b. Wurden die Reben dagegen in Neugrüt eingeschlagen und davon noch in einem einzigen der Normaljahre der Zehnte entrichtet, ist der Dezimator berechtigt, dies in der Loskaufsberechnung zu berücksichtigen. Der durchschnittsmäßige Ertrag soll durch Schätzung ausgemittelt, derjenige Zehnte aber, der entrichtet wurde, davon in Abrechnung gebracht werden.
 - c. Falls aber die Ersatzforderung Reben betrifft, die in den Normaljahren in früher zehntbares Land⁴ gepflanzt wurden, können auch diese Reben beim Auskauf berechnet werden.

² im Gegensatz zu Tab. I; C

³ OGS Bd. 5, S. 237 ff.

⁴ ebd. Sog. Neuaufbruch, Land das früher einmal urbar war und Zehnten abwarf, dann aber einige Zeit brach lag, um schließlich wieder bebaut zu werden.

Das Stift wurde beauftragt genaue Verzeichnisse über das Quantum, die Eigentümer und die Jahre, in welchen der Zehnte bezogen wurde, vorzulegen. Wir sehen bei dieser Erörterung der Regierung deutlich, daß der springende Punkt der klösterlichen Begründung „zehntfrei aus Güte“ gar nicht ins Gewicht fällt. Man bemühte sich förmlich, einfach die Gesetzesartikel bekanntzugeben.

B. Darf das Gotteshaus die seit den Normaljahren in Aeckern und Wiesen angeschlagenen Reben bei der Berechnung einschließen?

P. Sebastian Imfeld, der Verfasser des Memorials, führte das Neugrütgesetz zur Erhärtung seiner Forderung an, denn das Gesetz befreie nur jene Reben vom Loskaufe, die an öden Hügeln, wo vorher nichts wuchs, gepflanzt wurden. Das Argument der Regierung schien aber durchaus schlüssig, denn die Güter müssen alle nach dem Stande von 1798 losgekauft werden. Müßten nun aber die neueingeschlagenen Reben noch besonders entschädigt werden, so würde ja von solchem Land die Zehntentschädigung doppelt geliefert werden, einmal nämlich als Wies- und Ackerland in der Berechnung des trockenen, das andere Mal im Loskauf des nassen Zehntens als Rebland.

3. Punkt:

Frage: Muß nicht für das, was in den Normaljahren weniger gezehntet wurde, als der zehnte Teil wirklich ausmachte, Ersatz geleistet werden?

Mit einem beglaubigten Katasterplan vom Jahre 1806 glaubte das Kloster ohne weiteres beweisen zu können, daß die Gemeinden seit langer Zeit zu wenig gezehntet hatten, indem das ausgemessene Rebland mit einem ganz bescheidenen Ertragsmittelwert multipliziert wurde. Das so erhaltene Resultat wies einen derart großen Unterschied zu dem mittels Ablieferungsprotokollen errechneten Quantum auf, daß der Memorialverfasser mit Recht den Seufzer tun konnte, man möge doch das Land und den Zehnten vergleichen, so würde man nur staunen müssen, wie soviel Land sowenig Zehnten ertrage.⁵ Freilich wußte man auch in Einsiedeln, daß das Gesetz vom 23. Dezember 1803⁶ den jährlichen Ertrag der Normaljahre zum Fundament der Berechnung nahm. Aber, so betonte man, das Gesetz müsse hier wirklich wörtlich aufgefaßt werden und dann stelle sich

⁵ StAE P. H 41 (X).

⁶ OGS Bd. 1, S. 272.

von selbst heraus, daß Ertrag und Bezug nicht identisch seien. Das Gesetz könne also nur dort angewandt werden, wo während der Normaljahre richtig gezehntet wurde. Ausdrücklich wurde noch beigelegt, es sei hier nicht die Rede, das zurückzufordern, was im Laufe der Zeit hinterzogen wurde, sondern es gehe lediglich darum, wieviel das Kapital, das ausgelöst werden sollte, wert sei. Ein passender Vergleich, der Vielfalt des Lebens abgesehen, erhellt den Sachverhalt aufs trefflichste: „Ein Creditor mag gegen den Debitor in Ansehung der Zinse noch so nachsichtig gewesen seyn: wenn dieser aufkündet, so verlangt jener den wahren Werth des Kapitals.“ Schließlich erachtete es das Kloster als durchaus verfehlt, wenn man die Sache allein vom Standpunkte des Staates aus betrachte, denn wo geschworene Trotzmeister den Zehnten zumaßen, wo man „via facti“ den Betrug und Hinterzug sogleich feststellen konnte, war die Benachteiligung seltener, und der Zehntherr kam eher zu seinem Rechte. Hingegen „wo jeder stellen könnte wo, wann und was ihm beynahe beliebte“, sollte mit einem andern Maßstabe gemessen werden.

Die Regierung lehnte die Unterscheidung des Klosters zwischen Bezug und Ertrag ab. Es könne hier niemals in Frage kommen, was der Zehnte hätte ertragen können, sondern einzig, was er dem Dezimator in den Normaljahren durchschnittlich abwarf. Dieser Ertrag allein soll nach gesetzlicher Vorschrift in Kapital verwandelt werden. Würde nämlich die Berechnung nach dem was der Zehnte hätte ertragen können, geschehen, so erhielte das Kloster mehr als in den Stichjahren. Dies aber wäre gesetzeswidrig.

4. Punkt:

Frage: Ist das Gotteshaus nicht berechtigt von den Gemeinden Entschädigungen zu fordern wegen der „Beschwerden“, welche die Gemeinden auf sich hatten, nämlich eigene Zehntstellen zu errichten, Steg und Weg dazu zu geben, eigenes Zehntgeschirr anzuschaffen u. dergl. m., wofür das Kloster seinerzeit den Zehntbezirk des kleinen Zehntens und auch eines Theils des großen entband?

Dafür wollte das Kloster eine nicht unbedeutende Entschädigung fordern, weil gemäß Spruchbrief des Jahres 1558 die Gemeinde diese Verpflichtungen auf sich genommen hatte, während das Stift, solange Meilen dieser Vereinbarung Genüge leistete, dafür den kleinen Zehnten erließ.⁷ Da nun die Gemeinden in-

⁷ vgl. S. 17 ff.

folge des Loskaufs ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen müßten, wäre es gerechtfertigt, daß dem Kloster für den als Gegenleistung gebotenen kleinen Zehnten eine Entschädigung entrichtet würde.

Auch in diesem Punkte konnte der Rat dem Stifte nicht zustimmen, indem er daran fest hielt, daß der Dezimator bei der Loskaufsberechnung nichts anderes berücksichtigen dürfe, als was ihm in den Normaljahren zufiel. Selbst wenn die Gefälle des kleinen Zehntens entrichtet worden wären, so hätte ja weit- aus der größte Teil nicht in die Berechnung fallen können, weil der kleine Zehnte nach Gesetz unentgeltlich aufgehoben wurde.⁸

5. Punkt:

a. Frage: Ist der Dezimator nicht berechtigt, Ersatz zu fordern für die 15 Mütt Kernen, welche die Gemeinden alljährlich von sich aus gaben, nämlich dem Ammann des Gotteshauses, dem Pfarrer, dem Schulmeister, den vier Wachten, dem Untervogt und der Kanzlei?⁹

Einmal stand für das Kloster fest, daß die Gemeindevorsteher jeweils beim Angebot des Zehntens diese 15 Mütt⁹ bereits in Abrechnung brachten, so daß also der Zehnte in Wirklichkeit 15 Mütt mehr abwarf. Die ganze Sache wegen dieser 15 Mütt schien überhaupt etwas zweifelhaft, denn das Gotteshaus wüßte noch jetzt nichts davon, wenn es nicht zufällig Gemeinderechnungen zu Gesicht bekommen hätte. Einsiedeln würde sich sicher längstens dagegen gewehrt haben, weil dieser Abzug das Kloster in keiner Weise berührte. Außenstehende würden hier ohne weiteres dem Stifte recht geben, die Entscheidungsinstanz entgegnete aber in aller Kürze, freilich vollauf gesetzlich: Nachdem jeweils das Angebot der Gemeindevorsteher vom Statthalter in Pfäffikon anerkannt war, mußte die Gemeinde nur dieser vereinbarten Verpflichtung nachkommen.¹⁰ Auch wenn das Kloster erweisen könnte, daß jene 15 Mütt alljährlich aus dem Treffnis Meilens hätten entrichtet werden müssen, so wäre es dennoch nicht berechtigt gewesen, dafür Ersatz zu fordern, weil ein Dezimator beim Loskaufe nicht mehr erhalten sollte, als was er in den Normaljahren bezogen hatte.

⁸ Gesetz vom 10. Nov. 1798; Böppli S. 97; vgl. S. 18.

⁹ Ammann des Gotteshauses 1 Mütt, Pfarrer 1 Mütt, Kanzlei 1 Mütt, Untervogt 1 Mütt, 4 Wachten je 1 Mütt, Schulmeister 7 Mütt.

¹⁰ vgl. S. 28 f.

b. Frage: Darf für die Perceptionskosten, die zu Lasten der Gemeinde gingen, kein Ersatz verlangt werden? (Trockener Zehnte)

Die Einsammlung des Zehntens ging zu Lasten der Gemeinden, d. h. der Zehnte mußte „franco“ nach Pfäffikon geliefert werden. Der Dezimator wurde demnach mit den Unkosten nicht belastet, damit war aber nachgewiesen, daß der Zehnte in Wirklichkeit mehr abwarf. Einsiedeln wehrte sich energisch für sein Recht. Wenn diese Bezugskosten nicht aufgerechnet werden könnten, wäre das Stift nicht nur geschädigt, weil ihm nicht der wahre Bezug zur Berechnung gewährt, sondern zudem die Perceptionskosten zweimal belastet würden. Schließlich berücksichtigte man die Perceptionskosten bereits in der Festsetzung des Mittelwertes eines Mütts (125 fl.)¹¹

Auch diese Entschädigungsforderung wurde zurückgewiesen. Selbst wenn man annähme, daß dem Kloster bei allfälligem Selbstbezug des Zehnten ein größeres Quantum Früchte zugefallen wäre, als auf dem Wege der Verleihung, so hätten die dadurch entstandenen Perceptionskosten die Mehreinnahme wieder aufgehoben. Das Kloster soll einfach das erhalten, was ihm nach zürcherischen Loskaufgesetzen zukommt.

6. Punkt:

Frage: Sind die Gemeinden berechtigt vom Zehnten etwas anderes in Abrechnung zu bringen, als wofür sie förmliche Rechtstitel aufzuweisen haben?

Anstatt den übrigen Punkten der einsiedlischen Berechnung Genüge zu leisten, so argumentierte P. Sebastian Imfeld, glaubten die Gemeinden von der bereits niedrigen Summe noch Beträchtliches abziehen zu können, nämlich eine Spende für die Armen, einen Abzug nach alter Uebung, und für das Zehnmahl, eine Zuwendung an die Kirche und an die Schule.¹² Einsiedeln war aber keinesfalls gewillt, etwas zu vergüten, wofür die Gemeinden keine rechtsgültigen Urkunden aufzuweisen hatten.

Der kleine Rat pflichtete in dieser Frage dem Zehntherr bei. Das Kloster müsse sich wirklich keine Abzüge gefallen lassen, für die es keine Rechtstitel ausgehändigt habe.

Nachdem wir nun die Hauptpunkte, von zwei Seiten beleuchtet, kennenlernten, wollen wir die Stellungnahme der Regierung kurz zusammenfassen.

¹¹ vgl. Tab. III u. IV D; S. 97.

¹² vgl. S. 114.

Als völlig unbegründet und gesetzwidrig galten in der einsiedlichen Berechnung:

- a. Die Berechnung des Zehntens nach dem Quantum, das er hätte ertragen können, statt nach dem Ertrag der Normaljahre.
- b. Die Ersatzforderung für die seit den Normaljahren in Aekern oder Wiesen eingepflanzten Reben.
- c. Die Entschädigung für die Perceptionskosten und für die Lasten wegen Unterhalt von Zehntstellen, Anschaffung von Zehntgeschirr etc., welche die Gemeinde getragen hatten.

Als mehr oder weniger begründet dagegen:

- a. Die Berechnung des Zubers à 2 $\frac{1}{4}$ Eimer anstatt à 2 Eimer.
- b. Das beschränkte Recht der Aufrechnung der während der Normaljahre zehntfreien Reben.
- c. Die Abzugsberechtigung jener Abgaben für die die Gemeinden bestimmte Rechtstitel besitzen.

Wenn wir abschließend die Stellungnahme der Regierung würdigen wollen, so muß wohl als augenfälligstes Merkmal die starre Gesetzlichkeit hervorgehoben werden. Sie ist aber verständlich, weil in dieser gespannten Situation nur eigentliche Paragraphenreiterei zum Ziele führen konnte. Freilich schien die Regierung doch der festen Ueberzeugung zu sein, daß mit dieser auf die Gesetze gegründeten Beurteilung ein Ausgleich erreicht werde, wenn beide Parteien geneigt wären, Einschränkungen zu machen. Die auf Grund dieser Hinweise errechnete Gesamtloskaufsumme des Klosters belief sich noch auf 140 000 fl., während die Gemeinden 125 000 fl. boten.¹³ Wir werden uns zur gegebenen Zeit wieder mit diesem Problem beschäftigen.¹⁴ Zunächst aber wenden wir uns einer bisher in den Gemeinden verborgenen Bewegung zu, nämlich der Opposition gegen den Loskauf.

C. Die Opposition

Wenn der einsiedliche Ammann die Leute, die für den Loskauf waren, „habsüchtige und eigennuzige Köpfe, karge Neider“ nannte, so ist der Schluß wohl naheliegend, daß die Aeüßerung kaum nur aus Pflichtgefühl dem Stifte gegenüber geschah, sondern sie läßt sich auch rein menschlich erklären, denn wer immer seines Amtes verlustig geht, hegt den Urhebern der Entsetzung heimlich Groll. Die Loslösung traf eben den Lebensnerv, das Einkommen des Ammanns, weil seine Funktion

¹³ StAE P. H 46 (I); vgl. S. 97 H (171095).

¹⁴ vgl. S. 113 ff.

dahinfiel, doch wurden ihm wahrscheinlich als klösterlichem Beamten die Güter als zehntfrei anerkannt, so daß er keine Entschädigung entrichten mußte.¹

Wir haben ja bereits früher gesehen, daß die weniger bemittelten Leute mit dem Loskauf nicht einverstanden waren. Der Wortführer dieser Bedrängten, Altgemeinderat Wunderli, versuchte dann auch, durch die hohe Notwendigkeit bewogen, im Namen einer großen Anzahl rechtschaffener, ehrlich und redlich Gesinnter, mit dem Abt Verhandlungen aufzunehmen. Der gnädige Herr in Einsiedeln erhielt in den letzten Tagen des Juli 1813 ein eigentliches Bittschreiben, worin die schwere Lage geschildert wird.² In den wichtigsten Punkten wollen wir den Gedanken Wunderlis folgen.

Für die Bauern, die selbst in gesegneten Jahren nur mit Mühe ihre Familien durchzubringen vermochten, bedeutete es eine unerträgliche Belastung, alljährlich noch an den Loskauf einen beträchtlichen Teil beizusteuern. Die Befürworter des Loskaufes hatten stets alle möglichen Versprechen gemacht, um ja die Beschwerden, die mit dem Loskaufe verbunden waren, zu verdecken. Hauptsächlich wurde den Kleinbauern das Argument der finanziellen Mehrbelastung entkräftet, indem sich kapitalstarke Leute anerbieten, die nötigen Mittel vorzustrecken. Dafür sollte einfach während 10—12 Jahren der Zehnte weiterhin in natura geleistet werden, nur eben einem andern Zehntherr, dem Geldleiher.

Zudem behauptete die Vorsteherschaft, das Kloster gedenke den Meilener Zehnten der Regierung von Zürich abzutreten. Damit wurde den Zehntnern Angst eingejagt, denn man fürchtete wohl mit Recht, daß die Zürcher kein derartiges Feilschen gestattet hätten, wie dies mit Einsiedeln möglich war. Durch diese haltlosen Vorstellungen wurden „die armen Redlichen Haußväter“ bewogen, den Zehnten vom Kloster auskaufen zu lassen. Aber weder die Geldleiher haben ihre Versprechen gehalten, noch hätte die Vorsteherschaft jemals beweisen können, der Abt sei willens gewesen, den Zehnten an die Regierung abzutreten, denn alle diese Vorspiegelungen dienten lediglich dazu, in der Gemeindeversammlung die gesetzliche Mehrheit zu erlangen. Ja die Bevollmächtigten der Gemeinden erlaubten sich gar, auf Martini 1812 dem Kloster eine erste Teilzahlung zu leisten. Ohne jedoch ihres Versprechens eingedenk zu sein,

¹ Die sichere Bestätigung der zehntfreien Ueberlassung der Güter ist urkundlich nicht nachgewiesen.

² StAE P. H 47₁.

hatten sie säumige Zahler — „seye einer Reich oder arm gewesen“ — mit Pfand belegt. Dadurch wurde mancher „ehrlicher Mann“ aufs Spiel gesetzt, weil man sich bereits bei der ersten Zahlung nicht mehr zu helfen wußte. Aus all diesen Vorfällen — so schloß Wunderli — ersehe man, daß die arme Klasse dem Untergang und äußerster Armut anheimgestellt war, und es soll damit aufgezeigt sein, wie sehr die Armen von den Vorgesetzten hintergangen und irregeführt wurden.

Das ganze Streben dieser Leute ging nun dahin, den Loskauf rückgängig machen zu können, um weiterhin dem Kloster pflichtig zu bleiben. Wunderli machte auch bereits konkrete Vorschläge, wie in einer zu wiederholenden Gemeindeversammlung die Mehrheit sich gegen den Loskauf ausspräche. Das Kloster müßte nur statt des Zehntens den 15ten Teil fordern, und es wäre eine Leichtigkeit, den Loskauf wieder rückgängig zu machen. Selbst das auf Martini erpreßte Geld könnte jedem rückerstatt werden, und **damit** würde manchem „Familienvater“ leichter zumute. Falls das Stift sich zu diesem „Gnadengeschenk“ entschlösse, würde selbstverständlich festgelegt, daß bei einem eventuell spätern Loskauf, die Entschädigung nach dem rechtlichen und nicht nach dem tatsächlichen Bezug errechnet werden könnte. Weil der Weinzehnten wahrscheinlich der ertragreichste war, anerbieten sich die Pflichtigen sogar, den Weinbau zu fördern, um dem Kloster, wenn es inskünftig nurmehr den 15ten Teil verlangen würde, durch rationellern Anbau einen Ausgleich zu schaffen.

Auch Altgemeinderat Wunderli schien durchaus der rechte Mann am rechten Platz zu sein, bemühte er sich doch sichtlich, seinen Auftrag nach bester Möglichkeit auszuführen. Es ist geradezu rührend, wie der Vertreter der Armen, der Leute, die in Geldsachen eigentlich Laien sind, dem Abte zuredete, daß der Bezug des 15ten, ja selbst des 20sten Teils besser sei als loskaufen zu lassen, denn schließlich sei das einsiedlische Zehntenoriginal ein ewig gültiges Instrument, während die Loskaufsumme niemals mehr in solch gut gesicherten Unterpfändern angelegt werden könne.

Wunderli reiste sogar ins Kloster Fahr, um dort P. Imfeld zu treffen und ihn zu bewegen, mit dem Abschluß des Geschäftes möglichst zu zögern.³ Unterstatthalter Kaufmann dagegen beantragte dem Stift, auf einen raschen Abschluß zu drängen, zumal ja Zürich die Vermittlung durch die Finanzkommission angeboten

³ StAE P. H 47₃.

hatte. Im übrigen schien ihm der Zeitpunkt für das Kloster sehr günstig, weil auch die Gemeinden auf rasche Regelung drängten, und deshalb wahrscheinlich wenig Widerstand zu erwarten sei. Selbst Landammann Reinhard und Seckelmeister Escher erachteten eine neue Gemeindeversammlung wegen der bösen Stimmung für gefährlich.

Anderer Ansicht war Ratsherr Schinz, wenn nämlich eine bedeutende Anzahl bei der Regierung klagend einkäme, und das Benehmen der Gemeindeliquidationskommission gegenüber der armen Bevölkerung schildern würde, so wäre sicher Grund genug für eine nochmalige Gemeindeversammlung vorhanden.⁴ In Zürich hatten auch bereits zwei Gegner des Loskaufs gewagt, sich das Recht zu nehmen, inskünftig mit dem fürstlichen Stifte eigenmächtig zu unterhandeln. Nachdem man endlich überzeugt war, daß ein großer Teil die Absicht hegte, sich vom Loskaufsgedanken zu lösen, versäumte man nicht, der Regierung mittels Protestation mitzuteilen, man gedenke das Loskaufsgeschäft rückgängig zu machen.⁵ Gespannt erwartete man die Stellungnahme des Rates. Die Opposition war aber nicht wenig enttäuscht, als der Rat in der Sitzung vom 23. September 1813 nicht auf das Schreiben einging, sondern im Gegenteil den Unterstatthalter beauftragte, zu sorgen, daß allem weiteren Umtrieb der Renitenten in den Gemeinden ein Ende gemacht werde, weil der Zehnte in Meilen und Uetikon seinerzeit rechtmäßig gekündigt wurde. Damit war alle Hoffnung für die Armen dahin.

Wenn wir auch die Versprechen der Zehntliquidationskommission als Wahlpropaganda betrachten müssen, dürfen wir dieses Vorgehen niemals billigen. Wir können uns eher wie Unterstatthalter Kaufmann des Grolls nicht erwehren, weil „die minderwertigen Handlungen von einer solchen Claß eigennütziger Menschen gegen die minder vermögenden“⁶ eher in der Gerechtigkeit als in der Schlaueit verankert sind. Wir versagen den hart betroffenen Zehntnern unser Mitleid nicht, müssen aber doch Recht vor Gefühl walten lassen. Die meisten der Opponenten hatten damals in der Gemeindeversammlung, wohl in der Vorfreude der längst unverstandenen Abgaben enthoben zu sein, den Versprechen allzu leicht geglaubt und hielten schriftliche Bestätigung für überflüssig. Die Regierung ihrerseits durfte selbstverständlich nicht auf leere Aussagen abstellen, sondern sie war an die Rechtslage gebunden. Ungesetzlich am Vorgehen der

⁴ StAE P. H 50₁.

⁵ ebd. P. H 50₂.

⁶ ebd. P. H 47₂.

Liquitationskommission war der Gedanke des Geldleihens, doch wurde er nicht verwirklicht und bedeutete demnach keinen Verstoß.

D. Vergleich und Zahlungsmodus

Auf Grund der Berechnungsbedingungen der Regierung standen sich nun die beiden Angebote, nämlich klösterlicherseits 140 000 fl. und von seiten der Gemeinden 125 000 fl. gegenüber.^{1*} Die Differenz betrug somit 15 000 fl. und rührte daher, weil die Parteien unterschiedliche Ansätze für den Eimer nahmen. Diese verschiedenen Eimeransätze befremden uns zwar keineswegs, denn die obrigkeitliche Vorschrift war gerade so, daß sowohl die Gemeinden als auch Einsiedeln im Recht zu sein glaubten. Es hieß doch, die Berechnung des Zubers zu $2\frac{1}{4}$ statt zu 2 Eimern sei mehr oder weniger begründet. Die einsiedlische Berechnung wurde vom Präsidenten der Finanzkommission beanstandet, weil bereits darauf hingewiesen sei, daß die übrigen Gemeinden durchwegs $2\frac{1}{8}$ Eimer angesetzt hatten.

Nachdem sich Einsiedeln bei verschiedenen kompetenten Persönlichkeiten über das pendente Geschäft unterrichtet hatte, kamen die Klosterobern zur Einsicht, bevor ein richterlicher Spruch gefällt werden müsse, die Sache doch vertrauensvoll der Finanzkommission zu überlassen.¹ Der Abt beauftragte in seinem und des Kapitels Namen die Finanzkommission, einen Vergleich zu schließen, indem das Kloster sich endgültig auf 135 000 fl. festlegte.² Die umsichtige Inangriffnahme des ziemlich verworrenen Problems durch die Kommission wies auf langjährige Erfahrung hin.

Sie unterhandelte in der Folge mit den Gemeinden, ohne die endgültige Summe des Klosters zu nennen, im Gegenteil, die Kommission vertrat die Interessen des Klosters aufs trefflichste und operierte stets noch mit 140 000 fl. Dadurch brachten es die Zürcher so weit, daß die Bevollmächtigten der Gemeinden sich zu nachfolgendem, letztem, unveränderlichem Angebot erklärten.

Sie verpflichten sich, dem löbl. Gotteshause Einsiedeln als Loskaufskapital für die Zehnten von Meilen und Uetikon netto die Summe von 133 000 fl. zu bezahlen und die vom Gotteshaus jährlich an die Gemeinden entrichteten Abgaben ohne Ersatz auf sich zu nehmen, nämlich:³

^{1*} vgl. S. 109.

¹ StAE P. H 475.

² ebd. P. H 481.

³ ebd. P. H 49; vgl. S. 36.

Meilen:

a. an die Armen	7 Mütt Kernen
b. der Kirche	7 Eimer Wein
c. der Schule	3 Eimer 28 Köpf Wein
d. nach alter Uebung	1 Mütt 2 Viertel Kernen
e. für das Zehntmal	2 Mütt 1 Vierling Kernen

Uetikon:

a. an die Armen	$\frac{1}{2}$ Mütt Kernen
b. der Gemeinde	28 Köpf Wein
c. den Zehntbestehern	$\frac{1}{2}$ Mütt Kernen

Dieses Angebot sollte jedoch im Falle es vom Stifte nicht angenommen würde, den Rechten der Gemeinden nicht nachteilig sein.

Nach diesen Verhandlungen standen somit noch 2000 fl. in Frage. Die Finanzkommission machte hiezu den Vorschlag beide Parteien sollten ihr die endgültige Festsetzung der Summe innerhalb der beiden Angebote überlassen. Dieses Entgegenkommen darf füglich als Ausdruck aufrichtiger Freundschaft betrachtet werden, denn die Kommission bemühte sich wirklich, die Parteien vor unliebsamer Prozeßführung zu verschonen.

Ein Entscheid der Kommission erübrigte sich aber, weil Meilen von sich aus 134 200 fl. bot. Mit dieser Summe war nun auch der Abt in Einsiedeln einverstanden. Durch die Bestätigung des Klosters am 28. Oktober 1813 war der Vergleich besiegelt, und das langwierige Loskaufsgeschäft wurde damit seines polemischen Charakters entbunden. Nach all diesen un erfreulichen Anständen traf wohl die Finanzkommission mit den Worten, daß die Freude über den Vergleich eine wirklich empfundene sei, zumal eine rechtliche Erörterung verhindert werden konnte, den richtigen Ton.

Da der Vergleich mit den Gemeinden bereits am 1. Oktober abgeschlossen werden konnte, wurden auch die diesbezüglichen Dokumente unter diesem Datum gefertigt. Die Kommission faßte die Uebereinkunft in folgende Punkte:⁴

1. Die Gemeinden Meilen und Uetikon verpflichten sich, dem löbl. Gotteshaus Einsiedeln als Loskaufskapital für den trockenen und nassen Zehnten beider Ortschaften in den gesetzlich vorgeschriebenen Terminen netto, ohne Abzug, die Summe von 134 200 fl. Zürcherwährung zu zahlen.

⁴ StAE P. H 512.

2. Die Gemeinden übernehmen die (auf Seite 114 aufgeführten) Abgaben, die bis anhin das Kloster geleistet hatte.
3. Das Gotteshaus Einsiedeln verpflichtet sich dagegen, den Unterhalt des Kirchen-Chor-Daches zu Meilen, sowie die jährliche Abgabe von 1 Mütt Kernen und 2 Eimern Wein an die Pfarrpfünde Uetikon auf sich zu behalten, oder es müßte mit der Regierung über diese die Kollatur betreffenden Gegenstände eine Uebereinkunft treffen.
4. Durch die Bezahlung der Loskaufsumme und durch die Uebernahme der vorspezifizierten Lasten sind die Gemeinden Meilen und Uetikon der Zehntpflicht gänzlich entledigt, und das Gotteshaus Einsiedeln hat an die Gemeinden keine weitem Forderungen mehr zu stellen.

Die Bezahlung der Loskaufsumme schien, wie die Aktenlage erweist, keine Schwierigkeiten geboten zu haben, sie vollzog sich im gesetzlichen Rahmen. Die erste Zahlung war auf Martini des Aufkündigungsjahres erfolgt, während der Rest in acht gleichen jährlichen Raten entrichtet werden mußte.⁵ Bis zur gänzlichen Abzahlung des schuldigen Kapitals blieb der Dezimator jeweils für den noch nicht bezahlten Teil bei seinen Rechten, wie ihm auch bis zur letzten Zahlung der Rechtstitel zu eigen blieb.

Die eigentliche Liberationsurkunde, die den ehemaligen Zehntbezirk Meilen der Zehntpflicht enthob, wurde nach erfolgter neunter Zahlung am 1. Februar 1821 den Gemeinden ausgehändigt. Die Finanzkommission urkundete auf dem Original:

„Wir der Präsident und Mitglieder der Finanz-Commission des Eydgenössischen Standes Zürich urkunden: das die vorstehende Liberations-Acte um den losgekauften Zehnten des Zehnt-Bezirks Meilen auf Verlangen beyder Theile und zu beydezeitiger Befriedigung unter unsrer Mittwürkung abgeschlossen und das Loskaufs-Capital von 135'200 fl. auf der Rückseite des Original-Instruments vom Jahre 965, folgendermaßen:

Nachdem der Zehnt-Bezirk Meilen im Canton Zürich, der die beyden Kirchspiele Meilen und Uetikon befaßt, mittelst der Bezahlung von Ein hundert vier und dreyßig Tausend, zwey hundert Gulden sich gesetzlich losgekauft, wofür unter heutigem Datum ein besonders Erledigungs-Instrument ausgefertigt ist,

⁵ OGS Bd. 1, S. 267 ff. Beträge der loszukaufenden Zehnten nach geschehener Durchschnittsberechnung 100 Stück bzw. Zuber, so muß die Loskaufsumme in acht Raten getilgt werden.

so wird der Zehnten des gedachten Bezirks als von nun an nicht mehr bestehend, auf der gegenwärtigen Donations-Urkunde ebenfalls abgeschrieben.

So bescheiden Zürich, den 1ten Hornung 1821

Der Präsident der Finanzkommission
Pestalutz, Staatsrath

der Rechenschreiber
Stapfer, des großen Raths"

Das Loskaufsgeschäft war somit beendet. Was Meilen und Einsiedeln noch vorband, gibt uns den Stoff des nächsten Kapitels.

III. Die Kollaturablösung

Wir haben bereits früher den Begriff Kollatur umschrieben. Hier soll lediglich nochmals gesagt sein, daß es sich im allgemeinen um eine kirchenrechtliche Institution handelt, die sich in unserm speziellen Falle so auswirkte, daß der Abt einen Geistlichen in den Genuß der Pfründe einsetzte. Wer den Pfarrer einsetzte, hatte natürlich auch die Pflicht, für dessen Lebensunterhalt zu sorgen. In diesem Zusammenhang wird es uns verständlich, daß sich für das Kloster durch die Zehntenablösung eine denkbar ungünstige Situation herausbildete, nämlich die Besoldung des Pfarrers ohne entsprechende Einnahmen.¹ Die Lösung dieses Problems wird uns nun in der Folge beschäftigen. Als Helfer in der Not trat der Staat auf. Zunächst wollen wir eine Erklärung suchen, weshalb der Staat eigentlich zur Uebernahme der Kollatur bereit war. Diese Beweggründe waren je nach Zeitumständen verschieden. Im mittelalterlichen Zürich erfolgte sie wohl hauptsächlich zur Schwächung der geistlichen Macht. In der Reformation tat es der Staat als christliche Obrigkeit zum Schutze der neuen Lehre.² Später kam es ab und zu vor, daß sich der Staat die Wahl eines reformierten Geistlichen durch eigene Stellbesetzung sichern wollte.³ „War bis zur Revolution die Offerte auch etwa vom Patron ausgegangen, so ergriff im 19. Jahrhundert der Staat ausnahmslos die Initiative, in dem Bestreben, privat- und öffentlichrechtliche Befugnisse

¹ StAE P. A 6.

² vgl. NMFB Bd. I. S. 393.

³ Pestalozzi S. 8 ff.

zu trennen und letztere sämtlich an sich zu ziehen".⁴ In diesem Zusammenhang sehen wir den eigentlichen Grund der Kollaturübernahme in Meilen.

1. Aufnahme der Verhandlungen

In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts war der Stand Zürich von schweren Sorgen bedroht, deshalb konnte alt Bürgermeister Escher nach Einsiedeln schreiben, „Verdienstlosigkeit nebst Verarmung eines großen Teils des Kantons macht uns viel Sorge, und wenn uns der Himmel dies Jahr nicht wirklich entschädigt und bessere Fabrikverhältnisse herstellt, dann steht es wahrlich um den vormals blühenden Canton Zürich mißlich".¹ Wir haben ja bereits festgestellt, daß die Kollatur für Einsiedeln nach dem Verlust der Naturaleinkünfte nichts als ein lästiges „Honorificum" bedeutete. Freilich, wie beschwerlich die Kollatur unter solchen Voraussetzungen sein konnte, wußte man auch in Zürich aus Erfahrung mit den Pfründen im Thurgau nur zur Genüge. Allein die Regierung schien nicht alles mit der gleichen Brille zu mustern, denn Escher riet dem Kloster sogar, nachdem er sich zuvor mit dem Präsidenten der Finanzkommission besprochen hatte, der Kollaturauskauf in Meilen eigne sich unbedenklich zu einem Antrag. Er glaubte sogar, daß sich die Herren von Zürich auf Grund der Beschaffenheit der Pfrund Meilen in den Verhandlungen sehr zuvorkommend erweisen werden, soweit es wenigstens die gegenwärtigen Verhältnisse zulassen.² Abt Konrad ließ sich diesen Vorschlag nicht zweimal machen. Im Gegenteil, er unterbreitete der Regierung konkrete Vorschläge und erhielt darauf den Bericht, er möchte gelegentlich einen Vertreter, mit gehörigen Instruktionen versehen, zu einer mündlichen Besprechung schicken, weil dieser Verhandlungsweg schneller und gedeihlicher zum Ziele führe als der Briefwechsel.³ Einsiedeln dachte sich die Ablösung der Kollatur vorläufig so, daß die Regierung von Zürich die Pfarrpfründe Meilen mit allen Rechten und Verpflichtungen, wie sie bis jetzt das Gotteshaus ausgeübt und geleistet hat, übernehmen soll.⁴ Als Gegenwert für die wegfallenden Lasten, nämlich die Besoldung des Pfarrers, den Unterhalt des Pfarr-

⁴ Pestalozzi S. 23.

¹ StAE P. A 5.

² ebd. P. C 7.

³ ebd. P. A 7.

⁴ ebd. P. A 8.

gebäudes und des Chordaches, bietet das Kloster eine angemessene Entschädigung. Dazu würde es alle Archivalien, die sich auf die Kollatur beziehen, der Regierung aushändigen. Eine erste mündliche Erörterung wurde auf den 2. März 1818 in Zürich vereinbart und als Bevollmächtigte der Regierung die Ratsherren Grebel und Meyer bestimmt, während von Einsiedeln P. Sebastian Imfeld und P. Anselm Zelger abgeordnet wurden.⁵ Der Berichterstattung P. Anselms können wir entnehmen, daß die Zürcher mit sehr wenig Vollmacht ausgestattet waren, die beiden Herren kamen lediglich „ad audiendum et referendum“.⁶

Der eigentlich ergebnislose Verlauf der mündlichen Beratungen nötigte das Kloster, den Standpunkt schriftlich zu formulieren. Das von P. Imfeld verfaßte Schreiben gab am 8. Mai 1818 Veranlassung ein Kapitel abzuhalten.⁷ Den Ausführungen des klösterlichen Wortführers entnehmen wir folgende wichtige Punkte:

a. Der Pfarrgehalt

Gemäß den feierlichen Abmachungen von 1528—1532 zwischen den Deputierten von Zürich, Schwyz und Einsiedeln wäre das Kloster nur verpflichtet, dem Prädikanten das bis 1810 verabfolgte Quantum zu zahlen, weil nur dieses Einkommen rechtlich festgelegt war. Die im Jahre 1810 vorgenommene Erhöhung der Kompetenz um 12¹/₂ Mütt Kernen und 12¹/₂ Eimern Wein sei vom Kloster durchaus freiwillig gewährt worden und zwar nur deshalb, weil man auf die hohe Obrigkeit Rücksicht nehmen wollte.⁸ Das Stift wünschte, falls die Regierung nicht bei dem im 16. Jahrhundert vereinbarten Quantum verbleiben könne, daß doch bei der auf ewig zu leistenden Abzahlung (Kollaturauskauf) wenigstens nur die Hälfte der spätern Aufbesserung in Berechnung genommen werde.

b. Die Kapitalisierung des Gehaltes

Die Besoldung des Pfarrers kann auf Grund zweier rechtlicher Verpflichtungen berechnet werden. Einerseits kann sie Grundzins sein, d. h. sie gilt als feste, vom Ertrag der Ernte unabhängige Leistung. Oder sie wird anderseits als Teil des Zehntens betrachtet und richtet sich demzufolge nach dem jährlichen Erntergebnis.⁹ Das Stift bat nun, die Kapitalisierung möchte

⁵ StAE P. A 9.

⁶ ebd. P. A 12.

⁷ ebd. P. A 10.

⁸ vgl. S. 66.

⁹ Böppli S. 48 ff.

nach dem Maßstab der Zehntenablösung vorgenommen werden und nicht wie sie für Grundzinse üblich sei. Grundzinse wurden bei den Loskaufsbestimmungen in verstärktem Maße als wirkliches Schuldverhältnis aufgefaßt und mußten daher gewöhnlich mit einem höhern Kapital als der Zehnte abgelöst werden.

c. Die Gebäulichkeiten

Entsprechend der Vereinbarung des Jahres 1495 hat der Kollator nichts zu leisten an das Kirchengebäude außer der Bedachung des Chores.¹⁰ Die Reparaturen am Pfarrhaus seien ebenfalls sehr gering, und zudem dürfe man sich für Ausbesserungen am Pfarrhaus füglich auf die speziellen Vereinbarungen beziehen, wonach der Pfarrer schuldig sei, Pfarrhof und Garten auf seine Kosten zu unterhalten. Der Kollator hat nur was durch „Gottes Gewalt“ und durch Alter zerfällt zu erneuern.^{10*}

Diese Erklärungen gab der einsiedlische Vertreter ohne damit endgültige Vereinbarungen aufzustellen, er fügte nur ganz bescheiden bei, die Regierung möge die Güte haben, die niedrigste Berechnung bekannt zu geben.

P. Anselm Zelger konnte zu diesem letzten Punkte noch ergänzend mitteilen, daß die Finanzkommission durch Baumeister am Pfarrhof einen Augenschein nehmen ließ, um den baulichen Zustand festzustellen. Obgleich keine wesentlichen Mängel beobachtet wurden, äußerten die Zürcher doch, daß diese guten baulichen Verhältnisse nicht ewig dauern werden, so daß man entsprechend entschädigt werden müsse, um die künftigen Erhaltungskosten völlig decken zu können.

Ein weiterer Fachmann, wenigstens aus seinen Aeüßerungen zu schließen, P. Claudius Poujol, hatte einen Ueberschlag der Loskaufsumme gemacht und berichtete über seine Berechnungen dem Kapitel.¹¹ Er bemerkte zunächst, daß im Kanton Zürich ein doppelter Loskauf unterschieden werde, und zwar jener des Zehntens und der der Grundzinse. Nach dem ersten sei 1 Mütt Kernen per 5 fl. im Mittelwert angesetzt und die Loskaufsumme 25×5 fl., es käme demnach 1 Mütt auf 125 fl. also entsprechend unserm Mittelwert im Zehntenloskauf.¹² Hin-

^{10*} Die frühere Abmachung, mit der das Stift die Baupflicht weitgehend selber übernahm, war eine interne Begelung. Ein neuer Kollator hätte ohne weiteres wieder auf die ursprünglichen Baupflichten der Pfarrherren zurückgreifen können.

¹⁰ vgl. S. 105.

¹¹ StAE P. A. 12 OGS Bd. 1, S. 261/269/273.

¹² vgl. Tab. III und IV/D.

gegen müsse bei Grundzinsen 1 Mütt per 140 fl. losgekauft werden.¹³ Die Ursache des Unterschiedes rührte daher, weil beim Zehnten Einsammlungskosten zu bestreiten waren und der Ertrag des Zehntens schwankend war. Bei Grundzinsen dagegen wurde alles franko geliefert. Es konnte immer mit dem gleichen Quantum Früchte oder mit dem gleichen Geldbetrag gerechnet werden, mochte die Ernte gut oder schlecht ausfallen. Die unterschiedliche Behandlung ist demnach ganz in der Natur der Dinge gelegen. Der Referent beschwor den Konvent beinahe, man möge doch keinesfalls diesem Unterschied zu großen Einfluß beimessen. Wenn die Regierung auf 125 fl. eintrete, sei es freilich sehr zuvorkommend, doch solle man die Verhandlungen nicht abbrechen, wenn sie die Kompetenz als Zins und nicht als Teil des Zehntens betrachte, in Wirklichkeit erhielt der Pfarrer die Besoldung größtenteils franko.¹⁴ Naturgemäß waren die direkten Zuwendungen bei inkorporierten Pfarreien am größten. Der oekonomische Vorteil des Klosters — sagte P. Claudius — sei auch im schlimmsten Berechnungsfalle noch groß im Verhältnis der schweren Lasten, die die Kollatur jährlich bereite.

Was nun die baulichen Verbesserungen betreffe, so sei nur zu wünschen, daß die Herren von Zürich sie nachlassen werden, und zwar müsse man sich voll bewußt sein, daß klösterlicherseits nur ein Wunsch zu äußern am Platze sei und niemals ein Recht. Es ist dem einsiedlichen Berater zugute zu halten, daß er unumwunden zugibt, die Regierung sei zur Berechnung nicht nur berechtigt, sondern, wenn sie vollends sichergestellt sein wollte, gar verpflichtet.¹⁵ P. Claudius bemerkte abschließend, man dürfe nicht bei der Note P. Imfelds stehen bleiben, wenn man einen Vergleich erzielen wolle. Dem Kloster stünde es nicht an, Forderungen zu stellen, weil es im Grunde genommen Nutznießer des Loskaufs sei. Im übrigen scheinen die Zürcher das Kollaturrecht für sehr gering zu achten, da sie ja ohnehin das Recht hatten, drei Subjekte vorzuschlagen. Er beantragte dem Kapitel, das Geschäft dem Abte zum Abschluß zu überlassen.

2. Verlauf der Verhandlungen

Konkretere Formen nahm der Loskauf durch einen Vorschlag des Präsidenten der Finanzkommission an. In seinem Schreiben

¹³ OGS Bd. 1 S. 274.

¹⁴ Pestalozzi S. 35. Sofern die Rechte des Pfarrers nicht beeinträchtigt werden, kann der Patron frei verfügen über die Pfründe. Er kann daher durch vermehrte direkte Zuwendungen die Kompetenzpflicht erfüllen.

¹⁵ Die in Anschlag genommene Entschädigung beträgt ca. fl. 4000.

erkennen wir deutlich den erfahrenen, dem Stifte wohlgesinnten Staatsmann. „Ich kenne leyder aus eigener Erfahrung die Verlegenheit, in welche geistliche und weltliche Stellen, Kirchen und Armengüter durch die Folgen der durch die Revolution herbeigeführten Zehntenloskaufgesetze, sich verwickelt fühlen.“ Der Präsident machte den Abt darauf aufmerksam, daß die Berechnung nach den üblichen zürcherischen Grundsätzen erfolgen müsse, also pro Mütt fl. 140 und pro Eimer fl. 150. Die gesamte Auskaufsumme sei in Zürich auf etwas mehr als fl. 18'000 gewertet worden. Das vorläufige klösterliche Angebot mit fl. 14'000 sei aber nicht hinreichend genug. Pestalozzi gab daher der Hoffnung Ausdruck, der Abt möchte von sich aus fl. 16'000 bieten. Wenn er dieses Angebot direkt an die Finanzkommission richte, also ohne seine Vermittlung, dann würde das einen so günstigen Eindruck erwecken, daß die redliche Ausgleichung mit einiger Zuversicht erwartet werden dürfte. Das Angebot des Stiftes gestaltete sich zunächst folgendermaßen:

Meilen erhält von Einsiedeln¹

48½ Mütt Kernen per fl. 140 giebt	6790 ²
20 Mütt Haber pr. 51¼ fl.	1025 ²
32½ Eimer Wein à 6 fl.	(6.25) 4875 ³
an Geld 20 fl.	(20.25) <u>500³</u>
	13190

Die Berechnung erfolgte also nach den von Zürich vorgeschlagenen Mittelpreisen für Grundzinse. Die Baukosten wurden nicht eingeschlossen, weil man in Einsiedeln der Ansicht war, daß ein neues solides Pfarrhaus, wie der Seelsorger selbst eingesteht, eines der schönsten im Kanton, keine großen Reparaturen benötige.⁴

Doch aus all den Erörterungen und Ratschlägen sah der Abt in den Weisungen Pestalozzis den richtigen Weg vorgezeichnet. Er machte daher der Finanzkommission das Angebot von fl. 16'000, indem er der Zuvorkommenheit des hohen Standes vertraute und mit diesem blinden Vertrauen keinen Fehltritt zu tun hoffte.⁵ Wie es gleichsam gewandte Händler zu tun pflegen, verstand es auch der Abt, die Vorzüge der Kollatur hervorzuheben, sie sei die älteste des Stiftes, die Lage müsse jedem Pfründer willkommen sein, und auch die Wohnung des Pfarrers sei

¹ StAE P. A 14₁.

² Trockener Zehnten nach Grundzinsberechnung.

³ Nasser Zehnten mit Kapitalisierungsfaktor 25.

⁴ StAE P. C 29₄.

⁵ ebd. P. A 14.

neu und für lange Zeit solid. Die Unterhaltungspflicht an der Kirche sei so gering, daß sie überhaupt nicht ins Gewicht falle. Besonders aber berief sich der Abt auf die Huld, die der Stand Zürich dem geschwächten⁶ Einsiedeln allzeit angedeihen ließ. Damit wären eigentlich die Bedingungen für den Kaufabschluß erfüllt gewesen, doch gab es wegen der Zehntentrotte einen kurzen Unterbruch. Die Finanzkommission richtete die Frage an den Abt, ob er nicht auch die Zehntentrotte in Meilen der Regierung abtreten würde, da sich ja deren Besitz für das Kloster erübrige, nachdem ihm der Zehnte nicht mehr zustehe.⁷ Der Abt antwortete in aller Offenheit, daß er die Absicht hege, aus der Zehntentrotte einen Keller einzurichten, damit er in Meilen von Zeit zu Zeit Wein einkaufen und einkellern könne.⁸ Zudem hätte bereits die Gemeinde sich um die Trotte beworben, doch dürfe man ihm wohl kaum zumuten, daß er seine Notwendigkeit der Bequemlichkeit der Gemeinde aufopfere. Und nicht zuletzt möchte er sich in Meilen noch ein letztes Eigentum wahren. Wenn es aber „der eigentliche Wunsch der hohen Regierung“ wäre, das Gebäude und den Platz in die Hände zu bekommen, so erklärte sich der Abt auch zu diesem Opfer bereit, unter der Bedingung jedoch, daß ihm der Rat gewähre, an einem andern Platz für seine Bedürfnisse „etwas Eigentümliches“ zu erwerben.

Die edle Gesinnung Zürichs dem Kloster gegenüber tritt in der Antwort der Finanzkommission offen zutage.⁹ Wenn der Abt auf die Beibehaltung dieses Gebäudes einen solchen Wert lege, wolle die Kommission ihn damit nicht weiter beschweren, sondern nun „unverweilt“ der Regierung den Antrag für den Kollaturauskauf zustellen.

3. Kaufabschluß

Am 3. November konnte Bürgermeister Reinhard nach Einsiedeln melden: „Wir haben uns daher angelegen seyn lassen, den Gegenstand in allen seinen Verhältnissen sorgfältig zu prüfen, und glauben nun nach genauer Erwägung der Vortheile und Beschwerde, Euer Hochwürden, als ein für beyde Theile billiges Verhältniß, die Loskauf-Summe von fl. 16'000.— vorschlagen zu können“.¹ Gegen Entrichtung dieser Abfindungssumme übernahm der Stand Zürich die Kollatur Meilen samt

⁶ durch die Plünderungen der Franzosen.

⁷ StAB P. A 15.

⁸ ebd. P. A 15₁.

⁹ ebd. P. A 15₂.

¹ ebd. P. A 16.

den damit verbundenen Besoldungs- und Bauverpflichtungen. Der Rat unterließ nicht, ausdrücklich zu bemerken, daß Zürich damit in oekonomischer Beziehung ein großes Opfer bringe. Wir werden weiter unten sehen, daß das Stift dieses großzügige Entgegenkommen nach Möglichkeit würdigte. Wie es zu erwarten war, ging der Prälat von Einsiedeln auf das Angebot ein, nämlich „mit aller bereitwilliger Unterwürfigkeit unterziehe ich mich dem Gutachten der hohen Regierung und entsage meinem bisherigen Kollaturrecht für die Pfründe Meylen auf alle künftige Zeiten.“ Mit dieser Zustimmung des Abtes war die Kollaturablösung bewerkstelligt, man mußte nur noch die entsprechenden Verzicht- bzw. Quittungsurkunden ausfertigen und zustellen. Obgleich die Dokumente früher schon im vollen Wortlaut veröffentlicht wurden,² müssen wir sie hier der Vollständigkeit halber anführen:

„Wir Konrad der Vierte, Fürstabt des unmittelbaren Stiftes Einsiedeln, und wir Dekan und Kapitel des genannten Stiftes urkunden anmit, daß nach erfolgtem Loskauf unseres gesamten Zehntens in der Gemeinde Meilen, löblichen Kantons Zürich, und nach einer um die Kollatur der dortigen Pfarrpfründe durch beyderseitige Abgeordnete gepflogene Unterhaltung. Wir mit der hohen zürcherischen Landesregierung übereingekommen und uns vertragen wie folgt:

1. Die hohe Regierung des Kantons Zürich übernimmt von nun an die Kollatur der Pfarrpfründe Meilen mit allen Rechten und Verpflichtungen, wie dieselben von uns und unserm Gotteshause bis auf jetzt ausgeübt und geleistet worden.
2. Als Kapitalwert und Gegensatz der von gedachter Regierung von Zürich mit dieser Kollatur zu übernehmenden Lasten, nämlich der Besoldung des Pfarrherrn und der Unterhaltung der Pfarrgebäude und des Chordachs der Kirche, bezahlen wir an Hochdieselbe die Summe von sechszehntausend Gulden Zürcherwährung, die auf nächstkünftigen Martinitag baar³ erlegt werden soll, wobey wir uns ferner verpflichten, die in unserm Archiv sich vorfindenden, auf das Kollaturwesen bezüglichen Dokumente und Schriften sobald möglich der hohen Regierung abzuliefern.

Infolge dieser Uebereinkunft haben wir für uns und unsere Nachfolger allen auf der mehrgedachten Pfarrpfründe Meilen besessenen Kollatur- und Patronatsrechte, die Ernennung des

² Stelzer S. 125/238, Hoppeler.

³ Die Regierung bewilligte zunächst Teilzahlungen, doch aus Dankbarkeit wurde die Summe bar bezahlt.

Pfarrherrn sowohl als das zur Pfrund gehörige Grundeigentum betreffend, förmlich und auf immer entsagt und dieselben an die hohe Regierung des hohen Kantons Zürich übergeben und abgetreten.

Gegeben in unserm Stift Einsiedeln den 5. November 1818

sig. Konrad, Abt

P. Mauricius Brodhag,
Dekan, samt Kapitel

Die Bestätigung der Regierung folgte am 20. Februar 1819.⁴

„Wir Bürgermeister und Räth des eidgenössischen Standes Zürich urkunden anmit, daß in Folge unserer mit dem Hochwürdigem Abt, Decan und Capitel des Stiftes Einsiedeln um die Collatur der Pfarrpfründe Meilen im hiesigen Canton getroffenen Uebereinkunft und nachdem die, als Gegensatz, der damit überbundenen Lasten einverständene Capitalsumme von Sechszehntausend Gulden Zürcher Währung an unsre Finanzkommission bereits richtig abgeführt worden.⁵ Wir in Kraft der von Seite des Hochwürdigen Stifts unterm 5ten Wintermonat v. J. ausgestellten Urkunde die Collatur der Pfarrpfründe Meilen mit allen Patronatsrechten und Pflichten, wie dieselben in der bemeldeten Urkunde ausgedrückt und enthalten sind, übernommen und angetreten, womit wir zugleich für uns und unsre Nachfolger das Hochwürdige Stift Einsiedeln aller und jeder Verbindlichkeit gegen die Pfarrpfründe Meilen auf alle Zeiten befreyt und entbunden erklären. Zu dessen Urkunde und Bekräftigung haben wir Gegenwärtiges mit der Unterschrift unseres Amtsbürgermeisters und zweiten Staatsschreibers versehen, sowie mit unserm Standessigill verwahren lassen.

Der Amtsbürgermeister: von Wyß
der zweite Staatsschreiber: Stapfer”

Wenn wir den Kollaturloskauf im Zusammenhang der Beziehungen zwischen Einsiedeln und Meilen betrachten, müssen wir gestehen, daß uns hier eine der schönsten Seiten dieses Verhältnisses entgegentritt. Obwohl es sich auch um finanzielle Dinge handelt, suchen beide Partner mit gutem Willen und Verständnis das Ziel zu erreichen. Der ganze Geschäftsverlauf könnte gut zu einem Grundsatz des Geschäftslebens überhaupt gemacht werden, nämlich, daß man beiderseits annehmbare Bedingungen schaffen kann, wenn immer man auch entgegenzukommen versteht. Gegenüber dem Loskauf des Zehntens ist die Ablösung

⁴ StAE P. A 22.

⁵ ebd. P. A 19, 2. Dezember 1818.

der Kollatur weit weniger polemisch. Dies dürfte wohl seinen Grund einmal darin haben, daß von beiden Teilen die dringende Notwendigkeit eingesehen wurde. Schließlich wäre es für das Stift auf die Dauer unmöglich gewesen, ohne die Einnahmen des Zehntens solche Auslagen für die Kollatur zu tragen. Zudem waren diesmal lediglich zwei Instanzen, die unter sich beraten und beschließen konnten, während im Zehntenloskauf die ganze zehntpflichtige Bevölkerung mitsprach.

Für Einsiedeln war nun eine große Last weg. Die Regierung aber hatte mit der Uebernahme schließlich erreicht, was sie wollte, nach und nach alle Kollaturrechte der Kantonsregierung zu unterstellen.

IV. Verkauf des Trottengebäudes als letzter Reminiszenz der alten Beziehungen zwischen dem Gotteshaus und der Gemeinde

Selbst als Zehnten- und Kollaturablösung beendet waren, blieb noch eine kleiner Zankapfel übrig, das Trottengebäude. Freilich haben wir bereits früher gesehen, daß der Abt mit diesem Gebäude seine eigenen Pläne hatte. Zum Verständnis müssen wir ins Jahr 1817 zurückgreifen, weil damals der Trottenbau in den Mittelpunkt des Interessens gerückt wurde.

Meilen war für die Beisetzung der Toten auf dem Friedhof in arge Platznot geraten.¹ Die Vorsteher hatten durchaus keinen leichten Stand. Einmal wurden sie von den Ortsansässigen genötigt, für pietätvolle Beerdigung der Leichen zu sorgen. Man empörte sich ziemlich heftig, als in einem Grabe zwei Tote bestattet werden mußten. Zum andern aber stand der Behörde für die Erweiterung des Friedhofes kein Land zur Verfügung. Die staatliche Landenteignung stand allem Anschein nach noch nicht so sehr in Blüte. Die Gemeindevorsteher sahen die einzige Lösung im Kauf des einsiedlischen Trottengebäudes. So notwendig die Friedhoferweiterung auch in Einsiedeln erscheinen mußte, ebenso sicher war es, daß das Kloster nicht ohne weiteres zum Verkaufe geneigt war. Umso mehr als dem Stifte zwei Jahre früher die Beteiligung an der Wunderli'schen Gütergant verweigert wurde.² Als das Gotteshaus sich damals für den Kauf des wunderlichen Heimwesens bemühte, erklärte man kurz, daß weder das Kloster noch die Regierung zu dieser Steigerung zugelassen würden, denn das Heimwesen dürfe nicht in „tote

¹ StAE P. X 71.

² ebd. P. AA 44.

Hand" kommen. Die Gemeinde befürchtete eben, daß der ans Stift oder den Staat verkaufte Boden schwerlich jemals zurück-erworben werden könnte, und man dadurch in der Bewegungsfreiheit stark behindert wäre. Der Abt hatte also Grund genug, das Trottengebäude zu behalten, einmal eben wie er ja beabsichtigte für die Einrichtung eines Kellers zur Aufbewahrung des in der Zürichseegegend eingekauften Weins und zum andern als Vergeltungsmaßnahme für die Hintansetzung bei der wunderlichen Gant.

1819 änderte sich die Situation. Es gelang nämlich dem Stift, am Roßbach in Meilen vom Kloster Wurmsbach zwei Höfe zu erwerben. Zur Abrundung dieser Güter war das Kloster Einsiedeln 1826 endlich bereit das Trottengebäude abzutreten. Die erste Offerte erging an die Finanzkommission, die sich ja bereits einmal um das Gebäude bewarb. Doch antwortete Präsident Pestalozzi, daß die Kommission nunmehr dem Erwerb keinen Wert mehr zumesse. Er verwies das Gotteshaus aber an die Gemeinde, die am Kaufe sehr interessiert sei, und er ließ den klösterlichen Vermittler gleichzeitig wissen, daß an die Kaufbedingungen niemals der Ausbau der Güter am Roßbach geknüpft werden dürfe. Am 12. Mai 1826 gelang es dem Gemeindeammann Bolleter, den Kauf des Trottengebäudes zu tätigen, und damit stand der Gemeinde Bau und Platz zur Verfügung.

Wenngleich das Kloster noch bis 1876 im Besitze der Roßbachgüter blieb, war 1826 doch die letzte Reminiszenz der grundherrschaftlichen Beziehungen verschwunden. Unserer Aufgabe aber ist damit gelöst.

Zusammenfassung

Im Ueberblick scheinen uns folgende Punkte besonders wichtig und dürfen als gesicherte Ergebnisse gewertet werden:

Die Beziehungen zwischen Einsiedeln und Meilen waren rechtlicher Natur und standen katholischerseits mit dem kirchlichen Recht durchaus im Einklang. Reformation und Revolution haben das einsiedlische Recht grundlegend geändert.

Die Wahl des protestantischen Pfarrers in Meilen durch den Abt darf lediglich als Verleihung eines Lehens und niemals als Amtseinsetzung aufgefaßt werden.

Die zeitweise sehr unangenehmen Streitigkeiten zwischen Kloster und Gemeinde sind keineswegs Ausflüsse konfessionellen Gegensatzes. Die gleichen Machenschaften finden sich in bisweilen heftigerer Form auch in katholischen Patronaten. Der gegenseitig rege Verkehr wurde sowohl vom Kloster als auch von der Gemeinde mit vornehmer Rücksichtnahme geführt.¹

Das Kloster Einsiedeln war auf das Amt Meilen als lebenswichtigen Besitz angewiesen. In der veränderten Rechtslage mußte es aber die eine oder andere Kürzung des Anspruches in Kauf nehmen.

Die Bestimmung der Loskaufsummen erfolgte sowohl für den Zehnten als auch für die Kollatur gemäß den diesbezüglichen Gesetzen. Die Entschädigungen müssen als einigermaßen gerecht betrachtet werden, nachdem sich beide Parteien über die Summen geeinigt hatten.

Ringholz hat in seiner kurzen Uebersicht über die ehemaligen protestantischen Pfarreien teilweise ähnliche Feststellungen gemacht, die nun jedoch mit dieser Arbeit die quellenmäßige Untermauerung erfahren.

¹ StAE P. AA 43; P. A 16; P. C 12.

Quellen- und Literaturnachweis

I. Ungedrucktes

StAE	=	Stiftsarchiv Einsiedeln
P	=	Amt Meilen (sämtliche Faszikel)
O	=	Amt Männedorf (einschlägige Urkunden)
DEA	=	Documenta Archivii Einsidlensis Manuskriptenband. Benutzt wurde Vol. VII, HI
Summarium	=	Kurze Inhaltsangaben der einzelnen Urkunden. Wird zitiert bei Meilen
Meilen		Fehlen der Urkunden.
StAZ	=	Staatsarchiv Zürich
A, 133, 1	=	Obervogtei Meilen
A, 134, 1	=	Obervogtei Meilen
A, 357, 1	=	Kloster Einsiedeln
B II	=	Ratsmanuale
EI 30.78	=	Pfrundakten der Gemeinde Meilen
EI 30.125	=	Pfrundakten der Gemeinde Uetikon
MM	=	Protokolle des kleinen Rates

II. Gedrucktes

- Amtliche Sammlung der Akten aus der Zeit der helvetischen Republik (1798—1803), bearbeitet von J. Strickler. 12 Bde., Bern 1886—1940. AShR
- Baltischweiler Wilhelm: Institutionen der evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich. Diss. Zürich 1904.
- Beck Marcel: Die Patrozinien der ältesten Landkirchen im Archidiakonats Zürichgau. Diss. Zürich 1933.
- Bluntschli J. C.: Staats- und Rechtsgeschichte der Stadt und Landschaft Zürich. Zürich 1856.
- Bindschedler Carl: Geschichte der Gemeinde Männedorf. 1939.
- Bindschedler Otto: Aus der Geschichte der Gemeinde Uetikon. Stäfa 1932 (enthalten in: Zum Jubiläum der Kirchgemeinde Uetikon a. S. 1682—1932).
- Böppli Rudolf: Die Zehntenablösung in der Schweiz, speziell im Kanton Zürich. Diss. Zürich 1914.
- Codex iuris canonici, Romae 1919.
- Dändliker Karl: Geschichte der Stadt und des Kantons Zürich, 3 Bde. Zürich 1908—12.
- Eidgenössische Abschiede (nähere Bezeichnung jeweils an Ort und Stelle). EA
- Egli Emil: Aktensammlung zur Geschichte der Zürcher Reformation in den Jahren 1519—1533. Zürich 1879.
- Ernst Ulrich: Geschichte des zürcherischen Schulwesens bis gegen Ende des 16. Jahrhunderts. Winterthur 1879.

- Escher Hans Erhard: Beschreibung des Zürichsees. Zürich 1692.
- Escher Kaspar: Einkünfte der geistlichen Pfründen des Kantons Zürich. Zürich 1811.
- Figi Jacques: Die innere Reorganisation des Grossmünsterstiftes in Zürich von 1519—1531. Diss. Affoltern 1951.
- Geschichtsfreund, Mitteilungen des Historischen Vereins der V Orte. Einsiedeln und Stans 1844 ff.
- Grimm Jakob und Wilhelm: Deutsches Wörterbuch.
- Grotefend H.: Taschenbuch der Zeitrechnung des deutschen Mittelalters und der Neuzeit. Hannover 1928⁶.
- Gyr Hans: Die Pfarreinteilung nach kirchlichem und staatlichem Rechte mit besonderer Berücksichtigung schweizerischer Verhältnisse. Diss. Einsiedeln 1916.
- Historisch-biographisches Lexikon der Schweiz, 7 Bde. und 1 Supplementsband. Neuenburg 1921—1934. HBLs
- Heldmann Friedr.: Schweiz. Münz-, Maß- und Gewichtskunde. Aarau 1811.
- Henggeler R.: Profeßbuch der fürstl Benediktinerabtei ULF. v. Einsiedeln. Einsiedeln 1933.
Das Stift Einsiedeln und die französische Revolution. Einsiedeln 1924.
Die Fenster- und Schildstiftungen der Aebte von Einsiedeln. Zeitschrift für Schweiz. Archäologie und Kunstgeschichte, Bd. 9, Heft 3/4, 1947.
- Hinschius Paul: Das landesherrliche Patronatsrecht gegenüber der katholischen Kirche. Berlin 1856.
System des katholischen Kirchenrechts mit besonderer Rücksicht auf Deutschland. 6 Bde. Berlin 1869—1897.
- Hofmeister Joh.: Einkommen der geistlichen Pfründen. Zürich 1789.
- Hoppeler R.: Zürichsee-Zeitung Nr. 272, Stäfa 1926.
- Jahrbuch vom Zürichsee 1945/46, Bd. 8. Zürich und Stäfa.
- Schweizerisches Idiotikon, Wörterbuch der schweizerischen Sprache, 10 Bde. Frauenfeld 1881—1939.
- Kläui Paul: Ortsgeschichte, eine Einführung. Zürich 1942.
- Leuthold Rolf: Der Kanton Baden 1798—1803. Diss. Aarau 1933.
- Moor E.: Die Unterhaltungspflicht des Kantons Zürich gegenüber der zürcherischen reformierten Landeskirche. Diss. Affoltern 1937.
- Monumenta Germaniae Historica Diplomata regum et imperatorum Germaniae. 5 Bde. Hannover und Berlin 1884—1931. MG Dipl.
- Mitteilungen des Historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 2, S. 6 ff. MHVS
- Nabholz, von Muralt, Feller, Bonjour, Geschichte der Schweiz, 2 Bde. Zürich 1938. NMFB
- Nüscher Arnold: Die Gotteshäuser der Schweiz. Zürich 1864.
- Offizielle Sammlung der von dem großen Rat des Kantons Zürich gegebenen Gesetze und gemachten Verordnungen und der von dem kleinen Rat emanieren all-gemeinen Landes- und Polizeiverordnungen. Zürich 1803 ff. OGS
- Pestalozzi C.: Das zürcherische Kirchengut in seiner Entwicklung zum Staatsgut. Diss. Zürich 1903.
- Sancti Benedicti Regula, hg. v. B. Linderbauer. Bonn 1928. S. B. Reg.
- Realencyklopädie für protestantische Kirche und Theologie, 22 Bde. Leipzig 1896—1903³. RPT
- Ringholz O.: Geschichte des fürstl. Benediktinerstiftes ULF. v. Einsiedeln, I. Band von den Anfängen bis 1526. Einsiedeln 1904.
Die ehemaligen protestantischen Pfarreien des Stiftes Einsiedeln. Separatdruck a. d. Zeitschrift für Schweiz. Kirchengeschichte. Freiburg (Schweiz) 1918.
- Schenkel Hans: Die Bemühungen der helvetischen Regierung um die Ablösung der Grundlasten. Diss. Affoltern 1931.
- Schnürer Gustav: Kirche und Kultur im Mittelalter, 3 Bde. Paderborn 1929².
- Schoch Franz: Geschichte der Gemeinde Küsnacht. Küsnacht 1951.

Steinberg Salomon: Die Proselyten der Stadt Zürich. Diss. Zürich 1914.
 Stelzer Jakob: Geschichte der Gemeinde Meilen. Meilen 1934.
 Stucky Walter: Das Eigentum am Kirchengut. Diss. Zürich.
 Tschudi R.: Das Kloster Einsiedeln unter den Aebten Ludwig II. Blarer und Joachim Eichhorn 1526—1569. Diss. Einsiedeln 1946.
 Urkundenbuch der Stadt und Landschaft Zürich, 12 Bde. Zürich 1888—1939. UBZ
 Wernli Fritz: Beiträge zur Geschichte des Klosters Wettingen. Diss. Basel 1948.
 Wirz Kaspar: Etat des Zürcher Ministeriums von der Reformation bis zur Gegenwart. Zürich 1890.
 Wunderli G.: Zürich in der Periode von 1519—1531. Zürich 1887.
 Zwingli Hauptschriften, bearbeitet von F. Blanke, O. Farner, R. Pfister, Bd. 7, der Staatsmann. Zürich 1942.

Pfarrer in Meilen¹

1524	Pelagius Schaub ²	1625	Rudolf Gwerb
1531	Heinrich Buchter ²	1675	Johann Rudolf Zeller
1545	Michael Zimmerer (Zinninger)	1693	Anton Kitt
1547	Wolfgang Haller	1698	Hans Jakob Grebel
1552	Bernhard Lindauer	1713	Hans Ulrich Schweizer
1563	Josua Finsler	1737	Georg Christoph Tobler
1566	Johannes Frey	1749	Heinrich von Lähr
1585	Hans Ulrich Stolz	1788	Johannes Koller
1598	Hans Rudolf Hug	1817	Heinrich Gutmann
1616	Rudolf Selbler		

Pfarrer in Uetikon¹

1682	Felix Goßweiler	1753	Kaspar Wolf
1689	Dr. Johann Georg Füßli	1764	Konrad Fäsi
1692	Peter Lochmann	1776	Salomon Brennwald
1697	Melchior Usteri, Dekan	1806	Johann Jakob Koller (Sohn von Pfr. Koller in Meilen)

Aebte in Einsiedeln

1526	Ludwig Blarer	1692	Raphael Gottrau
1544	Joachim Eichhorn	1698	Maurus von Roll
1569	Adam Heer	1714	Thomas Schenklin
1585	Ulrich Wittwiler	1734	Nikolaus Imfeld
1600	Augustin Hofmann	1773	Marian Müller
1629	Plazidus Reimann	1780	Beat Küttel
1670	Augustin Reding	1808	Konrad Tanner
		1825	Cölestin Müller

¹ vgl. Wirz. Die Verzeichnisse dienen lediglich zur allfälligen Orientierung.
² genaue Amtszeit nicht mehr feststellbar.

Curriculum vitae

Am 28. Juni 1921 wurde ich in Wädenswil geboren und besuchte dort die Primar- und Sekundarschule. An der Stiftsschule Einsiedeln schloß ich im Sommer 1944 die Mittelschule mit der Maturitätsprüfung Typus A ab, nachdem ich wegen Erkrankung im Militärdienst zwei Jahre hatte aussetzen müssen. Im Herbst des gleichen Jahres wandte ich mich dem Geschichts- und Lateinstudium an der Universität Zürich zu. Gleichzeitig übernahm ich eine vollamtliche Stelle in einer Gemeindeverwaltung, die ich noch heute innehave. Dank wohlwollenden Entgegenkommens der Behörde, war es mir möglich, Vorlesungen, Seminarien und didaktische Kurse zu besuchen. Im Oktober 1949 wurde meine Stelle vertretungsweise besetzt, so daß ich in der Folge nebst dem Besuch juristischer und volkswirtschaftlicher Vorlesungen die Dissertation zum Abschluß bringen konnte.

